

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 1 vom 8. Januar 1982

16. Jahrgang

1 DM

„Operation 82“ beginnt

Sozialabbau wie noch nie

Drastische Preissteigerungen zum Jahresbeginn

BONN. — Mit Beginn des neuen Jahres ist die von der Bundesregierung sogenannte „Operation 82“ angelaufen, der massivste Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen in der Nachkriegszeit. Während für die Kapitalisten im neuen Bundeshaushalt Abschreibungserleichterungen und Subventionen in Milliardenhöhe bereitgestellt werden, während die Rüstungsausgaben auf einen neuen Rekordstand hochgeklattert sind, bleibt kaum ein sozialer Bereich vom Rotstift der Bonner Sparkommissare verschont.

- Die Beiträge zur **Arbeitslosenversicherung** werden von 3 auf 4 Prozent des Bruttolohns erhöht. Generell gesenkt wird das Arbeitslosengeld, beispielsweise dadurch, daß bei der Bemessung künftig das reine Tarifeinkommen zugrundegelegt oder, daß jetzt das Arbeitslosengeld auf den Lohnsteuerjahresausgleich angerechnet wird. Darüber hinaus sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gestrichen und die Bezüge der Umschüler gekürzt worden.

- Das **Kindergeld** für das zweite und dritte Kind wird um 20 Mark pro Monat gekürzt.

- Im **öffentlichen Dienst** sollen die Bezüge vom 1. März an um ein Prozent beim Grundgehalt und beim Ortszuschlag gekürzt werden.

- Im **Gesundheitswesen** werden den Patienten größere Kosten aufgebürdet: Die Rezeptgebühren steigen, Arzneien für sogenannte geringfügige Gesundheitsstörungen werden nicht mehr von den Kassen bezahlt, die Beiträge der Kassen

zum Zahnersatz werden drastisch gekürzt usw.

- Mit **Mieterhöhungen** müssen Bewohner von Sozialwohnungen aus den 50er und 60er Jahren rechnen. Das Wohngeld wird durch Verringerung der pauschalen Freibeträge gekürzt.

- Bei der **Sozialhilfe** wird der Regelsatz nicht mehr entsprechend der Teuerungsrate, sondern nur noch um 3 Prozent angehoben, was deutliche Einbußen bei den realen Einkommen der Sozialhilfeempfänger mit sich bringt.

- Im April bzw. im Juni treten Erhöhungen der **Steuern** auf Branntwein (um drei Mark pro Liter) und auf Tabak (um 33,3 Prozent) in Kraft.

Die hier aufgeführte Liste ist bei weitem nicht vollständig, sie umfaßt nur die wesentlichsten Elemente der „Operation 82“ — allein der Eingriff in die sozialen Leistungsgesetze läuft zu einer Summe von rund 16 Milliarden Mark auf. Und wenn von den zusätzlichen finanziellen Belastungen der Werktätigen in diesem Jahr gesprochen wird, müssen nicht nur die vom Bundestag beschlossenen Sparmaßnahmen, sondern auch die für dieses Jahr angekündigten Kürzungen bei Sozialleistungen auf Länder- und Kommunalebene berücksichtigt werden.

Darüber hinaus kommt auf die arbeitenden Menschen eine Welle von Preiserhöhungen zu. Die Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten liegt jetzt schon bei 6,5 Prozent — in den letzten Monaten wurde der stärkste Anstieg dieser Rate seit der Korekrise registriert. Und als besonders unverschämter Preistreiber erweist sich auch jetzt wieder der Bonner Staat. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Am 1. Februar wird die Bundesbahn die Fahrpreise im Personenverkehr um 7 Prozent erhöhen; am 1. Juni schlägt dann die Post zu — das Briefporto beispielsweise wird um 33 Prozent teurer.

Die neuesten Berichte über die Räumung von besetzten Zechen zeigen in aller Deutlichkeit das arbeiterfeindliche, reaktionäre Gesicht der polnischen Militärdiktatur. Selbst vor den Frauen der Bergarbeiter, die mit Tränengas und Wasserwerfern vertrieben wurden, machte die Brutalität der Junta-Soldaten nicht halt. Die amtlich angegebene Zahl von acht Toten bei der Räumung der Grube Wujek erscheint in diesem Zusammenhang als bloße Beschönigung.

Jaruzelski selbst tat denn auch in seiner darauffolgenden Ansprache alles, um den Eindruck zu erwecken, er habe



Im Hungerstreik befanden sich mehrere Tage vor Weihnachten fünf Mitglieder des Solidaritätskomitees für die in der DDR inhaftierten kommunistischen Oppositionellen. Sie wollten damit erreichen, daß der DDR-Ministerrat die Unterschriftenlisten, auf denen mehrere tausend Bundesbürger die Freilassung der Verhafteten fordern, wenigstens entgegennimmt. Wenn das auch nicht erreicht werden konnte, wurde doch eine größere Öffentlichkeit über die Vorgänge in der DDR informiert. Zahlreiche Berliner Zeitungen sahen sich zu einer Berichterstattung genötigt. — Ausführlicher Bericht auf S. 2.

Streikvorbereitungen bei der ÖTV

STUTTGART. — Die große Bewährungsprobe für die Kollegen der ÖTV rückt näher: gegen die Pläne der öffentlichen Unternehmer, ab 1. März die Gehälter um 1 Prozent zu kürzen, müssen Kampfmaßnahmen vorbereitet werden!

Die volle gewerkschaftliche Kampfkraft muß gegen die Lohnraubpolitik ins Feld geführt werden. Der von Unternehmern und Politikern lautstark verteilte und in die Nähe eines Verbrechens gerückte Streik im ÖTV-Bereich ist die notwendige Maßnahme, ohne die die Interessen der Kollegen nicht verteidigt werden können.

Aus der Stuttgarter Hauptverwaltung werden bereits Streikvorbereitungen gemeldet. ÖTV-Chef Kluncker selbst sagte: „Wenn die Unternehmer stur bleiben, müssen wir mit harten Bandagen kämpfen.“ Die Bonzen der DAG und des Beamtenbundes dagegen bezogen bereits offene Stellung gegen die Streikforderung, rechtfertigten die vorgesehenen Gehaltskürzungen und lehnten auch nachdrücklich das von der ÖTV vorge-

lig zu Recht geforderte Streikrecht für Beamte ab.

Die Kollegen der ÖTV stehen vor einem Kampf, der für alle Arbeiter und Angestellten von großer Bedeutung ist. Sein Ausgang hat eine Bedeutung auch für die anderen Tarifkämpfe. Deshalb bedürfen die ÖTV-Kollegen auch der deutlich sichtbaren Solidarität der anderen Gewerkschaften.

„Unverantwortlich!“ schreien Unternehmerverbandssprecher und Politiker, wenn Gewerkschafter die Forderung nach Reallohnsicherung aufstellen. Unverantwortlich aber wäre jedes Zurückweichen vor geplanten Angriffen auf die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten!

Keine Sonderopfer der Beschäftigten im öffentlichen Dienst! Gegen Lohnkürzung und Lohnpause — Streik!

Diese Woche

Erfolgreicher Solidaritäts hungerstreik

für die Inhaftierten in der DDR — ein Bericht eines Teilnehmers lesen Sie auf Seite 2.

Weniger Lehrstellen, mehr Arbeitslose

Zur wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ausführliche Artikel auf der Seite 3.

Berufsverbote

Seit zehn Jahren besteht nun der berüchtigte „Radikalerlaß“ — auch in sozialdemokratisch regierten Bundesländern wird die reaktionäre Praxis der Berufsverbote ungehemmt fortgesetzt. Seite 7.

„Der Brüterpfennig“

Über die Verteuerung des Strompreises 1982 und wie dadurch das volksfeindliche Bonner Atomprogramm finanziert werden soll, wie die Kasse der Energiekonzerne aufgefüllt wird — ausführlich auf Seite 8.

Zur Lage in Polen

Verschiedene Artikel über die Reaktionen im Westen, über den Widerstand der Arbeiter und die Politik der Militärdiktatur sind auf Seite 11 zu finden.

Neues Massaker in Guatemala

GUATEMALA CITY. — Erneut wird aus Guatemala ein faschistisches Massaker an Bauern und Landarbeitern gemeldet: Am 30. Dezember überfiel ein faschistisches Kommando mit Maschinenpistolen einen Zug flüchtender Bauern und ermordete mindestens 50 von ihnen.

Wie in El Salvador herrscht auch in Guatemala eine extreme reaktionäre Junta, die sich allein durch die ständige Hilfe der USA und durch Anwesenheit amerikanischer Soldaten an der Macht halten kann. Wie in ganz Mittelamerika hat der Widerstandskampf in Guatemala nach dem Sieg der sandinistischen Revolution in Nicaragua einen neuen Aufschwung genommen und die Reaktionäre, Großgrundbesitzer und US-Nahrungsmultis können sich nur mit blutigstem Terror zur Wehr setzen gegen ein Volk, das seine Freiheit will.

Seit langem sind die systematischen Morde an Gewerkschaftsfunktionären in den amerikanischen Betrieben in Guatemala bekannt, im Laufe des letzten Jahres hat sich dieser Terror dann auch immer mehr auf alle Gewerkschaftsmitglieder ausgedehnt, — die jetzt ermordeten Bauern waren auf der Flucht vor einer Strafaktion gegen „aufsässige Gewerkschaften“.

Berichte über Greuelthaten

Jaruzelski will Normalisierung vorspiegeln

WARSCHAU. — Alle Meldungen, die durch die zensierten polnischen Medien die Öffentlichkeit erreichen, haben nur ein einziges Ziel: der Welt vorzuspiegeln, die Lage in Polen sei fast schon wieder normal, alles gehe seine Bahn und die Arbeiter seien eigentlich zufrieden.

Die neuesten Berichte über die Räumung von besetzten Zechen zeigen in aller Deutlichkeit das arbeiterfeindliche, reaktionäre Gesicht der polnischen Militärdiktatur. Selbst vor den Frauen der Bergarbeiter, die mit Tränengas und Wasserwerfern vertrieben wurden, machte die Brutalität der Junta-Soldaten nicht halt. Die amtlich angegebene Zahl von acht Toten bei der Räumung der Grube Wujek erscheint in diesem Zusammenhang als bloße Beschönigung.

Jaruzelski selbst tat denn auch in seiner darauffolgenden Ansprache alles, um den Eindruck zu erwecken, er habe

diese tragischen Ereignisse nicht gewollt. Währenddessen scheinen sich die Gerichtsurteile gegen Organisatoren von Streiks im ganzen Land auf ein Strafmaß von drei Jahren Gefängnis einzupendeln.

Die jetzt angekündigten drastischen Preiserhöhungen aber werden mit Sicherheit nicht zu einer größeren Beliebtheit der Jaruzelski bei der werktätigen Bevölkerung Polens führen. Eine Stabilisierung von der Schnelligkeit und dem Umfang wie sie einst in der CSSR erreicht wurde, erscheint angesichts dieser Lage sehr unwahrscheinlich.



Panzer rollen auf Warschau — so hofften Polens Revisionisten, die Arbeiterbewegung schnell stoppen zu können.

Kommentar der Woche

Eine bemerkenswerte Äußerung machte der USA-Urlauber Helmut Schmidt am Wochenende in einem Interview mit der „New York Times“. Europa sei, so sagte der Bonner Kanzler unverblümt, in Einflußsphären aufgeteilt, und jeder Versuch, das Machtgleichgewicht in Europa zu ändern, könne Krieg bedeuten.

Bemerkenswert war das vor allem deswegen, weil Schmidt diese Äußerung ausdrücklich mit einer Kritik an der amerikanischen Boykott-Politik gegenüber Polen und der Sowjetunion verband. Und welche Schlußfolgerung ergibt sich daraus? Doch nur die, daß die gegenwärtige Haltung der Reagan-Leute in der Polen-Frage die von den Supermächten gezogene und von ihnen im beiderseitigen Einvernehmen akzeptierte Abgrenzung ihrer Interessengebiete auf dem europäischen Kontinent in Frage stellt.

Polens falsche Freunde

Und tatsächlich — wenn man die jetzige Reaktion Washingtons auf den Militärputsch in Warschau mit der auf die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei vergleicht, werden tiefgreifende Unterschiede in der Politik der amerikanischen Supermacht deutlich. Als Breschnew 1968 seine Panzer gegen Prag rollen ließ, wurde dies als eine interne Angelegenheit des Moskauer Blocks angesehen; so wie umgekehrt der Kreml die militärischen Aggressionen der US-Imperialisten in deren Machtbereich (nicht nur im lateinamerikanischen „Hinterhof“, sondern beispielsweise auch in Indochina) weitgehend akzeptierte.

Von solch einem stillschweigenden Übereinkommen aber kann heute nicht mehr die Rede sein. Daß ausgerechnet Reagan, der im eigenen Land streikende Fluglotsen in Ketten abführen und ins Gefängnis werfen ließ, mit seinen Boykott-Aktionen der polnischen Arbeiterbewegung zu Hilfe eilen will, dürfte ja kaum jemand glauben. Ihm geht es vielmehr darum, den Kreml-Herren zu demonstrieren, daß nunmehr auch Washington sich das Recht herausnimmt, im Machtbereich der östlichen Supermacht mitzumischen.

Man könnte nun versucht sein, den Reaganschen Boykott als eine nur symbolische Geste anzusehen. Denn immerhin wickelt die Sowjetunion, gegen die sich dieser Boykott in erster Linie richtet, nur ganze drei Prozent ihres Außenhandels mit den USA ab. Dabei dürfen jedoch die ganz handfesten Absichten der amerikanischen Imperialisten mit ihrer Polen-Politik nicht übersehen werden.

Zum einen ist die Aufkündigung der stillschweigenden Anerkennung der Interessengebiete ein deutliches Signal an alle pro-westlichen Kräfte im sowjetischen Block, daß die USA nunmehr bereit sind, offen als deren Schutzmacht aufzutreten — was diese Kräfte natürlich ermutigen und ihnen auch ein größeres Gewicht gegenüber der wirklich fortschrittlichen Opposition im sowjetischen Machtbereich verleihen soll. Zum anderen betrachten die Reagan-Leute ihre Polen-Politik ja nicht als eine ausschließlich amerikanische Angelegenheit, sondern als Sache des gesamten NATO-Blocks.

Und das heißt, sie benutzen den Militärputsch der polnischen Generäle dazu, endgültig die besonderen Beziehungen ihrer europäischen „Verbündeten“ zur Sowjetunion zu kappen und sie auf eine Linie der allseitigen Konfrontation gegenüber Moskau zu verpflichten. Wenn von Boykott die Rede ist, dann meinen die amerikanischen Imperialisten damit eben in erster Linie einen westeuropäischen Boykott gegen das sowjetische Lager, was besonders die Interessen von Teilen des westdeutschen Finanzkapitals (Stichworte: Erdgas-Röhren-Geschäft, Polen-Kredite) empfindlich berühren würde. Und nicht zuletzt ist den Herren in Washington die Warschauer Militärdiktatur auch ein willkommener Anlaß, um die lästige Verhandlungsfarce um die Atomraketenrüstung zu torpedieren, beziehungsweise ganz aus der Welt zu schaffen und ihre atomaren Rüstungspläne in Westeuropa auf dem schnellsten Wege durchzusetzen.

So benutzen also die Reagan-Leute, die sich in widerwärtiger Scheinheiligkeit als Freunde der polnischen Arbeiterbewegung aufspielen, den sozialfaschistischen Putsch in Warschau nicht zuletzt auch dazu, ihre Hegemonie über den NATO-Pakt weiter zu stärken und das gesamte westliche „Bündnis“ auf ihren Kriegskurs gegenüber dem sowjetischen Rivalen einzuschwören. Aus dem heroischen Kampf und aus dem Leiden des polnischen Volkes wollen diese Leute Kapital für die Raubinteressen des amerikanischen Imperialismus schlagen.

In der so überaus wichtigen Organisation der Solidarität mit den von der sozialfaschistischen Diktatur unterjochten polnischen Klassenbrüdern ist es also auch notwendig, diesen falschen Freunden Polens die Maske vom Gesicht zu reißen.

Detlef Schneider

Vor Weihnachten

Solidaritätshungerstreik erfolgreich!

Am 19. Dezember 1981 um 0 Uhr begannen fünf Mitglieder des westdeutschen Solidaritätskomitees mit den in der DDR verhafteten kommunistischen Oppositionellen einen Hungerstreik am DDR-Grenzübergang Bornholmer Straße in Westberlin. Mit dieser Aktion wollte das Solidaritätskomitee seine Forderung an den Ministerrat der DDR unterstreichen, die in Westdeutschland und Westberlin gegen die Inhaftierung von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und weiteren kommunistischen Oppositionellen gesammelten Protestunterschriften entgegenzunehmen.

Am 23. Dezember, also am fünften Tag des Hungerstreiks, wurde ein erneuter Versuch unternommen, die Unterschriftenlisten dem Ministerrat der DDR zu übergeben. Dem damit beauftragten Teilnehmer des Hungerstreiks wurde aber bereits am Grenzübergang die Einreise in die DDR verweigert, die Annahme der Unterschriften in jedweder Form wurde ausdrücklich abgelehnt. Daraufhin beschloß das Solidaritätskomitee den Abbruch des Hungerstreiks, weil keine Aussicht bestand, durch eine Fortsetzung des Hungerstreiks eine Änderung der Haltung der DDR-Behörden zu erreichen.

In der Presseerklärung zum Abbruch des Hungerstreiks betont das Solidaritätskomitee die Notwendigkeit, den öffentlichen Druck auf die DDR-Behörden zu verstärken, die Solidaritätsbewegung mit den in der DDR unter dem Vorwurf oppositioneller kommunistischer Tätigkeit Verhafteten bzw. bereits Verurteilten zu verbreitern.

Obwohl durch den Hungerstreik erwartungsgemäß die Annahme der Unterschriftenlisten durch die DDR-Behörden nicht durchgesetzt werden konnte, hat der Hungerstreik doch einiges zur Unterstützung der in Ost-

berlin gefangen gehaltenen Genossen bewirkt. Ein Teilnehmer des Hungerstreiks berichtete dem „Roten Morgen“ über die Erfahrungen dieser viereinhalb Tage am Grenzübergang Bornholmer Straße.

Ein Teilnehmer am Hungerstreik berichtet

Während viele Genossen sich nach einer kurzen Auftaktkundgebung des Westberliner Solidaritätskomitees in die verschiedenen Westberliner Stadtviertel begaben, um dort Flugblätter zum Hungerstreik zu verteilen, zogen wir begleitet von einigen Genossen, die uns unterstützten, zu unserem Wohnwagen am Grenzübergang. Jetzt hatten wir zunächst einmal alle Hände voll zu tun. Schließlich wollten wir ja nicht im Wohnwagen still vor uns hin hungern, sondern den vorweihnachtlichen Grenzverkehr ausnutzen, um über die Verfolgung der kommunistischen Opposition durch das SED-Regime zu informieren. Dabei kam es uns natürlich vor allem darauf an, möglichst viele Informationen in die DDR hineinzukriegen.

Bonner Parteienskandal

Noch kein Ausweg gefunden

BONN. — In der Bundeshauptstadt zerbrechen sich Beauftragte der Parteien CDU, CSU, FDP und SPD weiter den Kopf, wie man aus dem immer breitere Ausmaße annehmenden Skandal um Spendenbetrug und Bestechungen herauskommen kann. Die eigens dafür eingerichtete Kommission hat noch keine neuen Pläne vorgelegt. Es sind immer noch Maßnahmen bis hin zu einer Verfassungsänderung im Gespräch, um eine Strafverfolgung von Politikern zu verhindern.

Diese steht ins Haus, seit die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen aufgenommen hat. Man steht dabei natürlich vor dem Dilemma, daß mit solchen Schachzügen auch in den Augen der breiten Öffentlichkeit das kriminelle Spiel auf die Spitze getrieben würde.

Auch bestünde, würde man sich dennoch dafür entscheiden, ein weiteres Problem: man müßte das Bundesverfassungsgericht zu einer totalen Revidierung bisheriger Entscheidungen bewegen. Denn aus jüngster Zeit liegen solche Entscheidungen vor, die ähnliche Überlegungen eindeutig aus unzulässigen Bruch des Grundgesetzes charakterisieren.

In die Diskussion hat sich inzwischen auch CSU-Chef Strauß eingeschaltet, der für die politischen Parteien den Status der Gemeinnützigkeit wie für beispielsweise einen Hunde-

schutzverein forderte. Er unterstützt damit eine der Hauptüberlegungen der letzten Wochen. Denn für gemeinnützige Vereine besteht die Beschränkung steuerlicher Abzugsfähigkeit von Spenden nicht. Aber eben für diesen Schritt müßte das Grundgesetz umgestoßen werden.

Bei Redaktionsschluß wurde gemeldet, daß der „Stern“ erfahren habe, CDU-Schatzmeister Kiep habe „spendierfreudige Industrielle“ zu Steuerhinterziehungen veranlaßt. Erhärtet hat sich die Erkenntnis, daß die SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ Scheinrechnungen für nie existierende Anzeigen und Abonnements ausgestellt hat. Und was die FDP betrafte, so wird inzwischen öffentlich auch Bundes-Saubermann und Expräsident Walter Scheel als Mitwisser der verbrecherischen Finanzbeschaffungsaktion genannt.

Man darf gespannt sein, welche Schritte die Parteien letztendlich unternehmen werden. Auf jeden Fall hoffen wir, daß bei möglichst vielen Menschen in unserem Land tatsächlich die von den Politikern so gefürchtete „Staatsverdrossenheit“ sich einstellt oder weiter anwächst, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, daß der bürgerliche Parlamentarismus ein Volksbetrug ist, der die Herrschaft des großen Geldes verschleiern soll, und daß sich mehr Menschen dem Kampf gegen dieses korrupte System anschließen. Damit hätte dieser Skandal wenigstens auch eine positive Auswirkung.

Wir begannen also zunächst einmal, Transparente und Stellschilder zu malen, die die Menschen, die in beiden Richtungen die Grenze passierten, auf unseren Hungerstreik aufmerksam machen und über die Verhaftungen von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und der anderen Genossen informieren sollten. Außerdem verteilten wir Flugblätter.

Am ersten Tag sprachen wir zusätzlich mit einem Megaphon über die Grenze, weil das in grenznahen Wohnhäusern auf DDR-Seite noch gehört werden konnte. Nach kurzer Zeit wurde uns das von der Westberliner Polizei verboten. Vermutlich hatten sich DDR-Stellen über



Viele Menschen nahmen Flugblätter mit über die Grenze.

die „Grenzprovokationen“ beschwert und die Westberliner Polizei hatte nichts Eiligeres zu tun, als für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die DDR-Grenzer zufrieden zu stellen.

Bei den DDR-Grenzern löste unser Auftauchen am Grenzübergang sofort hektische Aktivität aus. Zeitweilig waren am ersten Tag zehn Leute damit beschäftigt, uns zu beobachten und mit großen Objektiven zu fotografieren.

Aber auch bei der Westberliner Polizei stieß unsere Aktion nicht unbedingt auf Gegenliebe. Schließlich demonstrierten wir nicht für die „freie Welt“ gegen die „kommunistische Tyrannei“, sondern handelten aus Solidarität mit verfolgten Kommunisten. Wegen der für die Westberliner Behörden verzwickten politischen Umstände, konnte man uns zwar nicht einfach abräumen lassen, zumal die zuständige französische „Schutzmacht“ unsere Aktion zwar interessiert verfolgte, aber keine Anstalten machte, daran Anstoß zu nehmen. So blieb es bei kleinen Schikanen seitens der Westberliner Polizei. Am dritten Tag des Hungerstreiks mußten wir beispielsweise alle Stelltafeln abbauen. Erst nachdem eine Teilnehmerin des Hungerstreiks einen halben Tag auf verschiedenen Westberliner Behörden zugebracht hatte, durften wir die Stelltafeln mit behördlicher Genehmigung wieder aufstellen.

Eine ganze Reihe Westberliner besuchten uns am Grenzübergang, um sich zu informieren oder auch tatkräftig zu unterstützen. Ein junger Mann brachte uns Fotos, die er am ersten Tag des Hungerstreiks gemacht hatte. Sein Freund besorgte uns eine Blechtonne, in der wir ein Kohlefeuer machen konnten, damit wir uns bei dem saukalten Wetter auch draußen aufwärmen konnten. Eine junge Frau und ein junger Mann holten sich Flugblätter, um sie in der Nachbarschaft zu verteilen usw.

Unter diesen Besuchern waren auffallend viele, die früher in der DDR gelebt hatten und geflüchtet waren oder abgeschoben bzw. ausgetauscht worden waren. Sie fühlten sich durch unsere Aktion besonders angesprochen.

Weniger groß war das Interesse bei der bürgerlichen Presse. Gerade die Westberliner Presse ist ja ansonsten gegenüber allem, was sich gegen die DDR richtet, ausgesprochen aufgeschlossen. Für kommunistische Oppositionelle in der DDR gilt das aber natürlich nicht. Daraus läßt sich für die antikommunistische Hetze ja kein Kapital schlagen. Immerhin meldeten die meisten Berliner Tageszeitungen den Hungerstreik und brachten dabei in unterschiedlichem Ausmaß auch einige Informationen über die Verhaftungen der Kommunisten in der DDR.

Den wichtigsten und nachhaltigsten Erfolg hatte unsere

Hungerstreikaktion am Grenzübergang aber sicher dadurch, daß wir in diesen viereinhalb Tagen Hunderte von DDR-Bürgern über die Verhaftung von Kommunisten in der DDR informieren konnten. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Rentner aus Ostberlin, die in Westberlin Verwandte besuchen oder auch nur einkaufen wollten. Ihnen gaben wir unser Flugblatt, und mit vielen konnten wir diskutieren.

Die erste Reaktion, wenn wir über die Verhaftung von Kommunisten in der DDR berichteten, war natürlich ungläubiges Erstaunen; denn zunächst einmal geht der normale DDR-Bürger genau wie die Menschen bei uns im Westen davon aus, daß die Kommunisten in der DDR an der Macht und nicht im Gefängnis sind. Aber wenn wir erklärten, daß die Genossen der Sektion DDR der KPD der Auffassung sind, daß Honecker und Konsorten gar keine Kommunisten sind, daß die SED-Bonzen die Ziele des Kommunismus und die Grundsätze des Marxismus-Leninismus völlig verraten haben, stießen wir auf viel Zustimmung.

Für uns überraschend groß war unter den Ostberlinern, mit denen wir sprachen, die Zahl derjenigen, die irgendwie schon einmal von der Sache gehört hatten. Vor allem von der Ankerkettungsaktion auf dem Alexanderplatz hatten relativ viele etwas erfahren. Jemand erzählte uns, daß in Ostberlin Fotos von dieser Aktion zirkulieren.

Vor allem diese Diskussionen mit Ostberlinern haben uns gezeigt, daß die bisherige Solidaritätskampagne auch in der DDR erste Wirkungen zeigt. Die Mauer des Schweigens, mit der das Honecker-Regime die Verhaftungen unserer Genossen umgeben wollte, weist bereits Risse und Löcher auf. Wir hoffen, daß wir durch unsere Hungerstreikaktion am Grenzübergang ein paar neue Risse und Löcher in diese Mauer gebrochen haben.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Katastrophale Bilanz der Berufsausbildung

Fast zehn Prozent weniger Lehrverträge abgeschlossen

Alarmierende Zahlen entlarven Zweckpropaganda aus Bonn

BONN. — Der Lehrstellenmangel hat sich im Laufe des vergangenen Jahres drastisch zugespitzt. Anderslautende, verharmlosende Berichte, die seitens der Unternehmer und der Regierung noch vor wenigen Wochen in den Medien verbreitet worden waren, haben sich inzwischen als falsch erwiesen. Gegenüber dem gleichen Datum des Vorjahres war die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge am 21. Dezember 1981 um rund 65 000 bzw. 9,7 Prozent zurückgegangen. Die Bundesregierung rührte bisher keinen Finger, um diese für die Arbeiterjugend katastrophale Entwicklung zu stoppen.

Bundesminister Björn Engholm sah sich gezwungen, einzugestehen, daß die Lage in Bezug auf das Lehrstellenangebot sich rapide verschlechtert hat. Engholm bezeichnete die Entwicklung als „mehrfach alarmierend“, „besonders erschreckend“ und „bedrohlich“. Der Minister zeigte sich besonders darüber bestürzt, daß nicht nur in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen ein absolutes Defizit an Lehrstellen registriert wurde, sondern erstmalig auch in Flächenstaaten wie Schleswig-Holstein, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Nach der noch nicht offiziellen Berufsbildungsbilanz 1981 wird mittlerweile in fünf der zehn Bundesländer sowie in Westberlin ein direktes statistisches Defizit des Lehrstellenangebotes gegenüber der registrierten Nachfrage verzeichnet. Die entsprechenden Zahlen sehen folgendermaßen aus:

Bremen minus 3,0 (1980: minus 1,1) Prozent; Hamburg minus 2,1 (1,1) Prozent; Schleswig-Holstein minus 1,2 (plus 2,9); Rheinland-Pfalz minus 1,0 (plus 1,4); Hessen minus 0,3 (plus 2,4). Von den 142 Arbeitsamtbezirken meldete fast ein Drittel, nämlich 48, ein Angebotsdefizit. Im Vorjahr waren dies noch „nur“ 20 Bezirke gewesen.

Was Nordrhein-Westfalen betrifft, so wird zwar gegenwärtig hier offiziell noch eine ausgeglichene Bilanz ausgewiesen. Jedoch wird die wirkliche Situation gegenwärtig durch die Einführung des 10. Schuljahres und durch andere arbeitsmarktpolitische Schönheitsoperationen verschleiert. Dies mußte auch der Bundesbildungsminister eingestehen. Die Tatsache, daß fast 50 Prozent des Rückganges an abgeschlossenen Lehrverträgen

auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallen, zeigt deutlich genug, wie katastrophal die Entwicklung gerade auch in diesem Bundesland ist. So ist im nordrhein-westfälischen Handwerk innerhalb des vergangenen Jahres nahezu jeder vierte Ausbildungsplatz vernichtet worden.

Noch vor kurzem ließ die Bundesregierung einen Ausbildungsbericht verbreiten, der die Situation massiv verharmlost und beschönigt hatte. Nach diesem Bericht hätte der Rückgang an Lehrverträgen innerhalb des vergangenen Jahres nur 13 000 betragen. Tatsächlich jedoch liegt der Rückgang, wie die jetzt veröffentlichten Zahlen beweisen, um das vier- bis fünffache höher!

Diese verfälschenden Zahlen hatte man in Bonn offensichtlich ganz bewußt und gezielt lanciert, um bei der Verabschiedung des neuen, am 1. Januar 1982 in Kraft getretenen Berufsbildungsförderungsgesetzes „unbelastet“ die Arbeiterjugend in die Pfanne hauen zu können. Auch in diesem Gesetz wurde erneut auf jede Art von Ausbildungsverpflichtungen für die Unternehmer verzichtet!

Man verzichtete selbst auf die Wiedereinführung der Möglichkeit, im Falle eines ungenügenden Lehrstellenangebotes die Unternehmer mit einer Berufsbildungsabgabe zur Kasse zu bitten, um dadurch wenigstens indirekt einen gewissen Druck in Richtung „Stärkung der Ausbildungsbereitschaft“ auszuüben. Diese Möglichkeit war in dem alten (vom Bundesverfassungsgericht auf Betreiben der Unternehmer und der CDU/CSU vor einem Jahr für nichtig erklärten) Ausbildungsplatzförderungsgesetz noch enthalten gewesen. Allerdings hatte

die Bundesregierung auf die Erhebung der Abgabe stets unter Vorwänden verzichtet. Aber selbst die bloße Möglichkeit der Erhebung einer solchen „Abgabe“ war von den Unternehmern und ihren Wasserträgern als „Damoklesschwert“ bezeichnet und auf ihr Betreiben abgeschafft worden.

Der Verzicht selbst auf diese völlig unzulängliche gesetzliche Maßnahme zugunsten einer

Förderung des Lehrstellenangebotes in dem neuen Ausbildungsplatzförderungsgesetz war von der Bundesregierung mit dem Hinweis auf die angeblich „hohe Ausbildungsbereitschaft“ von Handwerk und Industrie begründet worden, die sich nun als eine zynische Lüge, eine reine Zweckpropaganda im Interesse der Unternehmer erwiesen hat.

Jugendarbeitslosigkeit wächst lawinenartig

Mehr als eine halbe Million Jugendliche ohne Arbeit

Die offizielle Statistik gibt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zur Zeit mit 140 000 an. So schockierend bereits diese Zahl ist, so sehr beschönigt sie auf der anderen Seite die Wirklichkeit. In Wahrheit sind bereits mehr als eine halbe Million Jugendliche arbeitslos. Und für das Jahr 1982 wird ein Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit von bisher beispiellosem Ausmaß erwartet.

Auch die offizielle Arbeitslosenstatistik verbirgt nicht, daß 1981 die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen am stärksten angewachsen ist. Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit ist die Arbeitslosenzahl bei den bis zu 25-jährigen im vergangenen Jahr um 67 Prozent gestiegen. Das ist bei allen Altersgruppen die weitaus höchste Steigerung!

Besonders extrem sind hierbei wiederum die ausländischen Jugendlichen betroffen und zwar vor allem die unter 20-jährigen: die Steigerungsrate liegt hier bei 115 Prozent! Bei den deutschen Jugendlichen bis 20 Jahren liegt sie „nur“ bei 59 Prozent.

Diese Zahlen sind ein gesellschaftspolitischer Skandal, Ausdruck eines unmenschlichen Sy-

stems, das der Arbeiterjugend keine lebenswerte Zukunft zugesteht.

Laut offizieller Statistik gibt es in der Bundesrepublik und in Westberlin gegenwärtig 140 000 arbeitslose Jugendliche. Untersuchungen des DGB beweisen jedoch die Existenz einer extrem hohen Dunkelziffer von nicht registrierten jugendlichen Arbeitslosen. Es wird davon ausgegangen, daß die realen Arbeitslosenzahlen bei Jugendlichen die offiziellen Angaben um das Dreifache übertreffen!

Bezieht man alle Jugendlichen bis zu 25 Jahren in eine Bilanz der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit mit ein, so kommt man zu der verheerenden Zahl von 530 000 jugendlichen Arbeitslosen.

Besonders hoch in der Dunkelziffer ist der Anteil der ausländischen Jugendlichen und hierbei insbesondere der der Mädchen.

Mit arbeitsmarktpolitischen Schönheitsoperationen wie etwa der Einführung eines „Berufsvorbereitungsjahres“, mit bestimmten Lehrgängen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen



will man zugleich ein politisches Klima erzeugen, um gegen die rebellierende Jugend rücksichtslos und mit brutalster Gewalt vorgehen zu können.

In dem vor uns liegenden Jahr wird sich — wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden — die Jugendarbeitslosigkeit in einem bisher noch nicht dagewesenen Ausmaß weiter verschärfen. So erklärte z. B. der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann, 1982 werde uns die Jugendarbeitslosigkeit „mit voller, ungeschöner Wucht treffen, da wir dann den Höhepunkt der geburtenstarken Jahrgänge verkraften müssen.“

Farthmann und seinesgleichen bereiten sich auf diese Verschärfung vor. Aber nicht etwa, in dem sie die Unternehmer zwingen, mehr Lehrstellen und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Nicht durch eine Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Nicht durch Bereitstellung von Mitteln zu echter Hilfe für arbeitslose Jugendliche. Ihre Vorbereitungen bestehen darin, das Instrumentarium des Staates zur Unterdrückung und Disziplinierung der Jugend auszubauen und zu vervollständigen.

Die Polizei wird ausgebaut. Neue Bürgerkriegswaffen wie z. B. das CS-Gas werden eingeführt. Todesschußgesetze werden verabschiedet usw. Das ist die Antwort der Regierenden auf das Wachsen der sozialen Katastrophe, auf die Ausweglosigkeit und Verzweiflung, in die immer mehr Jugendliche durch dieses Profitsystem gestürzt werden.

Kampf der Jugendarbeitslosigkeit — die Kapitalisten zur Kasse bitten!

Die etablierten Politiker, die Bonner Parteien und die Regierung sehen tatenlos zu, wie sich die Jugendarbeitslosigkeit lawinenartig ausbreitet und katastrophale Folgen annimmt. Immer mehr Jugendliche stehen vor den Scherben ihrer beruflichen Zukunft, bevor sie überhaupt die Chance hatten, sich eine zu schaffen, sich auszubilden, sich eine Existenz zu gründen.

Es muß jetzt endlich etwas geschehen! Das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit kann nicht länger hingenommen werden. Am allerwenigsten aber das verheerende Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit!

Allerdings ist heute mehr denn je klar, daß sich nur durch den Kampf der Betroffenen selbst etwas

ändern wird. Der Kampf muß von allen Arbeitern und Angestellten, sowohl denen, die Arbeit haben als auch den Arbeitslosen gemeinsam und solidarisch geführt werden. In diesem Sinne muß er von den Gewerkschaften organisiert und vorangetrieben werden.

Dabei kommt der Arbeiterjugend eine besondere Rolle zu. Die Arbeiterjugend kämpft um ihre Zukunft. Dafür muß sie gegen die Kapitalisten und die Regierung auf die Barrikaden steigen, muß sie tausendfach auf die Straße gehen, protestieren, mit phantasievollen Aktionen zeigen, daß sie sich wehrt! Dabei müssen folgende Forderungen der Arbeiterjugend heute eine vorrangige Rolle spielen:

- Die Reichen sollen die

Krise bezahlen! Die Regierung muß die Kapitalisten zur Kasse bitten, um das Angebot an Lehrstellen zu verbessern. Es müssen gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um zu gewährleisten, daß genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden!

- Eine qualifizierte Ausbildung für jeden! Keine Benachteiligung von Mädchen und ausländischen Jugendlichen!
- Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf, fest und unbefristet!
- Existenzlohn für Lehrlinge!
- Jeder arbeitslose Jugendliche muß für die volle Dauer seiner Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld erhalten!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausenstraße Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691/92.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eiler), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eiler 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Forderungen von Unternehmern und Politikern zur Jahreswende

Verschärfter Reallohnabbau — weitere soziale Demontage

Klassenkämpferischer Widerstand der Gewerkschaften tut not

Zur Jahreswende pflegen führende Vertreter der Unternehmerschaft und der etablierten politischen Kräfte ihre Ansprüche und Forderungen für das neue Jahr anzumelden. So war es auch diesmal wieder. Was sich dabei als Hauptpunkte und als gemeinsamer Nenner all dieser Stellungnahmen herauschält, muß in den Ohren der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wie eine Alarmsirene tönen: Durchgängig fordern die Repräsentanten von Staat und Wirtschaft mit bisher unbekannter Kaltschnäuzigkeit und Radikalität noch mehr Lohnverzicht als im abgelaufenen Jahr und eine verschärfte Fortsetzung der sozialen Demontage.

Im folgenden seien einige jener Stellungnahmen zum Jahreswechsel herausgegriffen, wie sie dieser Tage die Wirtschaftsspalten der bürgerlichen Presse füllen. Wir zitieren dabei jeweils einige Kernsätze, die jedoch für alle Stellungnahmen typisch sind.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, erklärte in einem Artikel, der am 31. Dezember im „Handelsblatt“ veröffentlicht wurde:

„Im politischen Bereich hat der Staat die Schaffung von mehr und mehr gruppenspezifischen Wohlfahrtsvorteilen, die sich gegenseitig hochschaukeln, zum Inhalt seiner Politik gemacht. (...) Die Sozialisierung der Lebensrisiken hat die Pflicht zur individuellen Vorsorge unterlaufen. (...)“

Christians fordert dann unter anderem, daß noch weit stärker als bisher den Arbeitslosen die Unterstützung gesperrt oder entzogen werden soll: „Bisher wurden nur zu zaghafte Versuche unternommen, die Zumutbarkeit für alle zu erhöhen.“

Zur Lohnpolitik hat der Chef der mächtigsten deutschen Großbank folgendes zu sagen:

„Die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung hat in den vergangenen Jahren zu scharfen Ertragserosionen der Wirtschaft geführt. Insoweit findet eine Erzeugung von Verteilbarem nicht mehr statt. Hier müssen die Tarifpartner ihre Korrektur ansetzen, um Verteil-

bares wieder produzieren zu können. Was wir brauchen, ist eine stärkere Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik, die Abkehr von der Quasi-Indexierung, die in der geforderten Reallohnsicherung besteht.“

Des weiteren fordert Christians eine Disziplinierung der Belegschaften in den Betrieben dergestalt, daß jeder Widerstand gegen Rationalisierung und Massenentlassungen mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie und der Politiker unterbunden wird. Er bezeichnet diese Disziplinierung als „ordnungspolitische Rückbesinnung“ und führt dazu als konkretes Beispiel aus: „Ein geeigneter Ansatz wäre, Neueinstellungen bei Veränderung, objektiver wirtschaftlicher Kriterien rückgängig machen zu dürfen.“

Dieses aus den USA bekannte Prinzip des „Heuerns und Feuerens“, wie es den Kapitalisten gerade zupass kommt, bezeichnet Christians höhnisch als „dialogfähigen Ansatz zu dem notwendigen Konsens“ zwischen Belegschaften und Unternehmern.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, schreibt in einem ebenfalls am 31. Dezember im „Handelsblatt“ abgedruckten Beitrag:

„Zum anderen steht die Lohnpolitik vor der Aufgabe, die verteilungspolitischen Fehlentwicklungen der letzten beiden Jahre wieder zu korrigieren. (...) Forderungen nach Real-

lohnsicherung werden einer Situation, in der die Beschäftigungsprobleme zur gravierendsten wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderung geworden sind, nicht gerecht. Ziel der Lohnpolitik muß eine Verminderung des Personalkostendrucks sein.“

Esser fordert radikaler denn je zuvor eine Wende in Richtung auf rücksichtslosen Lohn- und Sozialabbau:

„Die anhaltende, hartnäckige Stockungsphase“, wie sie vom Sachverständigenrat gekennzeichnet wurde, wird erst dann zu Ende gehen, wenn in der Lohnpolitik sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eindeutige Weichenstellungen erfolgt sind, die den Willen erkennen lassen, daß den privaten Investitionen auf längere Sicht der Vorrang vor dem privaten und öffentlichen Konsum eingeräumt werden soll. (...) Die aufgestauten finanzpolitischen Probleme und die jüngsten Versuche einer politischen Bewältigung lassen immer noch Zweifel daran aufkommen, ob dem Erfordernis einer konsequenten Wachstumspolitik nunmehr auch tatsächlich entsprochen wird.“

Im Klartext: Für Esser ist die jetzige sozialfeindliche Sparpolitik der Bundesregierung noch nicht radikal genug!

Natürlich durfte im Chor der Lohn- und Sozialräuber der Bonner Wirtschaftsgraf nicht fehlen. In einem Interview mit „Bild am Sonntag“ sagte

Lambsdorff zu den Ausblicken aufs neue Jahr:

„Leider läßt sich nicht vermeiden, daß, wenn der Staat Leistungen kürzt, häufig die Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen getroffen werden. Schließlich sind sie auch diejenigen, die bisher hauptsächlich in den Genuß staatlicher Leistungen gekommen sind.“

Diese zynische Sozialraub-Philosophie zur Grundlage nehmend, kündigt Lambsdorff dann folgenden wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung für 1982 an:

„Weniger Geld für den staatlichen Verbrauch, mehr für Investitionen. So lassen sich neue Arbeitsplätze schaffen. Und der zweite Weg: Erleichterung auch für private Investitionen.“

Im Klartext: noch brutaler als bisher den Sozialabbau vorantreiben und gleichzeitig den Unternehmern mit Subventionen und Steuergeschenken hemmungslos das in den Rachen stopfen, was den Armen gestohlen wurde.

Aus dem Lager der CDU/CSU sei mit Aussagen genau derselben Stoßrichtung der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, zitiert, der ebenfalls im „Handelsblatt“ vom 31.12. verkündet:

„Mit den Ergebnissen des Vermittlungsverfahrens zwischen Bundesrat und Bundestag zu den von der Bundesregierung vorgelegten Finanzgesetzen ist nur ein erster Schritt zur Konsolidierung der Staatsfinanzen ge-

tan. (...) Zu einer wirklichen Gesundung der öffentlichen Haushalte reichen die bisherigen Entscheidungen jedoch nicht aus. (...) Wir brauchen eine Reform der Sozialpolitik, die zu mehr Selbstvorsorge und Eigenverantwortung führt.“

Zum Abschluß noch einige Kostproben aus einem Beitrag des Bundesfinanzministers Matthöfer, der in Anknüpfung an die Neujahrsansprache des Bundeskanzlers am 2. Januar im Wirtschaftsforum der „Frankfurter Rundschau“ ebenfalls einen Beitrag „zum neuen Jahr“ veröffentlichte:

„Gefragt sind in dieser Situation Tatkraft, Zuversicht und der Wille aller, sich zunächst auf die eigene Kraft zu besinnen und die eigenen Möglichkeiten zu nutzen. Gefragt ist auch eine gewisse Selbstbescheidung: Mehr Geld fürs Öl und mehr Geld zum Investieren heißt eben bei stagnierendem

Wachstum weniger Geld zum Konsum.“

Fazit: Die Vertreter des Unternehmerlagers, der Regierung und aller Bundestagsparteien sind sich völlig einig darin, daß im vor uns liegenden Jahr der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung durch Reallohnabbau und eine verschärfte Weiterführung der sozialen Demontage drastisch gesenkt werden soll.

Zugunsten steigender Unternehmergewinne sollen die Lasten der Wirtschaftskrise brutal auf die Arbeiter und kleinen Angestellten, auf die sozial Schwachen und Schwächsten abgewälzt werden. Mehr denn je wird es deshalb zur dringenden Notwendigkeit, den Widerstand dagegen zu organisieren und zu verstärken. Mehr denn je brauchen wir Gewerkschaften, die nicht auf Sozialpartnerschaftsbetrug sondern auf Klassenkampf orientiert sind.

Anstelle eines Nachrufs

Vor kurzem erlag der Essener Bezirksleiter der IG Metall im Alter von 59 Jahren einem Herzinfarkt. Sein Name war einer größeren Öffentlichkeit erstmals Anfang 1979 nach dem Abbruch des Stahlarbeiterstreiks bekanntgeworden und zwar dadurch, daß die Vertrau-

ensleitungskörper der IGM in mehreren großen Hüttenwerken seinen Rücktritt forderten. Auch der „Rote Morgen“ wußte bisher immer nur Negatives über das Wirken des Kurt Herb zu berichten. Von daher möchten wir darauf verzichten, die Verdienste des Verschiedenen in eigenen Worten zu würdigen. Unseren Lesern sei anstelle dessen ein entsprechender Beitrag aus berufenerem Munde anempfohlen, den wir hier im Faksimile-Abdruck wiedergeben:

BILD-Kommentar

In der Pflicht verzeht

Im Stahlstreik 1978/79 kämpfte Kurt Herb für die 35-Stunden-Woche — bis zu 18 Stunden am Tag. Wie viele Gewerkschaftsführer gönnte er sich selbst nicht, was er für andere erstritt.

„Ich verzehe mich im Dienst für das Vaterland“, hat Bismarck einmal gesagt. Als man Kanzler Schmidt vor wenigen Tagen an seinem 63. Geburtstag mit diesem Satz ehrte, wehrte er bescheiden ab: „Das gilt für Politiker aller Parteien, auch für Unternehmer und Gewerkschafter.“

Einer von ihnen war Kurt Herb. Er war erst 59, als er am Herzinfarkt starb. Er hat sich für die Rechte der Arbeiter verzeht.

Daß sich keineswegs nur die „Bild“-Zeitung der großen Verdienste des Verstorbenen bewußt ist, dokumentieren die nachstehenden Todesanzeigen, die wir aus der Ruhrgebietszeitung WAZ nachgedruckt haben. Ob Ge-

sellschaft mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaft, ob Stahl- oder Maschinenbaukonzern: Kurt Herbs sachkundiger Rat und seine auf Ausgleich gerichtete Gesinnung war allen teuer:

Zur Lage der Howaldts-Werke/Deutsche Werft AG

Presseerklärung der KPD, Landesbezirk Hamburg

In unserer Ausgabe Nr. 50 vom 11. Dezember berichteten wir auf Seite 3 über die Lage bei HDW/Hamburg. Die Hamburger HDW-Betriebe sind durch Stilllegungspläne der Werfttherren bedroht. 5000 Arbeitsplätze stehen direkt auf dem Spiel; 10000 weitere Arbeits-

plätze in der Zulieferindustrie wären zudem in Hamburg gefährdet. Der Hamburger Landesbezirk der KPD gab am 28. Dezember 81 zur Lage bei HDW eine Presseerklärung heraus, die wir nachstehend im vollen Wortlaut wiedergeben:

1. Wirtschaftssenator Steinert beschied dieses Angebot abschlägig. Die Kaufsumme soll nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze im Hamburger Werk verwendet werden, sondern in die leeren Kassen des Salzgitter-Konzerns fließen.
2. Der Landesbezirk Hamburg der KPD fordert:
 - Der Schiffsbau muß modernisiert werden und in Hamburg bleiben
 - Keine Privatisierung der HDW, keine Abtrennung von Kiel und keine Fusion mit Blohm und Voss
 - Übernahme von 25,1 Prozent der HDW durch Hamburg und Verwendung der Kaufsumme zur Sicherung der Arbeitsplätze!



Streik gegen Arbeitsplatzvernichtung bei HDW in Hamburg im Herbst 1978.

Wie aus öffentlichen Verlautbarungen bekannt ist, beabsichtigt der Vorstand der HDW, weitere drastische Personaleinsparungen vorzunehmen. Was bisher nicht bekannt wurde:

1. Der staatliche Salzgitter-Konzern hat durch seinen Vorstandsvorsitzenden Pieper dem Hamburger Aufsichtsratsmitglied der HDW, Wirtschaftssenator Steinert, eine 25,1prozentige Beteiligung an der HDW angeboten. Dies ist ganz gegen die Beteiligungspolitik des Konzerns, der bisher Beteiligungen unter 50 Prozent abgelehnt hat. Dies bestätigt die Annahme, daß der Salzgitter-Konzern sich im Rahmen einer Umstrukturierung ganz von der HDW trennen will; zumindest aber vom Hamburger Werk, das heißt 5000 Arbeitsplätze bei HDW und ca. 10000 bei Zulieferfirmen würden verloren gehen. Als potentieller Käufer wird die Krupp AG genannt. Entsprechend der Entwicklung im Bremer Raum — Fusionsabsichten zwischen der Rickmers-Werft und der SUAG (Schichau Unterweser AG) und der Vulkan-Werft und der AG „Weser“ — scheint auch im Hamburger Raum die langfristige Konzeption der Schiffbauindustrie anzustehen. Die Werftenquote von 1970 sieht für Hamburg nur eine Großwerft ohne Handelsschiffsbau vor.
2. Entsprechend hat der HDW-Vorstandsvorsitzende Dr. Henke dem Betriebsrat des Hamburger Werkes ein Ultimatum gestellt: Innerhalb eines Jahres soll die Produktivität im Werk Hamburg durch die Einführung eines Prämienlohnes drastisch erhöht werden, andernfalls sei die Schließung des Hamburger Werkes unumgänglich. Solange wird es keinen weiteren Schiffsbau in Hamburg geben. Damit verstößt der Vorstand nicht nur gegen den Interessenausgleich von 1979, sondern leitet direkt die Stilllegung des Schiffsbaus ein.

Wir erfüllen die schwerste Pflicht, das Abbild des sich verabschiedenden Vorstands des Hamburger Aufsichtsrates, Herrn

Kurt Herb

bekanntzugeben.

Er verstarb am 30. Dezember 1981 im Alter von 59 Jahren.

Die Vorstandsbereitschaft des Aufsichtsrates unseres Unternehmens wird durch den Tod von Kurt Herb mit einem Verlust an Rat und Führung konfrontiert. Kurt Herb war ein Mann, der sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte und für die Rechte der Arbeiter verzeht.

FRIED. KRUPP GMBH
Aufsichtsrat, Vorstand, Gesamtbetriebsrat

Essen, 31. Dezember 1981

Am 30. Dezember 1981 verstarb im Alter von 59 Jahren das Mitglied unseres Aufsichtsrates, Herr

Kurt Herb

In den fast vier Jahren seiner Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat unserer Gesellschaft haben wir seinen sachkundigen Rat und sein soziales Engagement schätzengeliebt. Er verband hohes Verantwortungsbewußtsein mit dem Willen zum Ausgleich.

Wir sind ihm zu Dank verpflichtet und werden sein Andenken in Ehren halten.

DEUTSCHE BABCOCK AKTIENGESellschaft
Aufsichtsrat Vorstand Gesamtbetriebsrat

Die Haltung der DGB-Führung zu Polen

Solidarität oder widerwillige Pflichtübung?

Konsequente gewerkschaftliche Solidaritätsaktionen tun not

DÜSSELDORF. — Angesichts der brutalen sozialfaschistischen Unterdrückung braucht die polnische Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaft Solidarność die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Was in dieser Hinsicht bislang seitens der DGB-Führung unternommen wurde, kann man keineswegs als ehrliche Unterstützung des gerechten Kampfes der polnischen Arbeiter um Freiheit und Brot bezeichnen.

Die DGB-Führung hat sich bisher damit begnügt, ein Spendenkonto einzurichten, die Errichtung der Militärdiktatur verbal zu verurteilen und die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Freilassung der inhaftierten und internierten Gewerkschafter zu fordern.

Was aber hat die DGB-Führung, was haben die Vorstände der Einzelgewerkschaften bislang unternommen, um hinter diese Forderungen Druck zu setzen? Inwiefern haben sie versucht, den Kampf der polnischen Arbeiter, der verhafteten und untergetauchten Gewerkschafter, wirklich zu unterstützen?

Die Reaktion der DGB-Führung direkt nach dem Militärputsch bestand darin, abzuwehren: man hielt es für angebracht, vor „Aufgeregtheiten“ zu warnen, zu denen auch Solidaritätsdemonstrationen der Gewerkschaften in der BRD zu zählen seien (siehe letzter RM).

Lediglich in Westberlin rief der DGB für den 19.12. zu einer Solidaritätskundgebung auf, an der sich, ohne daß vom Gewerkschaftsapparat dazu mobilisiert worden war, ca. 3000 Menschen beteiligten. In Bayern legten nach Angaben des DGB am 23.12. rund 100000 Arbeiter und Angestellte für fünf Minuten die Arbeit nieder. Dazu hatte der bayerische DGB aufgerufen.

Natürlich sind die genannten Aktionen begrüßenswert. Besser als gar nichts! Warum aber hat der DGB nicht auch in anderen Städten zu Kundgebungen aufgerufen? Warum weigerten sich die DGB-Bonzen, Solidaritätsdemonstrationen- und Kundgebungen, die von anderen Organisationen (oft unter maßgeblicher Mitwirkung aktiver Gewerkschafter) organisiert wurden, zu unterstützen? Und warum blieb es bei einer auf Bayern begrenzten Arbeitsniederlegung (wobei auch diese mit fünf Minuten lächerlich kurz angesetzt war)?

In Frankreich streikten am 21. Dezember Millionen Arbeiter und Angestellte eine Stunde lang. Dazu aufgerufen hatten mit Ausnahme der von der moskau treuen revisionistischen KPF beherrschten CGT alle Gewerkschaften.

Eine derart machtvolle Solidaritätsaktion wäre auch bei uns ohne weiteres möglich, würde sie von der DGB-Führung gewollt und von den Gewerkschaften organisiert. Für unsere polnischen Klassenbrüder wäre dies eine äußerst wichtige und wertvolle Unterstützung.

Der Besuch des stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Rakowski zur Jahreswende bewies, welch großen Wert die Sozialfaschisten in Warschau gerade auf ihr Verhältnis zu Bonn legen und auf die nach wie vor engen wirtschaftlichen Verbindungen des

daritätsbewegung der Arbeiterbewegung in Europa und der Bundesrepublik die Militärmachthaber in Warschau an den Pranger stellt. Offensichtlich zählen für die Herren Vetter, Loderer, Kluncker und Konsorten weniger die Rechte der polnischen Arbeiterklasse und das Leben und die Freiheit der eingekerkerten Funktionäre von Solidarność, als vielmehr die dunklen Interessen, die das westdeutsche Monopolkapital in und an Polen hat.

Genau hierin dürfte die von dem Schriftsteller Heinrich Böll registrierte „merkwürdige Angst des DGB, sich in Polen einzumischen“, ihren Ursprung haben. Und darin liegt auch die Erklärung für die schändliche Behandlung jener Delegation von Arbeitern der Danziger Lenin-Werft durch die DGB-Bon-



Solidaritätsdemonstration am 19. Dezember in Dortmund

westdeutschen Monopolkapitals zu Polen. Von daher gesehen ist gerade die Solidarität der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung von besonderer Bedeutung für die polnische Arbeiterklasse. Zweifellos fürchten die Militärmachthaber in Warschau entsprechende Aktivitäten des DGB in besonderer Weise.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß die DGB-Führung keineswegs daran interessiert ist, daß eine konsequente Soli-

den, die sich seit der Machtergreifung der Militärs in Polen in der BRD aufhält (siehe nebenstehenden Bericht).

Für alle klassenbewußten Gewerkschafter hierzulande gilt nach wie vor: Es muß alles getan werden, um konsequente gewerkschaftliche Aktivitäten zur Unterstützung der polnischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaft Solidarność in ihrem mutigen und schweren Kampf gegen die sozialfaschistische Militärdiktatur zu erreichen.



Von den DGB-Bonzen als unerwünschte Gäste behandelt: Arbeiter der Danziger Lenin-Werft und Mitglieder der Solidarność. Das Foto zeigt, wie die Delegation aus Polen einer Vertreterin des Bremer Senats ein Buch über den Streik auf der Lenin-Werft vom August 1980 überreicht.

Wie die DGB-Bonzen eine Delegation der Solidarność behandeln

Unerwünschte Gäste?

BREMEN. — Auf einer Pressekonferenz äußerte sich der Schriftsteller Heinrich Böll unter anderem empört über die Behandlung einer Delegation von Werftarbeitern und Gewerkschaftern aus Polen durch die DGB-Führung. Die Delegation weilt gegenwärtig auf Einladung der mit dem DGB verbundenen Arbeiterkammer Bremen in der Bundesrepublik. Sie trat zufällig gerade zu dem Zeitpunkt ihren Besuch bei uns an, als in Polen die Militärdiktatur installiert wurde. Bölls Kritik wurde von der DGB-Führung als falsch zurückgewiesen. In der entsprechenden Erklärung der DGB-Bundespressestelle heißt es wörtlich: „Gemeinsam mit der Arbeiterkammer hat sich der DGB — wie in solchen Fällen üblich — um das Schicksal und die materielle Versorgung der Delegationsmitglieder intensiv gekümmert, was von den Vertretern der Lenin-Werft bestätigt wird.“ Der folgende Bericht, den uns Genossen der Ortsgruppe Bremen unserer Partei zuschickten, entlarvt die Schutzbehauptungen der DGB-Führung. Wie weisen außerdem auf den letzten „Roten Morgen“ (Nr. 52 vom 23. Dezember 81) hin, wo in einem Artikel auf Seite 4 über einen Solidaritätsappell dieser Werftarbeiter-Delegation an den DGB berichtet wurde.

„Bremen, 29.12.81

Liebe Genossen!

In Bremen hält sich zur Zeit eine offizielle Delegation der polnischen Gewerkschaft Solidarność auf, die von der Arbeiterkammer Bremen und vom DGB eingeladen war. Hierbei handelt es sich um sieben Kollegen und eine Kollegin von der Danziger Lenin-Werft.

Auf einem Arbeitertreff der Partei wurde eine Solidaritätsklärung verabschiedet und ein Geldbetrag von 90 Mark wurde

für die Solidarność gesammelt. Am Tag darauf besuchte eine Abordnung der Partei die Solidarność-Delegation, um beides zu überreichen.

Im Verlauf unseres Gesprächs mit den polnischen Gewerkschaftern erfuhren wir einiges über den Ablauf ihres Aufenthaltes, und über ihre Behandlung durch den DGB.

So wurde die Delegation zunächst in der Bremer Jugendherberge (!) untergebracht, in der sie einen Raum mit Etagenbetten zugewiesen bekam. Obwohl für die polnischen Kollegen von größter Wichtigkeit, gab es in diesem Raum weder Radio, noch einen Fernseher, geschweige denn ein Telefon.

Außerdem, so berichtet die polnische Kollegin, waren die vorhandenen Fenster auch am Tage zur Hälfte zugefroren, da die Heizungsanlage nicht richtig funktionierte.

Angeht die finanziellen und räumlichen Situation des Bremer DGB ist diese Unterbringung allein schon eine bodenlose Unverschämtheit und eine gewaltige Zumutung.

Am Sonnabend, den 19.12. fand in Bremen eine Solidaritätsdemonstration statt, die der DGB mit der Begründung boykottierte, die Solidarność-Delegation habe sich jegliche Aktionen dieser Art verboten (!). Dies ist, wie sich in unserem Gespräch mit den Kollegen herausstellte, eine glatte Lüge des DGB (siehe auch RM 52/81, S. 4 — die Red.).

Da die Solidarność-Kollegen aus verständlichen Gründen nicht so einfach nach Ende der Besuchswoche, in der sie von

Empfang zu Empfang geschleppt wurden, in ihre Heimat zurückfahren konnten, wurden sie am Wochenende in einem anderen Quartier untergebracht. Dies geschah nur, weil die Jugendherberge über Weihnachten schloß. Bei dem neuen Quartier handelt es sich um ein Asylantenwohnheim der Arbeiterwohlfahrt. Hier ist es zwar etwas komfortabler als in der Jugendherberge, doch ansonsten immer noch eine Zumutung.

Mit dem Ende der offiziellen Besuchswoche endete „selbstverständlich“ auch die sogenannte Betreuung durch den DGB, so daß die Kollegen in ihrer Unterkunft alleingelassen wurden.

Da sie aber nach ihren eigenen Worten nicht hierher kamen, um als Besucher aufzutreten, sondern um ganz konkret zu arbeiten, planten sie auch weitere Aktionen, um den Kampf ihrer Gewerkschaft zu unterstützen. So soll zum Beispiel in Bremen ein Solidarność-Komitee gegründet werden.

Als nun der DGB von diesem Plan erfuhr, wurde der Delegation von Funktionären des DGB mitgeteilt, daß sie überhaupt kein Recht hierzu hätten, also auch diese Aktion zu unterlassen hätten, und ansonsten ja eigentlich auch wieder nach Hause fahren könnten.

Dies ist ein schier unglaubliches Verhalten des DGB gegenüber der Arbeit der Solidarność und gewerkschaftlicher Arbeit überhaupt.

Auf diese Weise merkten die polnischen Gewerkschafter recht schnell, was von den Solidaritäts- und Unterstützungskampagnen der DGB-Bonzen zu halten ist.

Aber trotz dieses wirklich miesen Verhaltens von Seiten der Bonzen wird die Delegation nicht aufhören aktiv zu arbeiten und für die Sache der Solidarność zu kämpfen.

Hierin wird sie von uns und auch von Seiten der RGO und auch anderer gewerkschaftlicher Gruppen tatkräftig unterstützt. So wird zum Beispiel in Bremen Anfang Januar ein großes Solidaritätsfest veranstaltet, auf dem die Solidarność-Kollegen Gelegenheit haben werden, vor einer breiten Öffentlichkeit über ihren Kampf und über ihre Ziele zu berichten.

Mehr über diese Veranstaltung berichten wir euch später.

Rot Front“

In wenigen Zeilen

Hoechst AG Frankfurt Betriebsrat gefeuert, Lehrling zusammengeschlagen

Frankfurt. — Zwei Tage vor Weihnachten hat die Geschäftsleitung des Chemieunternehmens Hoechst in Frankfurt das Betriebsratsmitglied Hans Werner Kraus, sowie den Lehrling und Junggewerkschafter Bernd Reisig fristlos entlassen. Die reaktionäre Betriebsratsmehrheit stimmte den Maßregelungen zu. Dem Betriebsratsmitglied Kraus wird vorgeworfen, er habe auf einer SPD-Versammlung folgende Äußerung gemacht: „Ich bin Beschäftigter eines Unternehmens, das schon jahrelang in der Lage ist, die hessische Landesregierung zu erpressen, um eine lebensgefährliche Verseuchung unserer Umwelt durchzusetzen.“ Dem Lehrling wurde „Unfähigkeit

zur Gruppenarbeit“ sowie „falscher Ton gegenüber Ausbildern“ vorgeworfen. Als der entlassene Lehrling eine Information über die Hintergründe seiner Entlassung verteilen wollte, wurde er von Werksschutzangehörigen derart zusammengeschlagen, daß er mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Kaufhof Leverkusen

Drei Gewerkschafterinnen sollen gemäßregelt werden

Leverkusen. — Der Warenhauskonzern Kaufhof betreibt in Leverkusen die fristlose Entlassung von zwei Betriebsrätinnen und einer Jugendvertreterin, weil diese sich aktiv für die Interessen der Belegschaft eingesetzt haben. Nachdem der Betriebsrat einen entsprechenden Antrag der Kaufhausbosse ab-

gelehnt hatte, beantragten sie kurz vor Weihnachten beim Arbeitsgericht Leverkusen die fristlose Entlassung der Kolleginnen Ulrike Österreich, Gerda Iwang und Birgit Ittel. Die HBV-Gewerkschaft organisierte vor dem Kaufhof in Leverkusen eine Protestkundgebung. Auf Transparenten wurde gefordert: „Weg mit den Kündigungen unserer Betriebsräte“ und „Solidarität mit Uli, Gerda und Birgit“. An die Passanten und Kaufhof-Kunden wurden Flugblätter verteilt.

Krupp-Konzern

IGM-Fragebogenaktion verboten

Essen. — Die Konzernleitung der Friedrich Krupp GmbH teilte der IGM-Metall-Verwaltungsstelle Essen am 17.12. in einem Telefongespräch mit, daß sie die

Fragebogenaktion der IGM Metall „Frauen sind nicht 2. Klasse“ hiermit verbiete. Diese Aktion, die dazu dient, das Bewußtsein der Arbeiterinnen für den Kampf gegen Diskriminierung der Frauen im Arbeitsleben und zur Durchsetzung gleicher Rechte zu stärken, wurde bereits in elf Essener Betrieben erfolgreich durchgeführt.

Berichtigung

Im „Roten Morgen“ 52/81 auf Seite 4 berichteten wir über eine Resolution, in der vom GEW-Stadtverband Gelsenkirchen Solidaritätsaktionen des DGB für die inhaftierten Gewerkschafter in Polen und für die Freiheit der polnischen Gewerkschaft gefordert worden seien. In Wirklichkeit wurde diese Resolution jedoch nicht vom Stadtverband Gelsenkirchen, sondern vom Stadtverband Oberhausen der GEW verabschiedet. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Solidarität mit den verhafteten Genossen in der DDR (Teil II)

Das wahre Gesicht des „realen Sozialismus“

Im „Roten Morgen“ 51/81 haben wir den ersten Teil einer Rede veröffentlicht, die Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD, im Rahmen der Solidaritätskampagne mit den inhaftierten Genossen in der DDR gehalten hat. In diesem Teil wurde — vor allem am Beispiel Polen — die Zuspitzung der Klassenwidersprüche in den Ländern des „realen Sozialismus“ analysiert. Abschließend ging Ernst Aust dabei auf das Problem ein, daß die Mehrheit der Menschen in den revisionistischen Ländern nicht sieht, daß dieser angebliche Sozialismus mit dem wahren Marxismus-Leninismus nicht das geringste zu tun hat.

Das ist es, was die Lage in den Ländern des Ostens, des Warschauer Paktes u.a. so kompliziert macht. Es ist ja nicht so, daß es dort massenhaft Kommunisten, Marxisten-Leninisten gibt, die sich nur an die Arbeiterklasse zu wenden brauchen, und schon lief die Sache, die Diktatur des Proletariats würde wiederhergestellt. Schon lange vorbei sind die Zeiten, da wir noch hoffen konnten, innerhalb der kommunistischen Parteien dieser Länder würde sich ein ausreichender Widerstand entwickeln, um die Macht des bürokratisch-revisionistischen Apparates zu brechen. 25 Jahre sind seit dem offenen Verrat der Chruschtschow-Revisionisten an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus vergangen. Eine Generation ist herangewachsen, die nichts anderes gelernt hat als ihren „realen Sozialismus“, mit dem sie höchst unzufrieden ist. Und die alten Bolschewiki? Sie resignieren oder haben sich angepaßt.

So stehen wir im Osten wie im Westen vor einer Situation, vor der unsere Großväter und Urgroßväter standen, nämlich: den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus erneut in die Arbeiterbewegung zu tragen, wahre kommunistische, bolschewistische Parteien zu schaffen, die es verstehen, sich im Kampf eng mit den Massen zu verbinden und ihr Vertrauen zu erringen. Wobei unsere Hauptschwierigkeit darin besteht, die durch den Verrat der modernen Revisionisten hervorgerufene Resignation in der Arbeiterklasse zu überwinden, wobei unser Vorteil ist, daß wir uns auf eine Fülle von Erfahrungen der Geschichte der kommunistischen Bewegung stützen können. Gelingt es uns, aus ihren Fehlern zu lernen, werden wir mit Sicherheit unser Ziel, die Errichtung bzw. die Wiedererrichtung des Sozialismus, erreichen. Das gilt für die Bundesrepublik wie für die DDR.

Der Kampf der KPD / Sektion DDR

Anders als in den anderen revisionistischen Ländern gibt es in der DDR heute eine organisierte kommunistische Partei, die Sektion DDR der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sechs Jahre ist es jetzt her, als um die Jahreswende 1975/76 diese Partei gegründet wurde, in deren Gründungs Erklärung es u. a. hieß: „Statt Festigung des Sozialismus verfolgte die SED Ökonomismus, die Theorie des materiellen Anreizs. Statt ideologischer Revolutionierung der Massen, Bürokratismus und

Förderung des bürgerlichen Denkens. Die Revisionisten verwandelten die SED in eine bürgerliche, sozialfaschistische Partei.“

Die KPD der DDR organisierte ihren Kampf in tiefer Illegalität. Man traf sich in kleinsten Gruppen, gab Flugblätter heraus, schrieb Artikel für das Zentralorgan ihrer Partei, den „Roten Morgen“ — Ausgabe DDR. Sie verschickten ihn, gaben ihn interessierten, vertrauenswürdigen Kollegen und Nachbarn. Über Nacht erschienen Parolen an den Fabrikmauern. Immer häufiger fanden DDR-Bürger Propagandamaterial der Partei in ihren Briefkästen, Telefonzellen etc. Zuerst in Ostberlin. Hier erschien in regelmäßigen Abständen die illegal herausgegebene, hektografierte Zeitschrift „Der rote Stachel“. Kolleginnen und Kollegen des Braunkohlenkombinats Schwarze Pumpe und seiner Versorgungsbetriebe fanden immer öfter die Betriebszeitung der KPD „Roter Blitz“ an ihrem Arbeitsplatz.

Nach und nach dehnten sich die Aktivitäten der Partei auf die ganze DDR aus. Nach Rostock, Magdeburg, Frankfurt/Oder, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Leipzig, Gera, Halle usw. In nahezu allen größeren Städten der DDR nahmen Kommunisten den Kampf auf gegen das volksfeindliche Honecker-Regime, das als Lakai von Moskau Gnaden seine Macht auf sowjetische Bajonette stützt.

Jahrelang war es den Staatssicherheitsbehörden der DDR, dem Stasi, nicht gelungen, der kommunistischen Opposition auf die Spur zu kommen. Erst zwei Ereignisse veranlaßten sie zu erhöhter Aktivität. Einmal die Ereignisse in Polen vor deren Auswirkungen auf die Werktätigen der DDR die SED-Machthaber sich zu fürchten begannen. Zum anderen die in diesem Zusammenhang wachsenden Aktivitäten der Partei, die sich auch in einer Verstärkung des Kampfes für die Erhaltung des Friedens durch die Veröffentlichung und Verbreitung des Friedensplanes der KPD Sektion DDR ausdrückten.

Die Genossen der DDR hatten die Lage in Polen durchaus korrekt eingeschätzt und in proletarischer Klassensolidarität ihre Aktivitäten entfaltet: „Unser Hauptaugenmerk lag auf der rückhaltlosen Unterstützung der polnischen Klassenbrüder. Ein Volk hat sich geschlossen und diszipliniert gegen seine Peiniger erhoben. Erhoben auf gewerkschaftlicher Ebene — durch Streik! Wir haben eine ganze Reihe von Flugblättern, Handzetteln und Plakaten verteilt und angebracht. Losungen wurden gemalt und in Diskus-

sionen mit Kollegen wurde der chauvinistische Hetze der SED konkret entgegengetreten. Wir haben stets sauber zu trennen verstanden, zwischen den berechtigten Forderungen der polnischen Arbeiter und davon profitierenden Dissidentengruppen, die auf dem Rücken der Arbeiter ihr Süppchen kochen möchten.“

Zur weiteren Entwicklung in Polen stellten sie fest: „Die PVAP-Bonzen werden versuchen, einige Führer der neuen Gewerkschaft zu kaufen und andere einzuschüchtern, so daß die spontane Bewegung sicher nicht über einen begrenzten Rahmen hinauswachsen wird. Das Fehlen einer wahrhaften Arbeiterpartei, die sich die Führung des Kampfes erobern müßte, wird den polnischen Kollegen noch manche bittere Niederlage beschern. Aber unsere Partei ist guter Hoffnung, daß auch die revolutionären Kräfte Polens sich sammeln und organisieren werden.“ (Interview im „Roten Morgen“ DDR-Ausgabe, Januar 1981)



Solidaritätsaktion mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR in Helmstedt Anfang Dezember

Kein Wunder, daß solche Aktivitäten den Machthabern der DDR, die durch eine chauvinistische Hetze „die Polen sind faul; typisch polnische Mißwirtschaft, die Polen wollten die DDR leerkaufen, alles Schieber und Spekulanten“, die Bevölkerung der DDR gegenüber den Ereignissen in Polen zu immunisieren versuchten, höchst ungelogen kam. So schlugen sie zu. Es kam zu den bekannten Verhaftungen von zehn Genossen und Sympathisanten der KPD der DDR, darunter die Genossen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt, die z. Zt. schon fast ein Jahr in Untersuchungshaft sitzen.

Opposition der „kleinen Leute“

Von Anfang an versuchte die Führung der DDR, den Mantel des Schweigens über die Verhaftungen zu breiten, versuchten

ihre, wie auch die bundesdeutschen Massenmedien zu verhindern, daß bekannt wird, daß es in der DDR eine kommunistische Opposition gibt, eine Partei, die sich Kommunistische Partei Deutschlands nennt. Eine Opposition der „kleinen Leute“, denn es waren und sind ja nicht nur unsere Genossen, die ins Gefängnis gingen, weil sie gewagt hatten, eine andere als die offiziell verordnete Meinung zu sagen. Arbeiter, die aus den thüringer Betrieben, die im Juli, August dieses Jahres verhaftet wurden, weil sie in Betriebsdiskussionen eine Demokratisierung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ gefordert und dabei auf die Bewegung in Polen verwiesen hatten. Arbeiter wie der Berliner Maurer Detlef Abramson, der zu zehn Monaten Haft verurteilt wurde, weil er in einem Gespräch mit Bekannten erklärt hatte: „Wir müßten das gleiche machen wie in Polen.“

Bekannt in der Bundesrepublik, im Westen, ist die Opposition der prominenten Leute, be-

und bekannter DDR-Regimekritiker in Ostberlin äußerte sich dazu 1975 in einem Interview: „Diese sogenannten einfachen Leute werden für einen Bruchteil von dem eingesperrt, was wir jeden Tag sagen und tun.“

So ist die DDR nicht nur ein Arbeiter- und Bauerngefängnis, weil sie durch Mauer und Minen, durch Stacheldraht und Selbstschußanlagen, ihre arbeitsfähigen Bürger — außer der linientreuen Parteiprominenz daran hindert, ihr Land zu verlassen, sondern sie ist es im wörtlichen Sinne. Denn die Gefängnisse der DDR sind nicht etwa überfüllt mit Schiebern, Spekulanten etc. sondern eben mit diesen „einfachen Leuten“, die nichts anderes taten, als Kritik am sogenannten „realen Sozialismus“ zu äußern, oder an Jugendlichen, die ihren sogenannten „Arbeiter- und Bauernstaat“ ganz einfach satt hatten und ihn verlassen wollten.

Das „Recht“ der herrschenden Klasse

Aber muß nicht jeder Staat — also auch die DDR — auf die Einhaltung seiner Gesetze achten? Sicher, nur um welche Gesetze handelt es sich hier? Nach welchen Gesetzen wird hier verurteilt? Da ist einmal der berühmte § 106, „Staatsfeindliche Hetze“, auf dem eine Gefängnisstrafe bis zu acht Jahren steht. Danach werden verurteilt die „Diskriminierung gesellschaftlicher Verhältnisse und Repräsentanten der DDR“ oder „Wer Freundschafts- und Bündnisbeziehungen der DDR diskriminiert“. Mit diesem, wie auch dem § 220, „Staatsverleumdung“, läßt sich praktisch jede Kritik abwürgen.

Da reicht es, Versorgungsengpässe, Antreiberei in den Betrieben, das süße Leben von Partei- und Staatsfunktionären, Korruption, Vetterwirtschaft, die Ausplünderung der DDR durch das sowjetische „Bruderland“ etc. zu kritisieren, um für Jahre hinter Gefängnismauern zu verschwinden. Hinzu kommen Paragraphen wie 221, „Herabwürdigung ausländischer Persönlichkeiten“, 217, „Zusammenrottung“, 215, „Rowdytum“, nach dem z. B. die Mitglieder des Solidaritätskomitees verurteilt wurden, die mit ihrer Aktion auf dem Alexanderplatz in Ostberlin auf die Inhaftierung unserer Genossen und Sympathisanten in der DDR aufmerksam machen wollten.

Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß es kein über den Klassen stehendes Recht gibt. Das Recht ist immer das Recht der herrschenden Klasse. Im Kapitalismus dient es der Niederhaltung der Arbeiterklasse, der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Im Sozialismus dient es der Arbeiterklasse, den Werktätigen und der Niederhaltung der Kapitalisten, der Ausbeuter alter und neuer Prägung, der Sicherung der Diktatur des Proletariats.

Kann man aber einen Staat, der seine Bürger, die sich gerade für die Sicherung der Herrschaft der Arbeiterklasse einsetzen, ins Gefängnis wirft, noch als sozialistisch bezeichnen? Nach Artikel 20 der Verfassung der DDR sind jedem Bürger dieses Staates „Gewissens- und Glaubensfreiheit gewährleistet“. Nach Artikel 21 hat jeder Bürger der DDR das Recht, „das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten“. Nach Artikel 27 hat „jeder Bürger der Deutschen

Demokratischen Republik das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. (...) Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“

Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht? Ein Hohn! Was anderes haben unsere in der DDR eingekerkerten Genossen denn gemacht? Oder ist es etwa gegen die Verfassung der DDR, in der es so schön heißt, die DDR „unterstützt die Bestrebungen der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit“, Solidarität mit den um ihre demokratischen und ökonomischen Freiheiten streikenden polnischen Arbeitern und Klassenbrüdern zu üben. Wobei sie zugleich vor den westlichen imperialistischen Kreisen, dem katholischen Klerus und anderen Leuten wie Walesa u. a. warnen, die versuchen, auf den Rücken der Arbeiter ihr kapitalistisches Süppchen zu kochen.

Oder ist es gegen die Verfassung der DDR, nach der „Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß als Verbrechen geahndet“ werden, sich gegen die chauvinistische Propaganda und Hetze der SED — „die Polen sind faul; typisch polnische Mißwirtschaft, die Polen wollen die DDR leerkaufen, alles Schieber und Spekulanten“ — zu wenden, gegen den neudeutschen Größenwahn à la SED?

Ist es gegen die Verfassung der DDR, die sich selbst als Friedensstaat bezeichnet und sich in ihrer Verfassung „für die allgemeine Abrüstung“ einsetzt, konkrete Schritte in diese Richtung zu fordern. Eben nicht nur gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß im Westen, gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO, sondern gleichzeitig auch für den Beginn einseitiger Abrüstungsmaßnahmen durch die DDR, für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR, für die Erklärung der Neutralität durch die DDR zu sein. Und darüberhinaus konkrete Vorschläge für die volle gegenseitige Anerkennung beider deutscher Staaten, für ihr friedliches Nebeneinander zu machen.

Oder ist es nach der Verfassung der DDR, die doch von sich behauptet, „ein sozialistischer Staat“ zu sein, in dem „die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“ (Artikel 1), ein Verbrechen, die Praxis des sogenannten „realen Sozialismus“ zu kritisieren und für einen wahren Sozialismus gemäß den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu kämpfen?

Welch eine Heuchelei zu behaupten, Marxisten-Leninisten, für die Führung durch die Arbeiterklasse zu sein, gleichzeitig aber Marxisten-Leninisten, Arbeiter, die für die Einhaltung der marxistisch-leninistischen Normen, für die Verwirklichung der Herrschaft der Arbeiterklasse eintreten, ins Gefängnis zu werfen. Sie wie Schwerverbrecher in strenger Einzelhaft zu isolieren. Im Zuge der Sippenhaft ihre Angehörigen zu schikanieren, stundenlangen Verhören zu unterwerfen, zu drohen, ihnen die Kinder zu nehmen und in Stasi-Erziehungsanstalten einzuweisen. Sie in Haft — wie in den KZs der Hitler-Faschisten — als Politische der Aufsicht und den Schikanen von Kriminellen zu unterstellen. Ihre Verteidigung durch die Geheimhaltung der Anklageschrift zu erschweren. Ihre Prozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen.

Bremen:

Protestwelle gegen Berufsverbote

BREMEN. — Im Dezember wurden zwei Lehrerinnen nach achtjähriger Tätigkeit aus dem Schuldienst entlassen. Die Begründung für diese Berufsverbote: „aktiver Einsatz“ für den KBW. Gegen die Berufsverbotsverfahren gab es eine breite Welle der Solidarität.

Betroffen sind Barbara Larisch und Heide Schelhowe. Zur Untermauerung des offiziellen Vorwurfs der „aktiven Betätigung für den KBW“ reichte bei Barbara Larisch aus, daß man sie mehrmals in der Nähe von KBW-Aktionen gesehen hatte. Heide Schelhowe hatte für den KBW zur Bremer Bürgerschaft kandidiert.

Eltern, Lehrer, Schüler, Gewerkschaftsgremien, Personalräte und andere hatten die beiden Lehrerinnen im Kampf gegen das drohende und nun ausgesprochene Berufsverbot unterstützt. Sie wollten, daß sie den Unterricht fortführen, weil sie mit ihrer Arbeit vollauf zufrieden waren. Das kümmerte aber die Behörden nicht; für sie geht es ja nicht um guten Unterricht und ein gutes Verhältnis der Lehrer zu den Schülern, sondern um die Gewährleistung „staatsrechtlicher Erziehung“.

Um einen Einblick in die Berufsverbotspraxis des sozialdemokratisch regierten Bremen zu geben, seien hier einige Stationen des Kampfes gegen das Berufsverbot für Barbara Larisch, Lehrerin an der Gesamtschule Ost (GSO), wiedergegeben. Wir zitieren aus dem Mitteilungsblatt der Roten Hilfe Deutschlands, die den beiden Entlassenen ihre Unterstützung zugesichert hat. Die RHD unterstützt ständig Opfer der Berufsverbote, auch finanziell, und rufte dafür zu Spenden auf.

„1979 wird Frau Larisch, wegen mangelnder Bewährung in der Probezeit“ entlassen (...). Die Entlassung wird jedoch

nicht vollzogen, da die Lehrerin dagegen vor dem Verwaltungsgericht klagt.

• Das Verwaltungsgericht bestätigt die Rechtmäßigkeit der Entlassung. Die betroffene Lehrerin geht vor das Obergericht.

• Bürgermeister Koschnik empfängt eine Delegation der GSO, die für einen Verbleib von Frau Larisch an der Schule eintritt. Koschnik rät der Lehrerin, dem Obergericht eine Erklärung ihrer Stellungnahme zum Grundgesetz abzugeben.

• Noch bevor Frau Larisch diese Erklärung dem Gericht übermitteln kann, bestätigt auch die zweite Instanz ohne mündliche Verhandlung die Rechtmäßigkeit der Entlassung.

• Die Personalversammlung aller Bremer Lehrer, die GEW und der Personalrat sprechen sich gegen die Entlassung aus. Eine Delegation der GEW tritt in einem Gespräch mit Koschnik für den Verbleib von Frau Larisch an der Schule ein.

• Zwei von fünf Schulleitern der GSO laden zu einer Pressekonferenz ein, auf der über die drohende Entlassung und den Kampf dagegen berichtet werden soll. Als die Schulbehörden dies den beiden Schulleitern verbieten, wird die Pressekonferenz von Eltern, anderen Lehrern und Schülern durchgeführt.

• Am 17. Dezember werden 49 Lehrer der GSO für einen Tag krank. Zwei Schulleiter treten von ihren Posten aus Protest gegen die Entlassung zurück.

Eltern und rund 70 Lehrer beschließen, die Lehrerin privat als Schüler- und Lehrerberaterin weiter zu beschäftigen. Ein Sonderkonto für die Finanzierung wird errichtet. Täglich besuchen Delegationen von Lehrern, Eltern und Schülern protestierend die Schulbehörde. Der Wandertag der GSO wird in diesem Jahr im Dezember veranstaltet. Wanderziel ist die Behörde...

Die Entlassung wurde trotzdem verfügt. Aber dieser Widerstand ist beispielhaft, er zeigt, wie man sich wehren muß, wenn man überhaupt etwas erreichen will. Wo Erfolge gegen die Berufsverbote errungen wurden, hat es stets vorher einen solchen Kampf gegeben. Deshalb können diese beiden Berufsverbote nur Anlaß sein, den Kampf noch mehr auszuweiten.

Zehn Jahre Berufsverbot

Zehn Jahre alt wird in diesem Monat der sogenannte „Radikalerlaß“, der die Grundlage für die Berufsverbote liefert.

Aus diesem Anlaß finden in verschiedenen Städten Aktionen statt. In Bremen zum Beispiel plant die GEW eine Demonstration. Wir rufen unsere Leser auf, solche guten Aktionen zu unterstützen.

Im obigen Artikel ist von der Hilfe die Rede, die die RHD Berufsverbotsopfern gewährt. Hier nun die Kontonummer der RHD: 191100-462 PSchA Dortmund. Stichwort: Berufsverbote. Hier kommt jeder Pfennig an den richtigen Bestimmungsort!

Ein Gericht in Minden (NRW)

Wichtige Aufgabe für 1982:

Der Ausländerfeindlichkeit entgegentreten

Einen Schwerpunkt antifaschistischer Arbeit im vor uns liegenden Jahr bildet zweifellos der Kampf gegen die ausländerfeindliche Hetze in allen Bundesländern und in Westberlin werden Maßnahmen vorbereitet bzw. bereits praktiziert, die die Lebensrechte unserer ausländischen Kollegen und Mitbürger drastisch einschränken sowie das Recht auf politisches Asyl weitgehend abschaffen sollen.

Aufwind bekommen auch wieder die verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Ausländerfeindlichkeit und den Rassenhaß als einen Nährboden des Faschismus zu schüren. Zentrales Presseorgan der bundesdeutschen Hetzkampagne ist die „Deutsche Nationalzeitung“. Bekannt besonders aus den kurz zurückliegenden Wahlkampfzeiten

Zitate:

„Für die Dauer ihres Gastaufenthaltes sollte (den hier arbeitenden Ausländern) eine Mitführung von Familien nicht gestattet sein, da eine Einwanderung als unerwünscht gilt...“

„Ausländer unerwünscht“! Es fehlen nur noch die entsprechenden Schilder an öffentlichen Einrichtungen und Gaststätten...

„Grundlegende Reform des Asylrechts. Bis zu dieser Reform gilt folgende Übergangsregelung:

— die Stadt Kiel hat alle Möglichkeiten zur Verhinderung einer weiteren Asylantenaufnahme auszuschoffen. Soweit dies nicht gelingt, erfolgt die Unterbringung in Sammelunterkünften und die Unterhaltsgewährung durch Naturalleistungen...“

„Keine Gewährung von bevölkerungspolitisch wirksamen Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld und Ausbildungsbeihilfen...“

Recht selbstbewußt schätzen diese Kreise ihre eigene politische Bedeutung ein. Die folgenden Ausführungen, die einem persönlichen Antwortschreiben entnommen sind, lassen zugleich auf bundesweite feste Verbindungen dieser Leute schließen:

„Aufgrund Ihrer Anfrage gehen wir davon aus, daß auch Sie zu dem Kreis verantwortungsbewußter Deutscher zählen, die sich angesichts der verhängnisvollen Fehlentwicklung in Westdeutschland zu einem Vielvölkerstaat — trotz jüngster Äußerungen und Beschlüsse der Bundesregierung und der Länder, die lediglich „Beruhigungspillen“ sind und mit ausgelöst werden durch unsere Aktivitäten — aufgerufen fühlen und bereit sind, als Mitglied der KLA oder durch Spenden mitzuhelfen in unserem Bemühen, daß Kiel und darüberhinaus natürlich die Bundesrepublik Deutschland eine deutsche Stadt und ein deutsches Land bleiben.“

In dem Programm der KLA fehlt auch nicht der Hinweis darauf, daß die Bundesrepublik eigentlich schon für ihre deutsche Bevölkerung nicht genügend Platz biete. So formuliert sie ihre Forderungen, wie es dort heißt, „in der Erkenntnis, daß seit Kriegsende der größte Teil unseres Volkes in der Bundesrepublik Deutschland zusammengeedrängt ist und der Platz für die Aufnahme von Flüchtlingen anderer Kontinente fehlt (...), daß unser gesamtes Staatswesen schon heute an den Folgen dieser Überbevölkerung und der damit verbundenen Überindustrialisierung sowie Landschaftszerstörung krankt (...).“ usw., u.s.f. Man wartet beim Lesen solcher Zeilen nur auf den Begriff „Volk ohne Raum“ der offenen Nazi-Ideologen. Ausländerhetze und Revanchismus gehen gut zusammen.

Und solche Vereinigungen werden sich, wenn alles nach Plan läuft, demnächst mit staatlichem Schutz und staatlicher Hilfe, gestützt auf die Förderung meist ungenannter, aber finanzkräftiger Spender, in Wahlkämpfen breitmachen.

Kieler Antifaschisten prüfen zur Zeit auch juristische Möglichkeiten, das zu verhindern. Auf jeden Fall, und das gilt für das gesamte Bundesgebiet, müssen diese verbrecherischen Volksverhetzer auf entschiedenen Widerstand stoßen, den mit ihren ausländischen Kollegen

und Freunden zu organisieren eine Verpflichtung für alle deutschen Antifaschisten und Demokraten ist.

Volksfront-Bundeskongreß

Ende Januar hält die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ihren 2. Bundeskongreß ab.

In diesen Tagen wird auf Orts- und Landesebene intensiv über die seit der Gründung der Organisation im Herbst 1979 gemachten Erfahrungen gesprochen, werden Anträge an den Kongreß vorbereitet. Delegierte aus allen Teilen der Bundesrepublik werden dann für die noch bessere Ausrichtung der VOLKSFRONT auf die wichtigen Kampfaufgaben der Zukunft sorgen und einen neuen Bundesvorstand wählen.

Die VOLKSFRONT hat sich als wichtige antifaschistische Kraft in unserem Lande erwiesen. Trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens, trotz der noch verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl, und trotz der zahlreichen und massiven Angriffe von seiten des Staates besonders in der Zeit des Bundestagswahlkampfes.

Von ihrer politischen Ausrichtung und von ihrem Charakter als überparteiliche antifaschistische Massenorganisation her erfüllt sie bereits heute wichtige Anforderungen, die an eine wirklich die breiten Massen, besonders des werktätigen Menschen umfassende Front des Volkes zu stellen sind.

Sie trägt den Gedanken dieser Volksfront organisiert unter die Menschen. Sie bezieht Antifaschisten und Kriegsgegner unabhängig von Weltanschauung und eventueller Parteizugehörigkeit in den organisierten politischen Kampf ein, über die Beteiligung an nur begrenzten Initiativen oder Tagesaktionen hinaus. Zu dieser Arbeit gibt es keine Alternative, sie ist durch nichts zu ersetzen.

Mit ihrer Tätigkeit erfüllt die VOLKSFRONT eine Aufgabe, die durch die gegenwärtige Situation in der gesellschaftlichen Entwicklung und der Klassenaussensetzungen dringend gestellt wird. Nicht umsonst benutzen die übelsten reaktionären Hetzer, gerade aus dem Umkreis des F.J. Strauß, den Begriff der Volksfront in ihren Haßtiraden gegen die demokratische und Friedensbewegung als eines ihrer beliebtesten, immer wiederkehrenden Schimpfwörter. Sie fürchten, daß sich dieser Gedanke durchsetzt.

Die VOLKSFRONT hat die tatkräftige Unterstützung der Kommunistischen Partei. Wir wünschen ihr für ihren Bundeskongreß vollen Erfolg.

Der „Rote Morgen“ wird in den nächsten Wochen noch ausführlich über die Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung des Bundeskongresses der VOLKSFRONT sowie natürlich über die Ergebnisse der Konferenz berichten.

„Hexenjagd“-Prozeß:

Freispruch für H.-P. de Lorent

HAMBURG. — Hans-Peter de Lorent, wegen seiner DKP-Mitgliedschaft seit 1974 mit Berufsverbot belegt, stand in Hamburg vor Gericht, weil er in einem Roman die Praktiken der Behörden beschrieben hatte, mit denen demokratische Lehrer als Extremisten abgestempelt an der Ausübung ihres Berufes gehindert werden. Er wurde am 22.12.81 freigesprochen.

„Die Hexenjagd“ nannte Hans-Peter de Lorent sein Buch. Und wer es liest, der kann nachvollziehen, daß dieser Titel berechtigt ist. Er erfährt, wie es einem ergeht, der in die Mühlen der „freiheitlich-demokratischen“ Inquisition gerät, wie mit rücksichtsloser Systematik versucht wird, Lehramtskandidaten zu Duckmäusern zu machen oder für immer los zu werden. Damit dann unsere Kinder an den Schulen ebenfalls zu Duckmäusern erzogen werden können.

Der Roman ist in vielen Punkten so lebensnah, daß sich zwei Hamburger Staatsdiener gleich persönlich wiederzuerkennen glaubten — und Strafanzeige stellten. De Lorent, ehemaliger Schulleiter Langen und der leitende Regierungsdirektor Delius fühlten sich durch das Buch beleidigt.

Die Staatsanwaltschaft nahm sich der Sache aus verständlichen Gründen willig an. Und forderte nicht nur eine hohe Geldstrafe für den Autor — 5000 Mark sollte er zahlen — sondern die Einziehung des Romans.

Es sollte also verboten werden, der Öffentlichkeit einen Einblick in die volksfeindlichen

Machenschaften des Staates zu geben. Politische Zensur mit Hilfe der Strafjustiz. Daraus wurde zum Glück nichts. Denn es gelang H.-P. de Lorent, den Beweis dafür anzutreten, daß seine romanhaften Schilderungen haargenau mit der wirklichen Praxis der Behörden übereinstimmen. Die „Ankläger“ wurden immer nervöser, mußten de Lorent Recht geben, beschuldigten sich gegenseitig oder wußten plötzlich von nichts mehr. Daß diese Herren durch das Buch beleidigt worden seien, das nahm ihnen das Gericht nicht mehr ab.

Bemerkenswert an diesem Fall ist, daß de Lorent's Roman im Oktober 1980 als Begründung erhalten mußte, das Berufsverbot gegen ihn aufrechtzuerhalten. Sein Berufsverbot wurde bekräftigt, weil er es gewagt hatte, darüber zu schreiben! Acht andere Lehrerinnen und Lehrer, gegen die Berufsverbotsverfahren liefen, wurden am 8.10.81 nach einer Entscheidung des Beamtennennungsausschusses ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. auf Probe berufen. Ein gleichgearteter Vorschlag bezüglich de Lorent wurde aus dem genannten

Grund zurückgezogen.

Die Verbeamtung der acht Lehrer stellte einen großen Erfolg für die Bewegung gegen die Berufsverbote dar. Die Ereignisse in der Folgezeit machten allerdings sehr schnell deutlich, daß dies nicht etwa der Auftakt zu einer generellen Liberalisierung der Berufsverbotepraxis war, wie damals besonders in SPD-Kreisen behauptet wurde. Diese Kollegen protestierten damals ausdrücklich gegen die fortgesetzte Verfolgung Hans-Peter de Lorent's und forderten seine Verbeamtung. Gleichzeitig riefen sie auf zum Kampf für die vollständige Beseitigung des Extremistenerlasses.

Die Notwendigkeit dieses Kampfes besteht nach wie vor. Hans-Peter de Lorent muß jetzt, nach seinem Sieg vor Gericht, endlich als Lehrer eingestellt werden. Und daß die Berufsverbote Ende Januar bereits zehn Jahre bestehen, sollte Ansporn sein, den Kampf für ihre Beseitigung zu verstärken. Einflußreiche politische Kreise, vor allem in CDU und CSU, versuchen zur Zeit, einen noch härteren reaktionären Kurs an den Schulen durchzusetzen und auch die Gesinnungsschnüffelei zu verstärken, die Regelnachfrage beim Verfassungsschutz über jeden einzelnen Lehramtskandidaten überall wieder einzuführen und die Handhabung des Extremistenerlasses noch zu verschärfen. Das gilt es zu verhindern.

sind die Bürgerinitiativen Ausländerstopp.

In zum Teil etwas anderen Variationen tauchen jetzt wieder örtliche Initiativen auf, die in diesem Sinne tätig werden. Und die für ihre Arbeit auch anstehende Kommunalwahlen nutzen. Ein Beispiel dafür ist die Kieler Liste für Ausländerbegrenzung, über die uns Kieler Genossen Material zusandten.

Durch das Vokabular, das von dieser „Wählervereinigung“ verwendet wird, scheint unschwer erkennbar der Geist der Hitler-Partei durch.

„Eine Schutzgemeinschaft der einheimischen deutschen Bürger Kiels“ nennt sich die Vereinigung. In ihrem Programm heißt es unter anderem:

„Kiel ist eine deutsche Stadt und als Landeshauptstadt von zentraler Bedeutung für Schleswig-Holstein. Eine Selbstbehauptung der immer stärker anschwellenden ausländischen Bevölkerungsgruppen würde den deutschen Charakter Kiels für alle Zeiten verändern. Kiel würde von den ausländischen Bevölkerungsgruppen in eine ausländische Wohnregion verwandelt werden. Für die angestammte deutsche Bevölkerung müßte ihre Stadt gleichzeitig zur Fremde werden.“

All das, was in den verschiedenen Ländererlassen angelegt ist, wird hier im Grunde nur schärfer formuliert, zeigt direkter die zukünftig erwünschte politische Richtung auf. Gegen jeden weiteren „Ausländerzugang“ wendet man sich, gegen jedwede staatsbürgerlichen Rechte für Ausländer, gegen jede Integration, gegen ein demokratisches Asylrecht. Einige

RWE führt „Brüterpfennig“ ein

Bonn gibt grünes Licht für den Schnellen Brüter

Es war wie beim sattem bekannten Spektakel um das Kampfflugzeug Tornado: Das Projekt des Schnellen Brüters bei Kalkar am Niederrhein geriet in die Schlagzeilen, weil „plötzlich“ eine sogenannte Finanzierungslücke von 1,1 Milliarden Mark auftauchte. Monate-

Inzwischen aber haben sich die Wogen wieder geglättet. Das Bundeskabinett erklärte Mitte Dezember, daß der Brutreaktor in jedem Fall weiter gebaut würde (woran es ohnehin keinen ernststen Zweifel hatte geben können). Und was die zwischen Bonn und den Elektrizitätsunternehmen strittige Finanzierung der fehlenden 1,1 Milliarden betrifft, so wird in diesem Monat zwischen beiden Seiten weiterverhandelt. Wer das Milliardenloch letztendlich füllen wird, ist jedoch schon klar: die Werkstätten, sei es als Steuerzahler oder als Stromkunden.

Wobei geht es beim Streit um die Finanzierung des Brüters? Ende der 60er Jahre wurde das Projekt im Karlsruher Kernforschungszentrum entwickelt, in einer Forschungsanstalt, die zwar vom Staat betrieben und natürlich auch finanziert wird, in der jedoch — wie der „Spiegel“ schrieb — der Siemens-Konzern „das eigentliche Sagen“ hat. Die Siemens-Tochtergesellschaft Interatom wurde denn auch mit der Entwicklung und Produktion des Brutreaktors betraut. Das Besondere an diesem Reaktortyp ist seine Fähigkeit, mehr spaltbares Material in Form von Plutonium zu „erbrüten“ als er selbst verbraucht. In den von Siemens ursprünglich vorgelegten Plänen sah das dann so aus: Innerhalb weniger Jahre sollte der erste in Betrieb genommene Schnelle Brüter so viel überschüssiges Material produzieren, daß damit ein zweiter Brüter betrieben werden könnte; der sollte dann wieder einen dritten Reaktor mit Plutonium versorgen und so weiter.

Damit wäre — jedenfalls auf dem Papier — in der Perspektive ein Import von Uran überflüssig geworden, weil ja alles benötigte Material von den Schnellen Brütern selbst produziert würde. Von dieser Möglichkeit jedoch wird heute nicht mehr so laut geredet, denn inzwischen hat sich herausgestellt, daß die sogenannte Brutrate des dann bei Kalkar gebauten Prototyps des Siemens-Brutreaktors extrem niedrig ist. Wurde früher noch behauptet, er könne in etwa zwei Jahrzehnten die gleiche Menge Plutonium, wie er selbst verbraucht, für den Betrieb anderer Reaktoren produzieren, so wird heute die Plutonium-Verdoppelungszeit mit „unendlich“ (!) angegeben.

Gezahlt wird immer

Trotz solcher Widersprüche zwischen der Wirklichkeit und den Versprechungen der Reaktorbauer wurden allein in die Entwicklung des Schnellen Brüters vier Milliarden Mark aus Steuergeldern gepumpt. Und natürlich wurde dem Siemens-Konzern dann auch der Auftrag erteilt, den Prototyp am Niederrhein zu bauen. 1969 hatten die Siemens-Bosse noch versprochen, den Brüter zu einem Festpreis von 0,5 Milliarden Mark zu bauen. Als dann aber nur drei Jahre später die Verträge mit der

Bundesregierung über den Bau abgeschlossen wurden, sah die Sache schon völlig anders aus. Jetzt wurden die Kosten mit 1,2 Milliarden veranschlagt, sie hatten sich also binnen kürzester Zeit mehr als verdoppelt. Und was das Entscheidende war: Von einem Festpreis wurde nun nicht mehr gesprochen.

Hier ergibt sich tatsächlich eine Parallele zum Tornado-Projekt und den Rüstungsaufträgen überhaupt. Denn ähnlich

lang wurde darum gefeilscht, wie diese Lücke zu schließen sei. Der Bonner Forschungsminister von Bülow sprach sogar von einem möglichen Abbruch des Projekts.

8 Prozent an den Kosten beteiligt war.

So wird der Brüter den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken fast gratis auf die Wiese bei Kalkar hingestellt. Ein Vorgang übrigens, der durchaus nicht einmalig ist. Forschungsminister von Bülow rühmte erst vor wenigen Wochen die Tatsache, daß in der BRD die Energiewirtschaft nur zu 0,8 Prozent (!) an den besonders kostenintensiven Aufwen-

für die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters von dieser Risiko-Studie abhängig zu machen. Aber dieser Vorbehalt ist nicht mehr als eine Farce. Sowohl die Bundesregierung wie auch Vertreter aller Bundestagsparteien haben inzwischen deutlich gemacht, daß der Brutreaktor in jedem Fall in Betrieb genommen werden soll. In der Mitte November verabschiedeten „Dritten Fortschreibung des Energieprogramms“ hieß es bei-



Polizeiaufmarsch vor dem Brüter.

wie gegenüber den Rüstungskonzernen verzichtet Bonn auch gegenüber der Atomindustrie darauf, bei Vertragsabschluß einen festen Preis festzusetzen. Es gilt vielmehr das System der „fließenden Preise“, nach dem die Bosse letzten Endes selbst den endgültigen Preis bestimmen können, — gezahlt wird immer. Und selbstverständlich hat Siemens diese staatliche Garantie für Extra-Profit auch beim Kalkar-Geschäft weidlich genutzt. Der Schnelle Brüter, den der Konzern ursprünglich für eine halbe Milliarde bauen wollte, wird nach dem jetzigen Stand bei seiner Fertigstellung über sechs Milliarden verschlungen haben — eine Riesensumme, für die nahezu ausschließlich die werktätigen Steuerzahler zur Kasse gebeten werden.

Denn der Bauherr des Brüters ist zwar eine private Gesellschaft, die Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (zum überwiegenden Teil im Besitz der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), daneben haben auch belgische und niederländische Konzerne kleinere Anteile). Im 1972 abgeschlossenen Kalkar-Vertrag ist jedoch festgeschrieben, daß die Baukosten des Brüters zu 92 Prozent staatlich finanziert werden (davon entfallen 70 Prozent auf die BRD, in den Rest teilen sich Belgien und die Niederlande). Nach seiner Fertigstellung aber wird der Brüter in den Besitz des Bauherrn, also faktisch der RWE übergehen, der nach dem Vertrag nur mit ganzen

dungen für die Forschung im Energiesektor beteiligt ist, womit sie im westeuropäischen Vergleich einmalig dastünde.

Auf diese Art wird das Bonner Atomprogramm — von der Forschung bis hin zum Reaktorbau — aus unseren Steuergeldern finanziert; werden in einer Zeit, wo für die Werkstätten auf allen Gebieten Sozialabbau angesagt ist, den mächtigsten Monopolen Milliardenbeträge in den Rachen geworfen. Ganz zu schweigen von den unabwägbaren Risiken für Leben und Gesundheit, die mit dem Atomprogramm verbunden sind. Auch in dieser Hinsicht spielt der bei Kalkar entstehende Schnelle Brüter eine besondere Rolle.

Denn im Gegensatz zu den üblichen wassergekühlten Reaktoren kann der Schnelle Brüter bei einem Versagen des Kühlsystems explodieren. Bis heute ist ungeklärt, welche Prozesse bei einer möglichen Überhitzung im Kerngehäuse des Brutreaktors ablaufen würden. Darüber gibt es allenfalls Vermutungen. Dennoch ist gebaut worden. Und eine Risiko-Studie, die der Bundestag bei zwei Gutachtergruppen in Auftrag gegeben hat, wird erst im Sommer dieses Jahres fertiggestellt sein — wenn der Bau des Reaktors schon vor der Vollendung steht.

Forcierung des Atomprogramms

Der Bundestag hat sich zwar vorbehalten, seine Zustimmung

spielsweise: „Die Bundesregierung ist entschlossen, das Projekt des Schnellen Brüters zum Erfolg zu führen.“ (In der endgültigen Fassung wurde das „ist entschlossen“ dann aus kosmetischen Gründen in ein „strebt an“ umgewandelt.)

Diese Haltung zum Brutreaktor ist auch nur folgerichtig, wenn man bedenkt, daß in der „Dritten Fortschreibung“ insgesamt — mit Zustimmung aller drei Fraktionen im Bundestag — Kurs auf eine neuerliche Forcierung des Atomprogramms genommen wurde. Von einem „Restbedarf Kernenergie“ — so Kanzler Schmidt noch in seiner Regierungserklärung von 1980 — ist darin nicht mehr die Rede. Vielmehr sollen nach der „Dritten Fortschreibung“ die Atomenergiekapazitäten, die von allen heute fertiggestellten und im Bau befindlichen Atomkraftwerken erbracht würden, bis 1995 verdoppelt werden. Das bedeutet: In den nächsten anderthalb Jahrzehnten sollen 14 neue AKWs mit einer Leistung von je 1250 Megawatt gebaut werden.

Diese Planung entspricht vollständig den Forderungen der Atomindustrie, die in den kommenden Jahrzehnten den profitablen sogenannten Wärmemarkt (durch Atomstrom beheizter Wohnraum) erobern will. Schon im Geschäftsbericht der RWE von 1979/80 hieß es dazu unverblümt: „Der Markt für die Stromanwendung im Haushalt ist abgegrast. Was noch bleibt ist der Wärme-



Schneller Brüter in Kalkar.

markt.“ Daß der von der Atomindustrie geforderte weitere Ausbau des Atomprogramms mit gigantischen Kosten verbunden ist, die dann wie im Fall des Schnellen Brüters auf die Steuerzahler abgewälzt würden, stört die Herren in Bonn ebenso wenig wie das hohe Risiko für Leben und Gesundheit der Menschen in unserem Land oder wie die Belastung der Umwelt. Es stört sie auch nicht die Tatsache, daß die angestrebte Eroberung des Wärmemarktes durch die Atomindustrie eine gewaltige Energievergeudung darstellen würde (bei der Atomstromheizung entstehen ca. 75 Prozent Wärmeverlust).

Sie funktionieren als Händler für die Monopole, deren Profitinteressen sie durchsetzen — ohne Rücksicht auf Verluste. Das zeigte sich auch bei dem oben erwähnten Streit um die Finanzierungslücke beim Schnellen Brüter. Die Lücke von 1,1 Milliarden Mark, entstanden durch neue Forderungen des Reaktorbauers Siemens, konnte aus dem Bonner Haushalt nicht mehr aufgebracht werden. Forschungsminister von Bülow forderte also die RWE und die übrigen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) auf, diesen Betrag für das Brüter-Projekt aufzubringen. Andernfalls müßte der Bau gestoppt werden.

Die EVU verweigerten die Zahlung, nach längerem Tauziehen erklärten sich dann die RWE und die beiden VEB-Tochtergesellschaften Preußen-Elektra und Norddeutsche Kraftwerke bereit, einen Betrag von etwa einer halben Milliarde aufzubringen; die süddeutschen EVU allerdings verweigern bis heute jegliche Zahlung. Trotzdem erklärte das Bonner Kabinett schon Mitte Dezember, es werde keinen Baustopp in Kalkar geben, am Schnellen Brüter würde ungeachtet der ungeklärten Finanzierungsfrage weitergearbeitet. Bülow erhielt den Auftrag für neue Verhandlungen mit den EVU.

Abwälzung der Kosten auf die Stromverbraucher

Die Elektrizitätsunternehmen stellen nun für ihre zusätzliche Beteiligung am Brüter-Projekt eine Reihe von Bedingungen, die von Bonn inzwischen akzeptiert worden sind. Die erste Bedingung: Die Zahlungen für den Brutreaktor sollen nur dann fällig werden, wenn der Bundestag die Inbetriebnahme befürwortet, und sie sollen bis zum Zeitpunkt der Entscheidung des

Parlaments vom Bund vorfinanziert werden. Sollte also der Bundestag die Betriebsnahme wider Erwarten ablehnen, müßte Bonn die strittigen 1,1 Milliarden zahlen.

Von Bülow nannte diese Bedingungen der Konzerne „vernünftig“. Es liegt ja auch auf der Hand, daß sie den Bonner Ministern in den Kram paßt. Denn mit diesem Trick können Abgeordnete, die möglicherweise gegen den Brüter stimmen würden, unter Druck gesetzt werden, indem man ihnen vorhält, ein Nein zu Kalkar würde den Bundeshaushalt mit einer zusätzlichen Milliarde belasten.

Die zweite Bedingung der EVU: Die Zahlungen für den Brutreaktor sollen auf die Preise für Strom abgewälzt werden können. Auch das hat von Bülow bei seinen Verhandlungen mit den Konzernen sofort geschluckt. Er sieht in diesem Vorhaben keine „unzumutbare Belastung“ für die Stromkunden. Die RWE hat inzwischen schon damit begonnen, ihre Kunden mit einem „Brüterpfennig“ zu belasten. Zum 1. Januar wurde der Strompreis um 7,2 Prozent erhöht, als Begründung dafür wurden die zusätzlichen Kosten für den Brüter angeführt.

Angesichts dieser Entwicklung dürften auch die noch ausstehenden Verhandlungen zwischen dem Bonner Wissenschaftsminister und den süddeutschen EVU über die Finanzierungslücke erfolgreich verlaufen. Denn die Profite der Konzerne bleiben ja in jedem Fall unangetastet. Die Hauptlast für das Kalkar-Projekt tragen nach wie vor die Werkstätten als Steuerzahler, und zur Schließung der Finanzierungslücke werden die Werkstätten als Stromverbraucher zur Kasse gebeten.

Und das ist auch nur ein Vorgeschmack auf künftige Preisentwicklungen. Schon jetzt liegt die Bundesrepublik mit den Strompreisen an der Spitze der EG-Statistik, wobei regional die Preise dort besonders hoch sind, wo ein großer Teil der elektrischen Energie von AKWs erzeugt wird (wie zum Beispiel in Hamburg). Wenn nun die Atomindustrie auch noch den Wärmemarkt in ihre Klauen bekommt, wird sich die Preisspirale bei den Stromtarifen noch schneller nach oben drehen. Das allein wäre schon Grund genug, den Widerstand gegen das Bonner Atomprogramm zu verstärken. Von welcher Seite man es auch immer betrachtet: Dieses Programm ist gegen die elementarsten Interessen der Werkstätten gerichtet.

Gesamtdeutsches Schriftstellertreffen in Ostberlin

„Berliner Begegnung zur Friedenssicherung“

Eine Nachbetrachtung

Als BRD-Bundeskanzler Schmidt und der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker noch am Werbellinsee verhandelten, bereitete man sich in der DDR-Hauptstadt auf ein anderes gewiß nicht alltägliches Ereignis vor. Vom 13. bis zum 15. Dezember fand dort die vom Ostberliner Schriftsteller Stephan Hermlin initiierte „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“ statt.

Rund 20 Jahre waren vergangen, seitdem sich zum letzten Mal Autoren und Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten zu einem gemeinsamen Gespräch zusammengesetzt hatten. Der jetzigen Begegnung vorausgegangen war im Sommer 1981 der von beiden deutschen Autorenverbänden (Verband deutscher Schriftsteller in der IG Drupa und Schriftstellerverband der DDR) getragene „Appell der Schriftsteller Europas“. Dieser Friedensappell, unterzeichnet unter anderem von Herrmann Kant, Bernt Engelmann, Sarah Kirsch, Günter Grass, Wieland Herzfelde, Anna Seghers und Peter-Paul Zahl, trägt inzwischen die Unterschriften von mehr als 3000 Schriftstellern aus ganz Europa.

Die Verwirklichung der „Berliner Begegnung“ ist ohne Zweifel hauptsächlich Stephan Hermlin zu verdanken, der als „Privatperson“ knapp hundert Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler vor allem aus der DDR und der BRD, aber auch aus einigen anderen europäischen Ländern, in das Hotel Stadt Berlin eingeladen hatte. Sicherlich setzte diese Initiative die Billigung des SED-Regimes voraus. In bezug auf den Parteichef Honecker wurde sogar von einer „spontanen Zustimmung“ zu dem Treffen gesprochen. Es liegt auf der Hand, daß sich das Regime von dem Treffen durchaus einigen propagandistischen Nutzen versprach. Etwa dadurch, daß es eine in Wahrheit nicht vorhandene „liberale Haltung“ in der Kulturpolitik demonstrieren oder sich als Schirmherr der europäischen Friedensbewegung profilieren wollte.

Der Verlauf des Treffens jedoch dürfte solche Hoffnungen weitgehend zunichte gemacht haben. Entscheidend dafür war die Tatsache, daß Hermlin eine ungehinderte Berichterstattung über die Begegnung durchgesetzt hatte. Wie nicht anders zu erwarten gewesen war, verschwiegen die DDR-Medien zwar vollständig alle dem Ostberliner Regime nicht genehmen Äußerungen auf dem Treffen. Über westliche Fernsehsender jedoch konnten die Menschen in der DDR beispielsweise erfahren, daß sich auch mehrere Schriftsteller ihres Landes für den Aufbau einer unabhängigen Friedensbewegung einsetzten.

Dabei hatte es auch im Westen massive Störversuche gegen das Treffen in Ostberlin gegeben. In besonders anmaßender Form hatte sich hier der „Kritikerpapst“ Reich-Ranicki, Feuilleton-Chef der FAZ, hervorgetan. Er versuchte, durch Artikel in seinem Blatt und auch mit erpresserischen Telefonanrufen, westdeutsche Autoren von der Teilnahme an der Begegnung abzubringen. Wie Günter Grass gegenüber der Zeitschrift „TIP“ sagte, hat diese massive Einschüchterung bei einigen Schriftstellern auch Erfolg gehabt.

Die Anwürfe des Herrn Reich-Ranicki liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß sich jeder westliche Teilnehmer an dem Treffen zu einem Handlan-

ger der Moskauer Kriegspolitik machen würde. Ein völlig absurdes „Argument“, bestand doch für den Initiator Stephan Hermlin und die überwiegende Zahl der Teilnehmer der Sinn dieser Begegnung gerade darin, zu prüfen und zu diskutieren, welche Aufgaben und Möglichkeiten die Schriftsteller im Widerstand gegen den atomaren Rüstungswahnsinn auf beiden Seiten haben. Natürlich meldeten sich im „Hotel Berlin“ auch diejenigen zu Wort, die eine wirkliche Friedensbewegung im Osten für überflüssig halten, weil ja dort die Sache des Friedens am besten bei den jeweiligen Regierungen aufgehoben sei.

Als Beispiel für solche ständig wiederkehrenden Phrasen sollen hier die Ausführungen des DDR-Atomphysikers Klaus Fuchs angeführt werden: „Die Sowjetunion hat erklärt, und zwar durch den Mund von Breschnew und durch den Mund des Verteidigungsministers Ustinow, daß die militärische Doktrin der Sowjetunion Verteidi-

ungerecht wie die Pershing 2“. Rolf Schneider (ebenfalls aus der DDR) nannte die an den Schulen seines Landes betriebene Wehrkunde ein „Stück Wettrüsten im Geist“.

Bezeichnend für die tiefen Widersprüche unter den Teilnehmern aus der DDR und den anderen Warschauer-Pakt-Ländern war die folgende Kontroverse: Auf die Frage, warum es denn in der DDR keine Friedensdemonstrationen wie in Westeuropa gebe, antwortete der zur Zeit in Westberlin lebende DDR-Autor Jurek Becker lapidar: „Weil sie verboten sind.“ Zwischenruf von Hermann Kant, Präsident des DDR-Schriftstellerverbands: „Unwahr!“ Daraufhin macht Stefan Heym den Vorschlag, auf dem Alexanderplatz in Ostberlin eine Demonstration gegen die Beseitigung der Atomwaffen in beiden deutschen Staaten zu organisieren (siehe Zitat auf dieser Seite). Daniel Proektor aus der Sowjetunion kann darauf nur mit einer Lüge reagieren: „Eine solche Demonstration

Autoren entwickelten gangbare politische Perspektiven, wie etwa Carl Améry oder Heinar Kipphardt, in deren Beiträgen sich Ansätze für eine Neutralitätspolitik fanden. Insgesamt drehte sich die Diskussion auch fast ausschließlich um eine Kritik der Waffensysteme, ohne daß die Ursachen des Rüstungswettlaufs selbst zur Sprache gebracht worden wären. Diese Tatsache und die damit verbundenen Illusionen in eine letztlich doch bestehende Friedfertigkeit beider imperialistischer Systeme wurde zu Recht von dem ausgebürgerten DDR-Schriftsteller Thomas Brasch kritisiert: „Ich glaube, daß wir uns hier noch auf einem sehr naiven Punkt der Diskussion befinden in dem sehr ehrenwerten Bedürfnis, Übereinkunft zu erzielen. Ich halte dieses Bedürfnis nach Harmonisierung für schädlich. Ich halte das Bedürfnis, sich auf dem kleinstmöglichen Nenner zu einigen für läppisch. Ich glaube, daß die Kriegsgefahr (...) sehr wohl reale Gründe hat. Und ich glaube, daß es ir-



Stephan Hermlin (vorne links), dahinter die Verbandspräsidenten Kant und Engelmann

gung ist. Ustinow hat sehr deutlich vor kurzem gesagt, was darunter zu verstehen ist: Das ist der Schutz der sozialistischen Errungenschaften, der friedlichen Arbeit des sowjetischen Volkes, der Souveränität und territorialen Integrität der UdSSR, sowie der Sicherheit unserer Freunde und Verbündeten.“ Hier wird neben der Lüge vom angeblich friedlichen Charakter der Sowjetunion auch gleich noch die berüchtigte Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität der „Freunde und Verbündeten“ aufgetischt, und das in dem gleichen Augenblick, wo die polnischen Militärs im Auftrag Moskaus darangingen, die polnische Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Aber derlei Tiraden blieben eben nicht unwidersprochen. Stephan Hermlin beispielsweise wandte sich ausdrücklich gegen die auch vom DDR-Schriftsteller Erik Neutsch vorgetragene Behauptung, das Waffenpotential des Ostens diene nur der Sicherung des Friedens, und forderte einseitige Abrüstungsschritte auch für den Warschauer Pakt. Stefan Heym (DDR) sagte: „Die SS 20 sind genauso

würde keine Grundlage haben, weil es in der DDR keine Atomwaffen gibt.“

Diese Kontroverse macht aber auch deutlich, welche Bedeutung die „Berliner Begegnung“ gerade für die Entwicklung der Friedensbewegung und eine demokratische Bewegung überhaupt in der DDR haben kann. Es geht darum — wie es Jurek Becker formulierte — eine Position der „Nichtübereinstimmung mit den jeweiligen Regierungen oder Blöcken“ einzunehmen. Und das bedeutet, in der DDR die Bewegung in klarer Abgrenzung und gegen die vorgebliche Friedenspolitik des Regimes zu formieren. Wobei gerade angesichts der massiven Terrorwelle in Polen jedem klar sein dürfte, daß es in der DDR ungleich schwieriger ist, diese von Becker aufgestellte Forderung einzulösen als beispielsweise in der Bundesrepublik.

Aber einige Ansätze dazu sind auf der „Berliner Begegnung“ unternommen worden. Es muß jedoch auch gesagt werden, daß viele Beiträge sowohl der Teilnehmer aus dem Osten wie auch der aus dem Westen noch zu sehr auf eine einfache Bekundung des Friedenswillens begrenzt blieben — nur wenige

gendwann hier zu Ende sein muß mit dem Dummstellen.

Lattmann sagt, es gibt keinen Grund für Krieg. — Was wäre, wenn dieser Satz nicht stimmt? Und ich glaube, er stimmt nicht. Ich glaube, es ist für Schriftsteller unwürdig, von einem Krieg zu sprechen, als käme er als eine Wolke daher, und wir machten uns, als denkende Wesen, keine Gedanken darüber, wie es denn zu dieser Kriegsgefahr gekommen ist; denn die Waffen sind für mich nicht der interessanteste Punkt.“

Braschs Polemik sollte wohl auch den Initiator der „Berliner Begegnung“ treffen. Stephan Hermlin hatte ausdrücklich davor gewarnt, durch Resolutionen oder anklägerische Stellungnahmen das Treffen von vornherein zu sprengen. Vielmehr sei es notwendig, zuerst einmal Vertrauen auf dieser ersten gesamtdeutschen Begegnung von Autoren seit 20 Jahren zu schaffen. Sicher hat er damit etwas Richtiges beabsichtigt. Dennoch hat Braschs Kritik einen wunden Punkt bloßgelegt und eine Forderung formuliert, an der sich der Beitrag der Schriftsteller im Friedenskampf messen lassen muß.

„Wir müssen die Menschen gegen den Krieg aufhetzen“

Aus den Beiträgen bei der „Berliner Begegnung“

Günter de Bruyn (DDR)

Auch in der DDR ist man sich dessen bewußt, daß der Tod dieser zwischen Raketen lebenden 17 Millionen in Planspielen schon einkalkuliert ist, erschrickt deshalb vor allen Rüstungsvergrößerungsplänen, hat aber — schlägt man die Zeitungen auf — ein ungutes Gefühl, wenn DDR-staatlicherseits der Antikriegskampf der Christen, Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer jenseits der Grenzen begrüßt, der Antikriegskampf der Christen, Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer innerhalb der eigenen Grenzen aber verhindert wird.

So erfreulich die Unterstützung der westeuropäischen Friedensbewegung durch die DDR auch ist, so fraglich wird ihr Nutzen bleiben, solange der Eindruck entstehen muß, daß das drüben Bejubelte hüten unerwünscht ist. Die auf Frieden gerichtete Politik der DDR, die das Bündnis mit den Friedensbewegungen in aller Welt anstrebt, schädigt sich selbst, lehnt sie das Bündnisangebot unabhängiger Friedensbewegungen im eigenen Land ab, das jungen Christen zum Beispiel, die einen sozialen Friedensdienst fordern. Drängt man die in den Untergrund ab, verliert man nicht nur wertvolle Friedenskräfte, sondern schädigt auch die eigene Glaubwürdigkeit. Welch ein Gewinn aber wäre es, wenn Zustimmungen zu Atomwaffenächtungsvorschlägen von einer unabhängigen Friedensbewegung der DDR mit unterstützt würden. Den Friedensanstrengungen der DDR gäbe das zweifellos ein größeres Gewicht. Es wäre zu wünschen, daß dieses Treffen ein Anstoß zu einer Öffnung in dieser Hinsicht sein könnte, wobei, wie ich zugeben muß, meine Hoffnungen in dieser Hinsicht sehr gering sind.

Günter Grass (BRD)

Wir sind nicht nur bis an die Zähne, sondern weit über den Horizont unseres eigenen Begreifens bewaffnet und mittlerweile als Sklaven eines falschen Fortschrittsbegriffs fähig, uns selbst zu vernichten.

Es sind die Großmächte gewesen, die begrenzte Kriege ausgelöst, gefördert oder verlängert und so den Weltfrieden bis in die jüngste Zeit gefährdet haben. Vietnam und Afghanistan seien stellvertretend genannt für den seit drei Jahrzehnten anhaltenden konventionellen Krieg. Nicaragua und Polen stehen schrecklich auf der Tagesordnung. Unser Frieden ist ein Scheinfrieden. Das mittlerweile angehäufte Rüstungspotential könnte die Menschheit mehrmals ausrotten. Es droht, außer Kontrolle zu geraten. Es läßt sich nicht mehr zählen, also ins Gleichgewicht bringen. Es kann den Frieden nicht mehr durch Abschreckung sichern. Es hat sich um seine Funktion gebracht.

Nur noch Verweigerung und anhaltender Protest können eine Umkehr erzwingen. Notwendig ist es, daß die ständig wachsende Friedensbewegung ihre Entsprechung in Osteuropa findet. Vielleicht könnte es dieser sich ausweitenden, spontanen und urdemokratischen Massenbewegung gelingen, die Politiker zur Vernunft zu bringen und den beiden Weltmächten ihre Verantwortung bewußt zu machen.

Adolf Muschg (Schweiz)

Mich bedrücken die Nachrichten, die wir aus Polen hören; mir geht das Wort Kampf durch den Kopf — auch die Erinnerung daran, was dieses Wort für die Arbeiterbewegung bedeutet hat, wie teuer zum Beispiel die Vereins- und Gewerkschaftsfreiheit erkämpft worden ist. Wenn sie in einem sozialistischen Land widerrufen wird, habe ich

Mühe, hier sitzenzubleiben. Ich empfinde starke Fluchtreflexe; ich möchte ihnen nicht nachgeben. Nicht nur, weil ich die von Stephan Hermlin ausgedachte, durch seine Integrität gedeckte Begegnung für wichtig, lebenswichtig halte, sondern weil sie eben jetzt einen Testfall für unsere gemeinschaftliche Konfliktfähigkeit darstellt.

Ich befinde mich in einem Konflikt. Das wollte ich, mit aller Bescheidenheit vor guten Gegengründen, anmelden. Ich gestehe, daß diese Gegengründe sehr stark — stark, nicht militant — sein müssen, um mir die Unterdrückung der freien Gewerkschaften in Polen begreiflich zu machen. Und ich gestehe auch, daß ich unduldsamer bin gegen rhetorische Beiträge zum Frieden, als ich sonst sein müßte.

Stefan Heym (DDR)

(...) ob es möglich sein wird, in der DDR eine nicht-dirigierte Friedensdemonstration zu halten. Jurek Becker hat gesagt, sowas würde verboten werden, und unser Freund und Vorsitzender hat leidenschaftlich erklärt: Nein, das würde gestattet werden. Ich mache Ihnen eine Offerte: Ich bin bereit, zusammen mit Stefan Hermlin, und Christa Wolf, und Günter de Bruyn, und zusammen mit Günter Grass, und Jurek Becker, und Engelmann, und auch zusammen mit Kant, und Neutsch und Friedrich Wolf an der Spitze einer solchen Demonstration am Alexanderplatz im Zentrum von der Hauptstadt der DDR zu demonstrieren für die Abschaffung der Atomwaffen aus beiden deutschen Staaten, aus der Bundesrepublik wie auch aus der DDR, und da unsere Regierung erklärt, daß sie für den Frieden ist, bin ich dafür, in diese erste Reihe auch einzuladen einige Vertreter dieser Regierung, wie zum Beispiel den Genossen Honecker. (...) Wenn diese Demonstration hier stattfindet, dann garantiere ich Ihnen, daß die schweigende Mehrheit in diesem Lande, die immer den Mund hält, weil sie sagt, wir können ja doch nichts tun, daß die mitmarschieren würden, und ich bin überzeugt, daß eine solche Demonstration eine ungeheure politische Wirkung auch auf die Friedensbewegung im Westen und überhaupt haben würde. Und ich bitte, diese Offerte ernst zu nehmen, und nicht als einen schlechten Witz der Weltgeschichte. Ich glaube, wir können sowas unternehmen.

Jurek Becker (früher DDR)

Gerade wir dürfen die Logik der Militärs — und das ist die Logik der Regierenden — nicht gelten lassen, denn es ist eine tödliche Logik. Sie will uns weismachen, daß ein Mehr an Kriegsmaterial ein Mehr an Sicherheit bedeutet. Sie will den Frieden sichern, indem sie ihn unmöglich macht. Ich vermute, daß in unserer Nichtübereinstimmung mit den jeweiligen Regierungen oder Blöcken die einzige Hoffnung liegt, nicht nur die Hoffnung dieser Zusammenkunft. Es muß Zwang ausgeübt werden, Druck von Millionen Menschen, den zu artikulieren wir beitragen können und den herbeizuführen wir Sorge tragen müssen...

Wir Schriftsteller sind doch Multiplikatoren, unsere Ansichten sind einigen nicht gleichgültig. Wir können in unseren Büchern, auf Versammlungen, bei Lesungen, bei Interviews die Menschen aufhetzen, gegen Krieg und Rüstung zu kämpfen. Wenn wir diese Aufgabe zu lösen versuchen, die wichtigste der Gegenwart, dann müssen wir sie zuvor für sinnvoll halten, das heißt für lösbar. Und das können wir nur, wenn wir der festen Überzeugung sind, daß auf der anderen Seite sich für genau das gleiche Ziel geplagt wird. Uns gegenseitig eine solche Überzeugung zu vermitteln, das sollte der Sinn dieses Treffens sein.

Nach der verbrecherischen Annektion der Golanhöhen

Begin auf Kriegskurs

Mit Unterstützung Reagans

TEL AVIV. — Die Annektion der syrischen Golanhöhen durch die israelische Regierung hat nach dem Bombenüberfall auf einen irakischen Reaktor zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres dazu geführt, daß die Weltöffentlichkeit Israel verurteilt. Die amerikanische Regierung war abermals zu scheinheiligen Manövern gezwungen — beschloß aber zur selben Zeit über weitere zwölf Milliarden Mark Hilfe an Israel.

Das Besatzungsregime der israelischen Armee ist, wie auf dem Golan so auch in den anderen besetzten Gebieten, durch Rassenismus und Brutalität gekennzeichnet. In den 14 Jahren der

schinengewehr beantwortet, so tönte erst kürzlich der israelische Kriegsminister Scharon und unterstrich damit das Ende des sogenannten Autonomie-Manövers.

Für die USA-Imperialisten bereitet nur eine Auswirkung Sorge: daß die arabischen Regierungen, die amerikafreundlich eingestellt sind, unter dem wachsenden Druck ihrer Bevöl-



Israelische Besatzerstreifen kontrollieren ständig das gesamte Leben der arabischen Bevölkerung.

Besetzung im Westjordangebiet wurden jedes Jahr rund 100 Häuser in die Luft gesprengt, in denen jemand gewohnt hatte, der sich an politischen Protesten gegen die Besatzer beteiligt hatte. Auf diese Weise wurden fast 20000 Menschen obdachlos gemacht, denn allen Bewohnern wurde dabei verboten, neue Häuser zu bauen, sie wurden vertrieben.

Die Gefängnisse sind voll mit Arabern, nachdem alle Versuche einer sogenannten „Autonomie“ (mit der den Arabern großzügigerweise das Recht eingeräumt werden sollte, sich einen eigenen Bürgermeister zu wählen — der sich natürlich an die israelischen Gesetze zu halten hatte) gescheitert sind. Jeder Steinwurf würde mit dem Ma-

Tatsache ist, daß sich die israelischen Rassisten vom Kurs der neuen amerikanischen Regierung ermutigt fühlen, ihren Traum vom Großisrael zu verwirklichen, für den sie seit bald 40 Jahren morden und brennen. Die gesteigerte amerikanische Finanzhilfe für den nahezu bankrotten militarisierten israelischen Staat ist ein weiterer Grund für die wachsende Aggressivität Israels. Und schließlich der Kurswechsel, den einst Sadat in Ägypten vollzog und den sein Nachfolger Mubarak fortsetzt. Selbst das offenkundige Verbrechen der Annektion des Golangebotes brachte Mubarak nicht davon ab, die weitere Fortsetzung des von ihm so genannten „Friedensprozesses“ zu betonen.

kerung nach Verteidigungsmaßnahmen gegen den israelischen Expansionsdrang gezwungen sind, vom Camp-David-Abkommen immer schärfer abzurücken und auch zunehmend Amerika kritisieren.

Währenddessen bereitet die israelische Regierung offensichtlich bereits die nächste Aggression vor: An der Grenze zum Libanon werden seit Anfang Dezember nach Angaben der PLO Truppen zusammengezogen.

Es ist offensichtlich, daß alleine Verurteilungen durch die UNO-Gremien und andere Instanzen die israelischen Aggressoren wenig berühren. Was geschehen muß, sind massive Sanktionen gegen den israelischen Kriegskurs.

Fünf Jahre nach der Tat wurde der Prozeß beendet

Der Mord an Broglie bleibt unaufgeklärt

PARIS. — Am 27. Dezember 1981, fast auf den Tag genau fünf Jahre nach dem Mord an Prinz Jean de Broglie, Heiligabend 1976, wurden die Urteile gegen den Täter und drei Organisatoren seiner Erschießung gefällt: zwischen fünf und zehn Jahren Gefängnis, wobei fünf Jahre Untersuchungshaft angerechnet werden. Die Angeklagten jubelten, die Öffentlichkeit reagierte betroffen, denn sie hatte sich nach dem Pariser Regierungswechsel eine Aufklärung des größten politischen Skandals der letzten zehn Jahre in Frankreich erhofft.

Denn dieser Prinz war nicht irgendein verarmter Aristokrat: Zusammen mit einem anderen Adligen, dem späteren Innenminister Poniatowski und Valérie Giscard d'Estaing war er der Begründer der Republikanischen Partei. Er war Abgeordneter, Parteiführer, Duzfreund der wichtigsten Regierungsmitglieder, und, inzwischen nachgewiesenermaßen, auch Waffen- und Drogenhändler. Seine Bewerbung um das Amt eines Ausschussvorsitzenden im Pariser Parlament war von seinen Freunden aufgrund seiner dubiosen Geschäfte abgelehnt worden, und es stand zu erwarten, daß er einiges über deren Praktiken an die Öffentlichkeit bringen würde. Dann wurde er auf der Straße erschossen.

In der Folgezeit, im Laufe der Ermittlungen, passierten Vorfälle wie in einem zweitklas-

sigen Kriminalfilm: Ein Zeuge ertrinkt in seiner Badewanne — er war ebenfalls Abgeordneter. Ein anderer ertrinkt im Genfer See, ein dritter kommt bei einem ungeklärten Autounfall ums Leben. Innenminister Poniatowski hatte fünf Tage nach dem Mord eine Pressekonferenz gegeben, auf der er alles als geklärt bezeichnete, die Tat zweier Verbrecher.

Dieser Kurs wurde bis zum Schluß beibehalten. Der Staatsanwalt mußte im Verlauf des jetzt beendeten Prozesses den Richter Giresse immer wieder davon zu überzeugen versuchen, daß dies wirklich ein reiner Kriminalfall war — dieser Staatsanwalt hatte vorher das selbe Amt an dem inzwischen aufgelösten politischen Sondergericht inne.

Der Richter hatte sich in einem Appell an die angeblich

von der neuen sozialdemokratischen Regierung reformierte Polizei und Justiz gewandt, ihm — bekanntermaßen — unterschlagenes Material zu liefern. Das geschah nicht, der Prozeß konnte so zu Ende gehen, ohne daß die Hintermänner dieser politischen Mordwelle ans Tageslicht kamen oder gar zur Verantwortung gezogen wurden.

Die neue französische Regierung zog es offenbar vor, ebenfalls eine Linie der Vertuschung einzuschlagen, weil zu viele der Beteiligten große Namen der Republik seien, so schrieb die Zeitschrift „Le Canard Enchaîné“, aufgrund deren Kampagne die Öffentlichkeit diese Vorgänge überhaupt zur Kenntnis nehmen konnte.

Bereits Mitte des letzten Jahres hatte es eine bisher unaufgeklärte politische Mordaffäre ehemaliger Gaullistischer Privatpolizisten gegeben, und nun bleibt auch diese ungeklärt. Dagegen hat es, noch im letzten Jahr, verschiedene Protestaktionen demokratischer Organisationen gegeben, die Aufklärung und Bestrafung forderten — Aktionen an denen sich die revisionistische KPF nicht beteiligte...

Fast zehn Millionen Menschen ohne Arbeit — EG 1981

Fast zehn Millionen Arbeitslose in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, neun Millionen Menschen ohne Arbeit in den USA und über sieben Millionen in anderen westlichen entwickelten kapitalistischen Ländern.

In den USA hat die „neue Wirtschaftspolitik“, die Friedman-Politik, bereits jetzt zu ähnlichen katastrophalen Auswirkungen geführt wie in Großbritannien. Wie in der Bundesrepublik, so muß man auch in den USA inzwischen bis zum Anfang der 50er Jahre zurückgehen, um eine ähnlich große Zahl von Menschen ohne Arbeit zu sehen (mit Ausnahme des Mais 1975).

Dort leidet vor allem die farbige Bevölkerung unter der Wirtschaftskrise: 17 von 100 sind ohne Arbeit. Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren sind es in den USA sogar 22 von 100, bei den farbigen Jugendlichen gibt es keine amtlichen Zahlen. Aber auch die Quote der weißen Facharbeiter ohne Arbeit ist mit 7,2 Prozent die zweithöchste seit der großen Depression der 30er Jahre.

In einer aufsehenerregenden Aktion stellten Wohlfahrtsverbände weiße Holzkreuze gegenüber dem Weißen Haus auf, die für die in diesem Jahr erfrorenen Obdachlosen stehen. In Großbritannien erfroren im letzten Dezember Menschen sogar in ihrer Wohnung, weil sie sich keine Heizung mehr leisten konnten.



Kreuze für die erfrorenen Obdachlosen: eine ungeheure Anklage gegen Reagans Politik der Sozialkürzungen.

In Großbritannien ist durch die neuerliche Kürzung der Sozialhilfe, die um 3 Prozent weniger angehoben wird als selbst die offizielle Inflationsrate, ein weiterer massiver Verelendungprozeß im Gange. Denn mindestens zehn Millionen Menschen leben dort knapp über der Grenze für den Bezug von Sozialhilfe. Großbritannien ist auf dem Wege, nach Südtalien und Irland das dritte Armenhaus der EG zu werden, in dem das Massenelend an der Tagesordnung ist, so sagte ein

Sprecher der britischen sozialen Hilfswerke.

Aber auch in solchen als „wohlhabend“ bezeichneten Staaten wie Belgien und Dänemark sind nicht nur neue Rekorde an Arbeitslosenzahlen zu vermelden, sondern auch hier wächst die Zahl der armen Familien stark an, werden Sparprogramme auf Kosten der Werktätigen den Ärmsten der Armen den Stoß ins Elend versetzen, das es doch angeblich in Europa gar nicht mehr gibt.

Zwei Jahre nach dem sowjetischen Einmarsch

Ungebrochener Widerstand in Afghanistan

Karmal ruft nach mehr Sowjet-Soldaten

KABUL. — Anfang Dezember rief das von Moskau installierte Regime in Kabul erneut nach mehr sowjetischen Soldaten. Offensichtlich wurde diese erneute „Bitte“ prompt zu Weihnachten erfüllt. Nach verschiedenen internationalen Meldungen ist das „begrenzte Truppenkontingent“ um 5000 auf nunmehr 90000 Soldaten erhöht worden.

Trotzdem berichtet der Kabuler Rundfunk von „täglichen Verbrechen in allen Teilen des Landes“. Und Verbrecher sind, laut Kabul und entsprechend der Regieanweisung aus Moskau, eben alle, die gegen die Karmal-Regierung sind. Zu den Verbrechern gehören aber nicht nur die Millionen Flüchtlinge nach Pakistan, sondern auch die rund 55 Prozent Mitglieder der einstigen afghanischen Armee, die inzwischen desertiert sind.

Nicht zu den Verbrechern gehört offensichtlich der frühere Polizei- und Geheimdienstminister des einstigen afghanischen Königs, Shalizi. Er wurde jetzt mit großem Pomp in Kabul empfangen und zugleich wurde betont, für jeden „Freund“ stünden auch Ämter in der Regierung offen.

Wie schon im letzten Jahr versuchte die Moskauer Propaganda auch diesmal, anlässlich des Jahrestages des sowjetischen Einmarschs, seinen verbrecherischen Überfall auf ein anderes Land zu rechtfertigen und ihm sogar noch einen „revolutionären“ Anstrich zu verpassen.

Das angeblich begrenzte Kontingent, dessen Grenzen nie genannt wurden, sei auf Ersuchen der Afghanen einmarschiert, womit die Sozialimperialisten natürlich die Gruppierung Babrak Karmals meinen, die sie als nützliches Werkzeug entdeckten, nachdem man sie noch wenige Wochen vor dem Einmarsch selbst als Banditen bezeichnet hatte. Es sei da, um

die revolutionären Errungenschaften des afghanischen Volkes zu verteidigen. Abgesehen davon, daß offensichtlich niemand in Afghanistan revolutionäre Errungenschaften zugunsten der breiten Masse ausmachen kann, werden sie inhaltlich auch nicht mehr genannt. Das Dilemma der Sozialimperialisten liegt darin, daß die sogenannte Demokratische Volkspartei Afghanistans, diese Mini-partei aus Studenten und Offizieren, ihre sogenannte April-Revolution nicht nur ohne, sondern sogar gegen das Volk gemacht hat, einen abenteuerlichen Putsch inszenierte.

Oder was soll man sonst von einer „Partei“ halten, die (laut UZ der DKP) sich aufgrund der besonderen afghanischen Verhältnisse selbst auf die Arbeit in

der Armee konzentriert habe? Die Armee als Hauptbetätigungsfeld und eine Revolution als Überraschungsgeschenk für das Volk — das hat jedenfalls mit der marxistisch-leninistischen Auffassung von Revolution nichts zu tun.

Der Widerstand gegen die Putschisten an Moskaus langem Arm jedenfalls geht ungebrochen weiter, die Fußabstimmung gegen Karmal ebenfalls. Und je mehr er manövriert, um seinem Regime irgendeinen Anschein von Legalität oder Unterstützung durch andere Kräfte zu geben, desto mehr paktiert er auch offen mit den alten Volksfeinden, die er vor kurzem noch faschistische Mörder nannte.

Und es ist auch klar, daß der Widerstand weitergehen muß, denn in ihm drückt sich nicht vor allem islamische Rückständigkeit aus, wie es von revisionistischen Phrasendreschern immer wieder behauptet wird, sondern vor allem das Verlangen der afghanischen Bevölkerung, selbst über ihr Land entscheiden zu können.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Terrorurteile, Lebensmittelkürzungen, Preiserhöhungen

Jaruzelskis Militärdiktatur entlarvt sich durch ihre Maßnahmen

Moskau und Berlin drängen auf noch härteren Kurs

WARSAU. — Die bisher getroffenen Maßnahmen der Militärdiktatur unter Leitung des revisionistischen Parteichefs General Jaruzelski zeigen in aller Deutlichkeit, daß all sein Gerede über Ausgleich, Verständigung und Normalisierung nichts anderes ist als das übliche Rechtfertigungsgeschwätz aller Militärdiktaturen.

Alle diese Maßnahmen richten sich nur und ausschließlich gegen das polnische Volk, gegen die polnische Arbeiterbewegung. Die weitere Kürzung der Lebensmittelrationen auf beispielsweise 2,5 Kilo Fleisch monatlich wird mit den mangelnden Möglichkeiten weiterer Fleischimporte begründet. Die

dreieinhalb Jahre. In jeder der 49 Wojwodschaften gibt es KZ-ähnliche sogenannte Internierungslager, in denen unter anderem der Chefredakteur der Solidarność-Zeitung, Tadeusz Mazowiecki an Kältefolgen gestorben ist. 5000 Verhaftete werden offiziell eingestanden, nach Angaben von Gewerk-

lich versuchen will, eine nur noch dem Schein nach bestehende unabhängige Gewerkschaft in eine wie auch immer konkret geartete „Nationale Verständigungsfront“ einzubeziehen, so wie es einst Kania versucht hatte, mit der Wahl von Gewerkschaftsmitgliedern in das ZK der revisionistischen Partei.



Trotz brutalen Vorgehens konnte der Widerstand der Arbeiter nicht so unterdrückt werden, wie es die sozialfaschistischen Generale wollten.

dabei aufgeführten Zahlen, daß 1981 von 167 000 Tonnen importierten Fleisches 137 000 aus dem Westen gekommen sind, entlarven nun auch offiziell die angebliche brüderliche Hilfe der anderen scheinsozialistischen Staaten als faktisch nicht existent.

Die versprochene Wirtschaftsreform würde aber durchgeführt, versichern die Generale. Richtig daran ist, daß ab 1. Januar Preiskorrekturen begonnen werden, die dazu führen sollen, daß die Lebensmittel, die nicht rationiert sind, teurer werden.

Dabei muß man vor allem zwei Dinge unterstreichen. Zum einen die Fehlleistung des Warschauer Fernsehens, das — in einer allerdings nicht wiederholten Sendung — nicht nur darüber berichtete, daß das persönliche Eigentum der beiden polnischen Botschafter, die in den USA und Japan um Asyl nachgesucht haben, beschlagnahmt worden sei. Es wurde auch gezeigt, wie sie gelebt haben: in Luxusvillen mit teuren Gemäldesammlungen. Offensichtlich war die Reaktion der Bevölkerung die normale: die Frage, ob das wohl nur diese beiden seien. Die neue polnische Bourgeoisie lebt nach wie vor im Luxus, auch wenn das Land hungert. Dafür sorgt wohl als zweites die Tatsache, daß dem Militärrat auch der Brigadegeneral Michal Janiszewski angehört. Er ist der Mann, der als Verwaltungschef für die Entlohnung, Beförderung und Entschädigung der Bonzen im Land sorgte und weiterhin sorgt.

Der Terror rast unterdessen gegen die Gewerkschaft Solidarność. Für Beteiligung an Sitzstreiks wurden jetzt die ersten Gefängnisstrafen, ohne Recht auf Berufung, verhängt: dreimal drei und einmal gar

schaften ist es wohl die doppelte Zahl.

Und obwohl der General versprach, die Welt werde die Wahrheit über Polen erfahren, dauert die absolute Zensur weiter an.

Bezeichnenderweise wird in der Presse der UdSSR und der DDR weit ausführlicher über Widerstandsaktionen gegen die Militärdiktatur berichtet als in der „Tribuna Ludu“ der revisionistischen PVAP oder gar in der Armeezeitung des Junta-Mitglieds Divisionsgeneral Baryla, wo eine heile Welt herrscht.

Die Konterrevolution wüte nach wie vor, berichtete beispielsweise die „Prawda“ zu einem Zeitpunkt, als in Polen alle Medien über die ständige Normalisierung berichteten. Und während in Polen stets unterstrichen wird, daß es nur gegen einzelne Gewerkschaftsfunktionäre Prozesse gäbe, tonte das „Neue Deutschland“ am gleichen Tag von „ersten Prozessen gegen Solidarność-Konterrevolutionäre“.

Über Weihnachten wurden auch die Hintergründe dieser Unterschiede deutlich. Während Jaruzelski in seiner Weihnachtsansprache betonte, es gäbe auch im künftigen Polen Platz für eine unabhängige Gewerkschaft, veröffentlichte die sowjetische Presse schon zwei Tage später einen ausführlichen Artikel, in dem die Existenz unabhängiger Gewerkschaften als ein Unding bezeichnet wurde.

Nun geht es Jaruzelski und seinen Kumpanen bestimmt nicht um das Fortbestehen einer Organisation, die in der Lage wäre, die Interessen der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung zu vertreten. Seine Haltung und die zur Jahreswende geäußerten Vorstellungen Jablonskis weisen vielmehr darauf hin, daß man offensicht-

Aber offensichtlich gehen Moskau selbst solche Täuschungsmanöver viel zu weit. Deshalb versucht man in der sowjetischen — und dementsprechend auch in der DDR-Presse — den Eindruck zu erwecken, als würde nicht genügend hart gegen die Solidarność vorgegangen und als wären immer noch gemachte Kompromisse schuld an einer solchen Entwicklung.

Wie wenig das alles mit irgendeiner Art der Verteidigung des Sozialismus zu tun hat, zeigt sich auch daran, während man Kübel voll Haß auf die Arbeiterbewegung ausgießt, niemand ein Wort des Einwandes gegen den nach wie vor geplanten Beitritt Polens zum Internationalen Währungsfonds erhebt. Dessen Spezialität ist es ja, gerade in Militärdiktaturen, wie bisher in der Türkei oder in Chile, den betreffenden Juntas sogenannte Sparprogramme als Gegenleistung für weitere Kredite zu diktieren. Programme, die die massenhafte Verelendung der werktätigen Bevölkerung und eine größere Rentabilität angelegten Kapitals zum Ergebnis haben.

Dagegen hat man in Moskau nichts, — schließlich ist auch Ungarn schon durch seine IWF-Mitgliedschaft dort eingebunden. Man hat nur etwas gegen Arbeiter, die sich gegen den neuen Kapitalismus, der sich immer noch hinter sozialistischen Phrasen verbirgt, zur Wehr setzen. Und man hat auch, so läßt man nun offensichtlich Jaruzelski spüren, etwas gegen Militärdiktatoren, die noch Manöver starten, statt nur noch zu schießen. Nicht etwa, daß Jaruzelski nicht schießen ließe — dafür gibt es genügend Beweise. Was Breschnew verlangt, ist ein noch härterer Kurs gegen die polnische Arbeiterbewegung.

Wochenlanger breiter Widerstand

Die polnischen Arbeiter kämpfen gegen die Militärdiktatur

Vermittlungsversuche der Kirche scheiterten

WARSAU. — Streiks und Betriebsbesetzungen scheinen in Polen im Augenblick zurückzugehen. Wie auch immer, das wenige, was man durch den Mangel der absoluten Zensur und die östliche und westliche Zweckpropaganda hindurch feststellen kann, zeigt eines ganz klar: Keine Militärdiktatur hatte in den letzten Jahren, wo es auch immer auf der Welt gewesen sei, solche großen Schwierigkeiten mit kämpfenden Arbeitermassen.

Ob in den Zechen der Region von Katowice oder an der Küste in den Werften oder in den Stahlhütten oder in der Hauptstadt oder auch im Textilzentrum Lodz: In allen Städten waren es die größten Betriebe, die bestreikt wurden, die besetzt wurden, um die gekämpft wurde.

Keiner weiß, wieviele Arbeiter sich an diesen Aktionen wirklich beteiligten. Die in der offiziellen Berichterstattung genannten Betriebe und Arbeiter aber waren schon über Hunderttausend an der Zahl — so daß es in Wirklichkeit noch viel mehr sein dürften, da die Meldungen ja erstens nur nacheinander kommen und zweitens absolut zensiert sind.

Nicht umsonst wurden in den ersten zwei Wochen nach der Ausrufung der Militärdiktatur aus allen polnischen Städten nur Standbilder im Fernsehen gezeigt. Nicht umsonst erfuhr man erst mehrere Tage später davon, daß es Unruhen in Lodz gegeben habe, daß es einigen „Provokateuren“ gelungen sei, wie es dann immer im Originalton der Revisionisten heißt, größere Teile der Bevölkerung zu unüberlegten Aktionen zu bewegen.

Insbesondere der mutige Kampf der Bergarbeiter hat der polnischen sozialfaschistischen Junta offensichtlich großes Kopfzerbrechen bereitet und tut es noch. Das kann man schon an den lächerlichen Anstrengungen

der revisionistischen Propaganda sehen, die es nun so darstellen möchte, als seien die zunächst 1300 Arbeiter von einer Handvoll Agenten sozusagen als Geisel unten gehalten worden.

Dabei hatten katholische Priester an Heiligabend, nachdem sie eine Messe gefeiert hatten, versucht, die Arbeiter dazu zu überreden, ihre Besetzung des Bergwerkes aufzugeben — auch hier ohne Erfolg.

Dabei war vorher jeder einzelne der Bergarbeiter, der aufgegeben hatte, als vernünftig gelobt worden. Hier widerspricht man sich in der revisionistischen Propaganda offensichtlich immer mehr selbst. Und auch der Widerstand in gleich zu Beginn von der Soldateska gestürmten Betrieben wie dem bekannten Traktorenwerk Ursus geht weiter — seit offizieller Arbeitsaufnahme wurde gerade ein Traktor fertiggestellt.

Offensichtlich ist es der Militärdiktatur bisher nicht gelungen, die Organisation von Solidarność völlig zu zerschlagen, worauf nicht nur verschiedene Aufrufe, sondern auch offensichtlich organisierte Aktionen hinweisen. Und schon gar nicht ist es den sozialfaschistischen Generalen gelungen, jene Friedhofsruhe zu schaffen, die sie und die anderen neuen polnischen Kapitalisten haben wollen. Am allerwenigsten scheint es ihnen jedoch gelungen zu sein, mit ihrem Vorgehen eine

gewisse Popularität zu erreichen, auf vorhandene Stimmungen aufzubauen und ähnliche taktische Schritte.

Das Militärregime ist isoliert — das hat offensichtlich auch die katholische Kirche bemerkt. Erzbischof Glemp jedenfalls machte einen Schwenk — vom Aufruf zur Ruhe zur „harten“ Kritik am Regime, nachdem er feststellen mußte, daß seine Priester nicht in der Lage waren, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten.

Trotz der Verhaftung von mehreren Tausend Gewerkschaftsfunktionären — denn sie stellen den Hauptteil der in KZs internierten Häftlinge —, haben die polnischen Arbeiter also einen sehr massiven Widerstand gegen die Militärdiktatur organisiert und führen ihn offensichtlich weiterhin fort.

Dieser beispielhafte Kampf ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß sich die polnischen Arbeiter mit der Herrschaft der polnischen neuen Kapitalisten nicht abfinden werden, daß es nicht gelingen wird, die Situation der revisionistischen Herrschaft auf längere Zeit entscheidend zu stabilisieren. Eine „Normalisierung“ von der Art, wie sie mit der tschechoslowakischen, vorwiegend kleinbürgerlichen Bewegung 1968 geschah (nicht zuletzt unter Ausnutzung des slowakischen Nationalismus) erscheint für Polen nahezu ausgeschlossen.

Westliche Reaktionen zeigen Differenzen

Reagan hofft auf sowjetischen Einmarsch in Polen

BONN/WASHINGTON. — Die Reaktionen im Westen auf den polnischen Militärputsch der sozialfaschistischen Generale sind sehr unterschiedlich. Während die amerikanische Regierung, begleitet von der französischen, sofort für massive Sanktionen eintrat, reagierten die anderen EG-Regierungen, vor allem die Bonner, anders, abwartend, ohne Maßnahmen. Was steckt hinter diesen Differenzen, was ist davon zu halten?

Daß es Reagan mit seinen Maßnahmen gegen Polen und die UdSSR nicht um die Verteidigung der polnischen Arbeiter geht, dürfte klar auf der Hand liegen. Die Entwicklung in der Türkei und in El Salvador, um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen, von vielen die möglich wären, beweist dies. Reagans Reaktion ist nichts anderes als der Versuch, die Schwierigkeiten, die dem Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft durch den Kampf des polnischen Volkes entstanden sind, für die eigenen imperialistischen Ziele auszunutzen: das Klima weiter zu verschärfen, den Aufrüstungskurs weiter anzupfeifen, weitere Aggressionen des USA-Imperialismus vorzubereiten.

Und gerade hier liegen, im konkreten Fall die Interessen der EG-Staaten, vor allem der Bundesrepublik anders. Nicht

der Menschen wohlgerneht, sondern die Interessen derjenigen, die diese Staaten als ihr Werkzeug benutzen, vor allem des westdeutschen Finanzkapitals.

Dies nicht zuletzt durch folgende einfache Tatsache: Von den 9,2 Milliarden Dollar an Polen-Krediten, die nicht durch die Regierungen (also die Steuergelder) abgesichert sind, stammen nicht weniger als 2,7 Milliarden Dollar von westdeutschen Banken — rund 6,5 Milliarden Mark. 650 Millionen Mark erhielten die Banken bereits 1981 von der Bundesregierung für nicht bezahlte Lieferungen an Polen. Dazu wären noch weitere Tatsachen zu nennen, die allesamt aber eines verdeutlichen: daß es die wirtschaftlichen Interessen der bundesrepublikanischen Kapitalisten sind, die ihnen eine andere Haltung diktieren als die USA

sie einnehmen.

So war es auch nicht überraschend, daß Reagans Mannschaft gleich wieder die Frage des deutsch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäfts aufs Tapet brachten und seine Aufkündigung forderten.

Diese Boykott-Kampagne der USA-Imperialisten, die in der Bundesrepublik von Kreisen aus der CDU zumindest teilweise unterstützt wird, trägt einen ähnlichen Charakter wie vor zwei Jahren die Kampagne zum damaligen Olympia-Boykott. Mit dem Unterschied eben, daß diesmal die Interessen des westdeutschen Kapitals angegriffen werden, weshalb man in Bonn diesmal gegen eine Beteiligung ist.

Und man muß auch, trotz der sozialfaschistischen Diktatur in Polen, im konkreten Fall gegen eine solche Kampagne sein. Nicht aus dem Interesse der westdeutschen Kapitalisten heraus, sondern aus dem Interesse heraus, sich nicht an einer Kampagne des Kriegstreibers Reagan zu beteiligen. Die Solidarität mit den polnischen Arbeitern muß auf anderem Wege ausgedrückt werden und zustandekommen als mit einer Beteiligung an einer Kampagne des USA-Imperialismus.

1982:

Alles wird gut!

Joseph Kardinal Höffner: „Glaube, Hoffnung und Liebe gegen die Angst unserer Tage“. Bundespräsident Carstens: „Wir sind schon mit weit größeren Schwierigkeiten fertig geworden!“

Ein neues Jahr hat begonnen. Wir alle sind irgendwie rübergerutscht, und da sitzen wir nun. Wie aber geht's weiter? — Wir saßen wohl noch lange da, von Ängsten und Zweifeln geplagt, wenn da nicht der Zuspruch wäre, den wir wie zu jedem Jahreswechsel auch diesmal wieder von denen erhalten, die wissen, wo's langeht.

Beliebte Interpreten von Kirche und Staat erhoben also ihre vertrauten Stimmen zu Weihnachts- und Neujahrsansprachen, -predigten und -befehlen. Damit auch der im allgemeinen allzu einseitig orientierte RM-Leser das Jahr 1982 gut übersteht, wollen wir ihm einige dieser tröstlichen Worte nicht vorenthalten.

Beginnen wollen wir mit einem kirchlichen Zuspruch. Wer wäre besser dazu geeignet als der Kölner Kardinal Höffner? Ist er doch so eine Art zweites Christuskind, mit Geburtstag am 24. Dezember und darüberhinaus 75jährigem Jubiläum im letzten Jahr!

„Zu Beginn eines neuen Jahres stellen sich die Menschen die Frage, was es ihnen bringen wird“, weiß er zu berichten. Genau. „In unserem Land sind sie von einem dumpfen Gefühl des Schreckens befallen, von der Angst vor dem Krieg, vor der Wirtschaftskrise, vor der Arbeitslosigkeit, vor der Krankheit, vor dem Alter, vor der Vereinsamung, vor dem Tod. Viele werden vom abgrundtiefen Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Lebens geängstigt.“ Ist dir, lieber Leser, auch so dumpf zumute? Das muß nicht sein! Denn: „Die Weltgeschichte ist kein irrsinniger Kreislauf. Grauen und Tod

sind nicht das Letzte.“ Daß auch sie uns 1982 bevorstehen könnten, zieht Höffner keineswegs in Zweifel. Aber: „Gott weiß, wie er alles wiedergutmacht.“ So ein Glück! Und überhaupt: „Hinter jeder Angst verbirgt sich verweigernde Liebe. Weil das Ungeborgensein die schlimmsten Ängste hervorruft, findet die Angst ihre Überwindung zutiefst in der Liebe.“ (Nicht, was ihr wieder denkt!) „Angst kann nur durch die Nähe eines Liebenden überwunden werden; der große Liebende aber ist Gott selber.“ Er liebt uns alle, sozusagen kollektiv, und das zumindest müßte doch auch den verstocktesten Kommunisten beruhigen.

Unser gütiger Kardinal erhielt natürlich selber zu seinem genannten Jubiläum auch allerlei Glückwünsche, vor allem von Bonner Politikern, von denen im folgenden noch die Rede sein wird. So zum Beispiel von Helmut Schmidt. „Als Geschenk des Bundeskanzlers überreichte Bundesminister Schmude eine Mappe aus rotem Ziegenleder mit dem Schriftwechsel zwischen Kaiser Wilhelm dem Zweiten und Papst Leo dem Dreizehnten zur Arbeiterschutzkonferenz 1890 in Berlin“, wurde aus der Bundeshauptstadt gemeldet.

Ein würdiges Geschenk, daß dazu noch unterstreicht, daß Staat und Kirche zu jeder Zeit die besten Freunde der Arbeiter waren.

Davon zeugen denn auch die Worte der heutigen Politiker, die sie in diesen besinnlichen Tagen ans einfache Volk richteten. Verständnisvoll, wie sie sind, wandten sie sich besonders an die, die es heutzutage am schwersten haben.

Als erster ist da natürlich unser Bundespräsident zu erwähnen, der Herr Carstens, ihr wißt



Deutsche! Die Gegner von Aufrüstung und Doppelbeschluß liefern euern Tannenbaum dem Feind aus! Laßt es nicht zu! — Wer steht auf der Wacht in der Heiligen Nacht? Der deutsche Soldat von der Bundeswehr-Macht!



„Die sicherheitspolitische Diskussion in unserem Lande darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die weit überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung nach wie vor diese Leistung als entscheidenden Beitrag zur Sicherung von Frieden und freiheitlich-rechtlicher Grundordnung anerkennt.“ (Minister Apel in seinem „Tagesbefehl an die Bundeswehr zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel 1981/1982“) Ob ihm die übliche Floskel der „freiheitlich-demokratischen“ GO zu zweideutig erschien, daß er das „demokratisch“ durch ein „rechtlich“ ersetzte, wissen wir nicht. Wir wissen aber eines: der 22jährige Mann, der in dem unten abgebildeten Auto saß, gehört zu denen, die niemand mehr nach ihrer Meinung über den Sinn der Bundeswehr fragen kann. Auch im vergangenen Jahr 1981 gab es wieder zahlreiche Tote bei den verschiedenen Manövern der Bundeswehr, bei denen die Soldaten in oft buchstäblich tödlichem Drill auf den Einsatz im Raubkrieg vorbereitet werden. 1982 wird das nicht anders sein.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

schon. Über Rundfunk und Fernsehen erreichten die Worte seiner Weihnachtsansprache den letzten Winkel der Republik. Und also sprach er: „Besinnen wir uns auf die Werte, die die Zeiten überdauern und die uns in den heutigen Auseinandersetzungen Halt geben können!“

Ein Wort aus berufenem Munde. Schließlich ist Carstens einer der aktiven Mitstreiter aus jener Zeit, da die Werte noch für tausend Jahre gültig festgelegt wurden. Damals hatte man noch Prinzipien, und jeder, der Carstens' Wirken kennt, weiß, daß sie für ihn noch immer Gültigkeit haben. Warum also nicht auch wieder für uns?

Wenn wir uns auf diese Werte besinnen, können wir überhaupt manche der folgenden Ausführungen viel leichter verstehen.

„Zunächst: in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir lernen, mit weniger auszukommen, wo dies möglich ist, und manche Wünsche zurückstellen. Wir müssen aber auch Vertrauen setzen in die eigene Leistungsfähigkeit, darauf, daß Fleiß und Ideenreichtum uns helfen werden, den Rückschlag zu überwinden.“ Also: schön fleißig sein! — Du bist arbeitslos und fragst „wie und wo?“ — Also hör' mal! — Du hast bisher immer fleißig gearbeitet und würdest das auch weiter tun, aber man läßt dich nicht? — Ja, bist du so von anderen abhängig? — Andere, sagst du, viele andere haben das gleiche Problem? — Ja, können denn fast zwei Millionen Menschen derart ideenarm sein?! — Da können wir dann auch nicht helfen. Ein bißchen Ideenreichtum und Verständnis gehören schon dazu.

Das gilt übrigens auch für unsere ausländischen Mitbürger. „Wir danken ihnen für das, was sie leisten. Wir bitten sie aber auch um Verständnis dafür, daß wir unsere Grenzen nicht unbeschränkt für weiteren Zuzug öffnen können.“ Na, dafür sollte es doch grad noch reichen. Oder?

Und schließlich fand der Präsident auch noch diese bedenkenswerten Worte:

„Der Polizei danke ich für ihren oft gefährvollen Einsatz. Aber wir dürfen die Polizei nicht allein lassen. Alle Organe des Staates, die Regierungen von Bund und Ländern, die Parlamente, die Gerichte, die Massenmedien und die Schulen — wir alle sind aufgerufen, unseren Teil dazu beizutragen, daß Gewalt sich nicht ausbreitet.“ — Haben wir uns bisher über-

haupt richtig klargemacht, wie allein unsere Polizei oft ist?

Und wo wir gerade bei der Polizei sind, laßt uns auch an den Bundesgrenzschutz denken, jene „Polizei des Bundes“, die schließlich und immerhin zu den wenigen zählte, die die Einsamkeit ihrer Polizeibrüder manchmal etwas milderte. Des öfteren konnte man sie ja gemeinsam sehen beim Bemühen, die Grundfesten unseres Staatswesens gegen brutalste Angriffe zu verteidigen.

So unterstützen wir auch wärmstens die Worte unseres Innenministers Baum, genauer: sein „Grußwort an den Bundesgrenzschutz“:

„(...) Einheiten des Bundesgrenzschutzes (haben) im zu Ende gehenden Jahr bei zahlreichen schwierigen Einsätzen die Polizei der Länder unterstützt und sich durch wirksames, besonnenes Einsatzverhalten ausgezeichnet. Auch in den Reihen der BGS-Beamten waren infolge der Angriffe von Gewalttätern Verletzte zu beklagen.“

Ich weiß, daß die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes ihren Auftrag mit Zuversicht und Festigkeit erfüllen werden. Sie tragen dadurch dazu bei, die Rechtsstaatlichkeit und Freiheitlichkeit unserer demokratischen Ordnung zu erhalten.“

Davon konnten sich zum Beispiel diejenigen überzeugen, die sich mit den undemokratischen Mitteln der Demonstration und des Volksbegehrens gegen die Startbahn West bei Frankfurt auflehnten, wo sich doch Unternehmer, Politiker und Militärs schon ganz demokratisch für den Bau entschieden hatten. Als die kriminellen Befürworter des Volksbegehrens dann die armen Polizeibeamten überfallen wollten, trafen sie nicht nur auf deren mutigen Widerstand, sondern auch auf die glücklicherweise mit Stahlhelmen geschützten Grenzer. So gehört sich das!

Und so soll es in Zukunft immer sein. Das verspricht der Minister: „Die hohen Anforderungen an den Bundesgrenzschutz werden auch im Jahr 1982 nicht geringer werden.“ Bravo, Herr Baum! Bei Ihnen liegt die Demokratie in den richtigen Händen, da kann der deutsche Michel ruhig schlafen!

Es wurden der Worte des Trostes noch viele gesprochen. Wir wollen es bei den hier widergegebenen belassen. Dankbarkeit und Rührung übermannen uns, die Manuskripte werden feucht. — Also dann: ein gesegnetes Neues Jahr!

Liebe Leser und Freunde des „Roten Morgen“!

Herzlichen Dank sagt die ganze Redaktion für all die guten Wünsche zum neuen Jahr, die uns aus dem In- und Ausland erreichten. So ein bißchen Schulterklopfen zum Start tut ganz gut, ist uns Ansporn und Verpflichtung.

Dank überhaupt für alle Zuschriften, die wir im Laufe des vergangenen Jahres erhalten haben. Für alle Leserbriefe und Korrespondenzen. Für alle Anregungen. Und für alle Kritiken. Sie tragen dazu bei, daß unsere Zeitung lebendig bleiben kann.

Deshalb auch unsere Bitte: Schreibt uns weiter. Schreibt uns noch mehr. Was ist los in eurem Betrieb, in eurer Stadt, eurem Wohnort? Auf welche Probleme stoßt ihr, wie geht ihr sie an? Was gefällt euch nicht an unserer, eurer Zeitung? — Wie läßt sie sich weiterverkaufen, an Kollegen und Freunde, im Betrieb und im Straßenverkauf? — Und alles, was euch sonst noch einfällt.

Bei der Gelegenheit möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß der Redaktionsschluß um einen Tag hinausgeschoben wurde. Wenn irgendwo etwas am Wochenende passiert — ein Telefonanruf, und schon steht's am Freitag im nächsten RM.

In diesem Sinne grüßt euch mit einem kräftigen „Rot Front!“
Eure RM-Redaktion

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Sozialistische Planwirtschaft — Schlüssel zum Erfolg

Die sozialistische Planwirtschaft gehört zu jenen Dingen, die in der reaktionären Propaganda als ungefähr das Schlimmste dargestellt werden, was einem passieren kann. Aber — es gehören zwei Dinge dazu, um sie erfolgreich zu machen. Zum einen muß sie wirklich sozialistisch sein, staatliches Eigentum des Arbeiterstaates und zum anderen muß sie eine demokratische, darf sie keine bürokratische Planung sein. „Es wäre absurd zu glauben, der Volkswirtschaftsplan könnte von den wenigen hundert Menschen aufgestellt werden, die in der Staatlichen Planungskommission der Sowjetunion sitzen. Ein Volkswirtschaftsplan kann nur dann aufgestellt werden (...), wenn die ganze Peripherie der Sowjetunion an der Planung beteiligt ist, wenn das gesamte Planungssystem von oben bis unten gefestigt ist und wenn die Zehntausende an der Planung interessierten Arbeiter zur Schaffung des Plans herangezogen werden.“ (17)

Jene, die gegen die sozialistische Planwirtschaft auftreten, darunter auch viele, die politisch links stehen — oder es vorgeben — haben als Hauptargument eine angeblich mangelhafte Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Konsumgütern und die zu starke Betonung der Schwerindustrie — das, wie sie es nennen, „stalinistisches Modell“.

Läßt man gegen diese Auffassung einfach die Wirklichkeit sprechen, so zeigt es sich sehr schnell, daß diese ganz anders aussieht.

Man nehme ein Land wie Polen, das furchtbar unter dem von Nazi-Deutschland entfesselten Krieg gelitten hatte. Zuvor war es ein rückständiges kapitalistisches Land gewesen, in dem über Jahre hinweg ein Drittel der Arbeiter ohne Lohn und Brot waren und auf dem Lande mehr als fünf Millionen Menschen hungerten; jeder vierte Erwachsene war Analphabet. Diese Lage und die Zerstörungen des faschistischen Krieges wurden innerhalb von vier Jahren, bis zum Ende des ersten Dreijahres 1949 beseitigt. In Polen wurde im folgenden Plan der Jahre 1950 bis 1954 die Grundlage für die Entwicklung zu einem Industriestaat gelegt. Im Jahre 1953 wurden vom einst völlig unbedeutenden polnischen Maschinenbau 300 verschiedene Typen von Maschinen produziert, unter anderem auch die so wichtigen Grubenmaschinen und Turbinen. So erst wurde der Boden dafür bereitet, daß polnische Kohle und polnisches Kupfer zu einem echten Reichtum des Landes werden konnte. Im Vergleich zum letzten — und besten — Vorkriegsjahr 1938 stand die Volksrepublik Polen im Jahr 1954 ganz anders da.

Wenn man dabei berücksichtigt, daß die vor dem Krieg

Woher kommt die Wirtschaftskrise in Osteuropa (Teil III)

Sozialismus — stabiles Wachstum ohne Krisen

Die Situation in den osteuropäischen Staaten, die sozialfaschistische Diktatur in Polen allen voran, aber auch die Engpässe in der Sowjetunion, die Nöte in Rumänien und Bulgarien werden in der westlichen Propaganda als endgültiger Beweis für das Versagen des dort angeblich bestehenden sozialistischen Wirtschaftssystems ausgegeben. Wir hatten in zwei Artikeln in den letzten Nummern des „Roten Morgen“ bereits gezeigt, daß die Wirtschafts„reformen“, die in diesen Staaten im Laufe der 60er Jahre zum System erhoben worden waren, in Wirklichkeit die Wiedereinführung des kapitalistischen Pro-

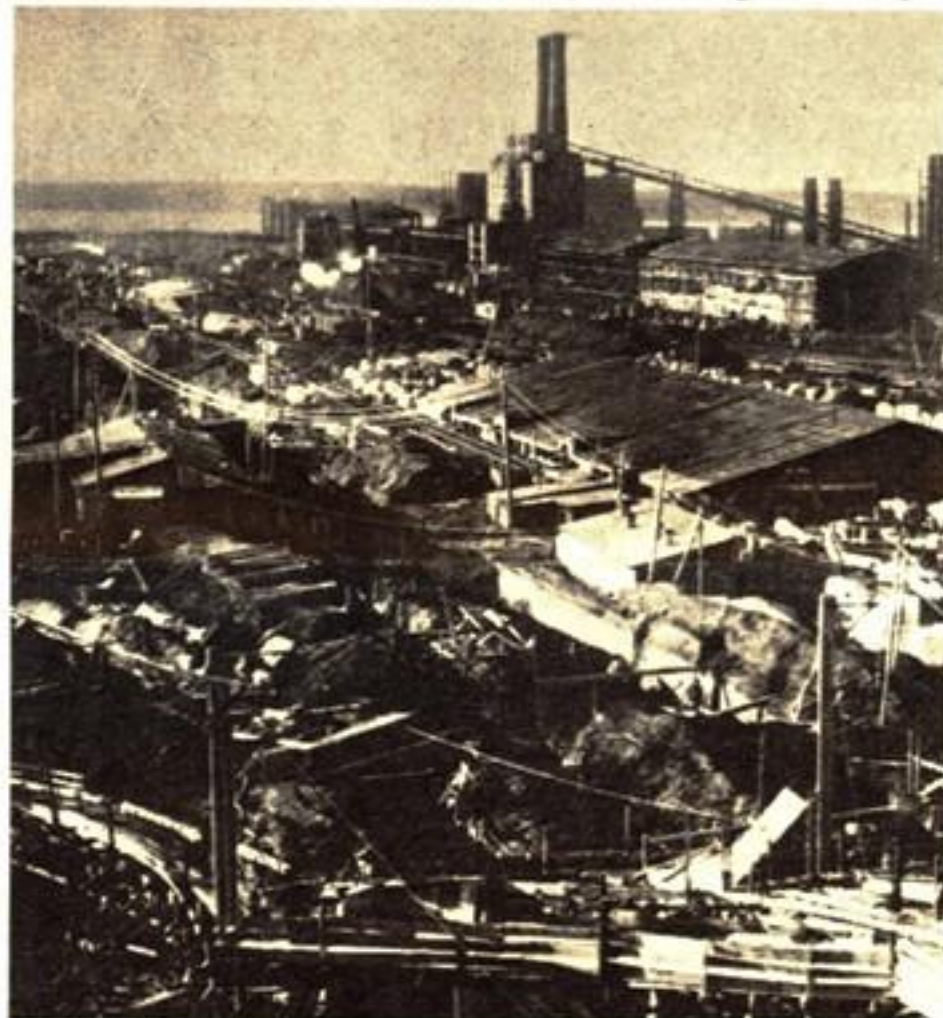
unterentwickelte chemische Industrie ihr Ergebnis um das Fünffache steigerte, wenn man weiter berücksichtigt, daß jene 14 der 18 Wojwodschaften, die vorher nur ein Drittel aller Arbeiter beschäftigten hatten, besonders stark gefördert wurden, daß die ganzen Westgebiete neu besiedelt wurden und die landwirtschaftliche Erzeugung um 80 Prozent je Kopf der Bevölkerung (deren Zahl allerdings insgesamt gesunken war) gesteigert wurde, so kann man mit Fug und Recht behaupten, daß die sozialistische Planwirtschaft Polen ganz entscheidend verändert hatte. Hin zu einem Industriestaat, dessen Bevölkerung wesentlich besser lebte als früher. Und dies nicht nur materiell, sondern auch kulturell — das Analphabetentum war beseitigt und Hunderte von Arbeiteruniversitäten, von Fabrikbibliotheken und Dorfkinos errichteten Gegenden, in denen kurz vorher elektrisches Licht unbekannt gewesen war.

Stürmische Veränderung

Mit diesen Worten kann man die Ereignisse in all jenen Ländern umfassen, die den Weg der Volksdemokratie gingen, die auf dem Weg zum Sozialismus waren.

„Das lachende Moskau“ insbesondere der zweiten Hälfte der 30er Jahre — den bürgerlichen Schreibern stets völlig unverständlich, angesichts des blinden Terrors, der doch eigentlich entsprechend ihrer eigenen Propaganda da hätte herrschen müssen, war eine Stadt der Arbeiter. Eine Stadt der Kinos, Theater und Bibliotheken, der Volksfeste und des Sports, in der die Arbeiter besser gekleidet waren und besser aßen als ihr deutscher Kollege, in der Tausende von ihnen in staatlichen und gesellschaftlichen Gremien die entsprechenden Beschlüsse und Gesetze faßten. Und es war ja nicht nur Moskau, es waren auch nicht nur Leningrad oder noch ein, zwei Großstädte. Die Arbeit, die harte Aufbauarbeit brachte Erfolge, brachte Fortschritt und Kultur, ein besseres Leben und eine immer breiter angewandte De-

mokratie. Und die Entwürfe von Gosplan, der staatlichen Planungskommission, waren nicht die Ausgeburt von Bürokratenhirnen. In ihnen steckte die Arbeit der Millionen Kommunisten und Jungkommunisten, die Ergebnisse von Tausenden von Gewerkschaftsversammlungen, die Kritiken der Arbeiter und Bauerninspektion, die Belegschaftsbeschlüsse. Ihre Auswirkungen veränderten das Land vom europäischen Teil bis hin ins fernste Asien.



Magnitogorsk — was hier noch Baustelle ist war einer der großen Wendepunkte in der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion.

Und für die anderen Staaten läßt sich eine ähnliche Entwicklung nachvollziehen. Aus Ungarn, dem Bauxitlieferanten für Deutschland und England, dem Hort der Großgrundbesitzer wurde ein neuer Staat mit einer großen Industrie, einer gebildeten Arbeiterschaft. Rumänien, Bulgarien und Albanien, die vor der Revolution höchstens einen Industriezweig kannten, wurden industrialisiert, das dumpfe Mittelalter überwunden. Die entwickelte tschechische Industrie half nicht nur der Slowakei, sondern allen anderen Ländern ebenfalls und die tschechischen Arbeiter waren die ersten in Europa, die in nennenswertem Umfang ihre eigenen Wagen fuhren.

Das sind die allgemeinen Kennzeichen der Entwicklung für diese Länder, die sich für jedes einzelne von ihnen noch wesentlich genauer und viel ausführlicher darstellen ließen. Es bleibt als eine Tatsache festzuhalten, daß es nicht nur eine völlige Veränderung des Antlitzes dieser Staaten gab, auch der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, die bereits vor dem Kriege ein Industriestaat gewesen war, sondern auch für die werktätigen Menschen nicht nur politisch, was ihre Möglichkeit zur wirklichen Einwirkung bei politischen

fitprinzip und die Beseitigung der volkseigenen Wirtschaft bedeuteten. Dabei war auch einiges darüber gesagt worden, wie diese grundsätzlichen Veränderungen zu der heutigen katastrophalen Lage beigetragen haben. Aber was ist nun anders? Wie sieht eine sozialistische Wirtschaft aus und weshalb gibt es dort eigentlich keine Krisen? Warum hat der Albaner, der einst im ärmsten Land Europas lebte, heute seinen Teller voll, während in früher viel weiter entwickelten Staaten die Not grassiert?

Maßnahmen betrifft, Verbesserungen, grundlegende Veränderungen gab, sondern auch in ihrem Lebensstandard.

Grundgesetz der sozialistischen Wirtschaft

Soweit also die Tatsachen, die dieses Argument der Funktionsunfähigkeit schlagend widerlegen. Wobei man hinzufügen muß, daß in einigen osteuropä-

Fünffache gesteigert worden, es hatte im Jahr 1928 noch 25,0 Milliarden Rubel betragen.

Im Jahr 1940 wurden von diesen 128,3 Milliarden Rubeln 19 Prozent für die weitere Verbesserung der Produktion und ihre Ausweitung bereitgestellt, (darin enthalten: 6 Prozent zur Bildung staatlicher wirtschaftlicher Reserven), 7 Prozent für die Landesverteidigung, etwa 33 Prozent für den kollektiven Konsum (Verwaltungskosten, Sozialmaßnahmen, Kulturausgaben und Gesundheitswesen) und etwa 41 Prozent für den individuellen Verbrauch der Bevölkerung (20). Das bedeutete, bei gleichen oder sogar sinkenden Preisen, daß zum persönlichen Verbrauch statt 1928 etwa 15 Milliarden Rubel nun etwa 53 Milliarden Rubel zur Verfügung standen — eine viereinhalbfache Steigerung in einem Zeitraum, in dem das Land zu einem Industrieland geworden war und zu einem Kulturland.

„Mehrarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben“ (21). So sagte es Karl Marx, als er die Theorien vom „vollen Lohn“ oder „gerechten Lohn“ widerlegte, die behaupteten, es müsse der gesamte Mehrwert an den Arbeiter ausbezahlt werden. Und womit dann eine sozialistische Gesellschaft aufbauen? Daß der Arbeiter mehr erzeugt, als er für sich selbst verbraucht, das ist die Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Aufbau des Sozialismus. Deshalb wird vom ungebrochenen Wachstum im Zusammenhang mit der höchstentwickelten Technik gesprochen. Deshalb sind in den sozialistischen Betrieben Produktivität und auch Rentabilität entscheidende Kriterien. Deshalb kann es auf der anderen Seite gar nie eine Überproduktion geben, wie im Kapitalismus.

Eingangs hatten wir festgestellt, daß die revisionistischen Wirtschaftsreformen im Laufe der 60er Jahre Rentabilität und Gewinn zum zentralen Maßstab der Arbeit der Betriebe machten und so die Natur der Wirtschaftsordnung veränderten. Dies stimmt. Denn es gibt eine Vielzahl von Bedingungen, die bei einer solchen Festlegung nicht berücksichtigt werden. Und die wirkliche Entwicklung in diesen Ländern zeigt, daß es vor allem die Konsumgüterindustrie, weniger gewinnträchtig, ist, die darunter leidet.

Aber auch im Sozialismus ist die Rentabilität der Betriebe ein wichtiger Maßstab, entscheidet sie doch nicht zuletzt darüber, wieviel dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden kann für den weiteren Aufbau. „Die hochproduktive Qualitätsarbeit der Menschen ist der entscheidende Faktor, um die Effektivitätssteigerung der Produktion zu gewährleisten und die ge-

samte Wirtschaft voranzutreiben.“ (22)

Und es ist eine Tatsache, daß um so mehr die allgemeine Aufbauarbeit in einem Land geleistet worden ist, desto mehr eben diese Frage der Arbeitsproduktivität entscheidend für den weiteren Fortschritt wird.

Die Entwicklung in den scheinsozialistischen Staaten Osteuropas jedoch hat nicht nur dazu geführt, daß in der Konsumgüterindustrie Knappheit herrscht und daß in der Landwirtschaft Katastrophenmeldungen sich häufen.

Sie hat auch dazu geführt, daß eine ganze Reihe anderer Industrien zugunsten der Militärisch-industriellen Interessen zurückstecken mußten, waren doch die neuen Generale — und teilweise auch die alten — eine der wichtigsten Gruppierungen, die ihre Vorstellungen von „Sozialismus“ sprich Kapitalismus endlich verwirklicht sehen wollten. Es ist ja beispielsweise eine Tatsache, daß die sowjetische Industrie mit der Schaffung des „Sputnik“ einen Beweis für ihre Leistungsfähigkeit erbrachte, daß sie zu Anfang der 50er Jahre ganze Städte schon mit Fernheizung versorgte und anderes mehr, daß aber heute im zivilen Bereich Computer fehlen.

So liegt denn, um es abschließend zusammenzufassen, der Grund dafür, daß der Albaner heute seinen Teller voll hat, während der Rumäne rationiert wird, und der Pole hungert, gerade in dieser unterschiedlichen Organisation der Wirtschaft.

Durch ihr Festhalten am Kommunismus, durch die marxistisch-leninistische Politik der albanischen Partei der Arbeit, durch die Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft hat sich die SVR Albanien eben nicht nur zu einem Industrie-Agrarland gewandelt, sondern leben ihre Menschen auch besser — nicht nur besser als einst sie selbst oder ihre Väter, sondern auch besser als ihre Kollegen in den Nachbarländern.

„Die Partei hat stets eine richtige Investitionspolitik verfolgt. Hätten wir nicht rechtzeitig in Erdöl und in das Energiesystem investiert, wäre unsere wirtschaftliche Lage heute überaus schwierig. Hätten wir nicht beizeiten in das Meliorations- und Bewässerungssystem, in die Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft usw. investiert, hätten wir heute eine überaus schwierige Lage bei Brot, bei Fleisch und Milch, bei Lebensmitteln und Kleidung. Hätten wir nicht beizeiten in die Bergwerkindustrie investiert, wäre unser Export nicht imstande, den Import zu decken.“ (23)

Was hier so kurz zusammenfassend genannt worden ist, ist natürlich nicht nur Ergebnis einer bestimmten Wirtschaftspolitik, sondern es ist Ergebnis der gesamten revolutionären Politik, die in der SVR Albanien betrieben wird und deren Verwirklichung im wirtschaftlichen Bereich eben die sozialistische Planwirtschaft ist.

Anmerkungen

- 17) W.W. Kujbischew: Artikel und Reden, Moskau 1935, Seite 83
- 18) K. Laski: Sozialistische Industrialisierung Volkspolens, Berlin 1956, Seite 10/11
- 19) J.W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, in Werke Bd. 16, Seite 331 Dortmund 1979
- 20) A. Birman: Die weitere Rentabilitätssteigerung im sozialistischen Betrieb, Berlin 1951, Seite 19 ff.
- 21) Karl Marx: Das Kapital, Bd. 3, Berlin 1949, Seite 872
- 22) Enver Hoxha, Bericht an den 8. Parteitag der PAA, Tirana 1981, Seite 72
- 23) Mehmet Shehu: Bericht über den 7. Fünfjahrplan, Tirana 1981, Seite 44

Vergleich der Produktion von Schwer- und Leichtindustrie Polens in den Jahren 1938 und 1954:

1938	1954	
Stahlerzeugung	1,4	4,0 Millionen Tonnen
Steinkohleförderung	38,0	91,6 „
Stromerzeugung	4,0	15,5 Milliarden KWh
Traktorenbau	—	6900 Stück
Baumwollgewebe	26	526 Millionen Meter
Wollgewebe	38	72 „
Seidengewebe	27	75 „
Zucker	500	1100 Tausend Tonnen (18)

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 1/8 Ocak 1982

Yıl: 16

1 DM

"1982 operasyonu" başlıyor

Sosyal haklar eşi görülmemiş bir şekilde kısıtlanıyor

Yeni yıla girerken fiatlar yoğun bir şekilde yükseldi

BONN. — 1982 yılına girerken Federal Almanya'da hükümet, savaş sonrası dönemin en yoğun saldırısını emekçilerin sosyal haklarına "82 operasyonu" ile başlattı. Bir taraftan kapitalistlere yeni bütçede çeşitli vergi indirimleri yapılır ve devlet yardımlarına yer verilir, silahlanma giderleri rekor düzeyine çıkarılırken, öte yandan Bonn Hükümeti'nin tasarruf yapmadığı hemen hemen hiç bir alan kalmamaktadır.

★ İşsizlik sigortasına ödenen aidatlar geçmişte brüt ücretin yüzde 3'ünü oluştururken, şimdi ise yüzde dörde yükseltildi. Öte yandan işsizlik parası genel olarak düşürüldü. Örneğin gelecekte artık şimdiye kadar kazandığı ücretten çıkarak değil, toplu sözleşme anlaşmalarında yapılan ücret anlaşmaları temel alınarak veya yıllık vergi denkleştirilmesine göre hesaplanarak işsizlik parası verilecek. Bunların dışında iş alanları yaratmak için ayrılan ödenekler kaldırıldı ve başka meslek öğrenenlere yapılan ödemeler kısıtlandı.

★ İkinci ve üçüncü çocuk için ödenen çocuk paraları 20'er DM kısıtlandı.

★ Diğer yandan kamu işletmelerinde şimdiye kadar ödenen ek ödemeler 1 Mart'tan itibaren yüzde bir oranında kısıtlanacak.

★ Sağlık alanında ise gelecekte hastaların üzerine daha büyük yükler yığılmaktadır. Örneğin reçete paraları yükselcek, "ö-nemsiz" hastalıklar (Grip, nezle vs.) için hastalık sigortası ödeme yapmayacak, hastalık sigorta-

larının dış yapımında doktora ödedikleri ödemeler yoğun bir şekilde düşürülecek vb.

★ 1950'lerde ve '60'larda yapılan sosyal evlerde oturan kiracılar gelecekte kiralarının yükseleceğini hesaba katmalı. Ve ayrıca yapılan kira yardımları da kısıtlanacak.

★ Sosyal yardımlar ise gelecekte artık fiyat artışlarının ortalamasına göre değil, sadece yılda yüzde üç civarında yükseltilecek ki, bu da sosyal yardım alanların gerçek ücretlerinde açıkça bir düşüşün olacağını göstermektedir.

★ Öte yanda nisanda yada hazi-randa içkilerin vergilerinde (dolaylı vergiler) litre başına üç DM ve tütünde ise yüzde 33,3 civarında bir yükseltme yapılacaktır.

Üst tarafa açıkladığımız liste hükümetin "82 operasyonu"na öngördüğü kısıtlamaların sadece ana noktalarını içermektedir. Hükümetin sadece sosyal alanda yaptığı kısıtlamalar 16 milyar DM'li bulmaktadır. Ve eğer emekçilerin üzerine bu yıl ek yüklerinde yığılacığından

söz ediliyorsa, o zaman sadece Federal Parlamento tarafından alınan tasarruf kararlarını değil, aynı zamanda eyalet ve belediyelerin bu yıl içerisinde sosyal haklar alanında yapacakları kısıtlamaları da hesaba katmalıyız.

Hükümetin ve eyaletlerin sosyal alanda yaptıkları kısıtlamaların yanı sıra, emekçilerin üzerine bir de yoğun bir şekilde artan fiyatların yükü binmektedir. Fiyat artışları daha şimdiden yüzde 6,5 dolayındadır ki, son aylarda 1951 yılından bu yana en yüksek artış kaydedildi. Ve gene bu noktada en küstah bir şekilde fiyat artışlarını teşvik eden Bonn Hükümeti'dir. Buna ilişkin sadece iki örnek vermek bile yeterlidir: Federal Devlet Demiryolları 1 Şubat'tan itibaren taşımacılık ücretlerini yüzde 7 yükseltecek. 1 Haziran'da ise posta fiyatları —örneğin mektup fiyatları— yüzde 33 dolayında yükselecek.

(„Sozialabbau wie noch nie“)

Guatemala'da kitlesel katliam

GUATEMALA CITY. — Guatemala'da köylülere karşı bir kanlı katliam düzenlendi. 30 Aralık'ta bir faşist komando birliği trenle kaçan köylülere makinali tüfekle ateş açarak onlardan en az 50'sini canice katletti.

El Salvador'da olduğu gibi Guatemala'da da sadece ABD'nin yardımı ve onun askeri desteği ile iktidarda kalmaya çalışan aşırı gerici bir cunta ülkeyi yönetmektedir. Sandinista Cephesi'nin Nikaragua'da zafer kazanması, gerek Guatemala'da olsun gerekse de tüm Orta Amerika ülkelerinde sürdürülen direniş mücadelesinde yeni bir itilime yol açtı. Ve bugün mücadelelenin kızışmasından sonra örgürlük isteyen Orta Amerika halklarının bu istemlerini gerici-ler, kanlı terör estirerek bastırmaya çalışmaktalar.

Aralık ayında kaçan köylülere makinali tüfeklerle faşist komando birliklerinin saldırılarını da ancak yukarıdaki düşünce temelinde açıklayabiliriz. Çünkü Guatemala'daki rejim, "sadece bir vatandaşın kaçmayacağı" ve sadece komünistlerin kaç-

tuğu propagandasını yapmaktadır. Ancak burada şimdi şunu sormak lazım; peki kaçanların hepsi komünistler miydi? Tabii ki değil. İşte bundan ötürü onların kaçan köylülere bile ateş açmaları yukarıda yaptıkları sahte propagandaların açıkça ortaya koymaktadır.

Guatemala'daki Amerikan işletmelerinde uzun zamandan beri sistematik bir şekilde sendika elemanlarının katledildiği bilinen bir gerçektir. Ve geçen yıl içerisinde estirilen terör giderek daha da yoğunlaşmakta ve saldırılar sadece sendika elemanlarına değil, aynı zamanda tüm sendika üyelerine karşı sürdürülmektedir. Aralık ayında katledilen köylüler muhalif sendikalara karşı sürdürülen cezalandırma dolaylı kaçmaktadırlar. („Neues Massaker in Guatemala“)

Polonya'da cuntanın saldırıları sürüyor

Ordu grevdeki işçilere vahşice saldırdı

VARŞOVA. — Polonya basınında sansür edildikten sonra kamuoyuna ulaşan haberlerin sadece bir hedefi vardır: o da dünyaya, Polonya'daki durumun hemen hemen normale dönüştüğü, her şeyin rayında yürüdüğünü ve işçilerin yine aslında memnun olduklarını sahte bir şekilde yansıtmayı amaçlamaktadır. Öte yandan darbeden sonra kaçan Dayanışma Sendikası üyelerinin açıklamaları ise durumun tamamen başka olduğunu göstermektedir.

Polonya askeri cuntası kömür ocaklarındaki işgal eylemine azgınca saldırdı. Öte yandan işgal edilmiş kömür ocaklarının boşaltılması bile Polonya askeri diktatörlüğün işçi düşmanı gerici ve kanlı yüzünü açıkça gözler önüne sermektedir. Ayrıca cunta sadece kömür ocaklarında çalışan işçilere saldırmakla kalmamakta, aynı zamanda işçilerin ailelerine karşı da göz yaşartıcı vb. silahlarla en vahşi bir şekilde saldırmaktadır.

Bu saldırıların yanı sıra askeri cunta "Wujek" kömür ocağındaki işgal eylemine vahşi bir şekilde saldırarak sona erdirdi. Bu saldırının ardından resmi olarak açıklandığına göre saldırıda 8 işçi katledildi. Ancak



AÇLIK GREVİ

Dayanışma Komitesi'nin beş üyesi bir kaç gün süren açlık grevi yaptı. Onlar bu eylemleri ile Batı Almanya ve Batı Berlin'de, DDR'deki tutuklu komünistlerin serbest bırakılması için toplanan imzaları Doğu Alman makamlarının almalarını sağlamak istiyorlardı. Batı Berlin'de açlık grevini yapan komitenin beş üyesi eylemleri ile amaçlarına ulaşamamış olsalar bile, DDR'deki tutuklamalar üzerine geniş bir şekilde kamuoyunu aydınlatabildiler. Eylemin yapıldığı dönemde Berlin'de yayınlanan gazeteler eylem ve amacı üzerine haber vermek zorunda kaldılar.

ÖTV grev hazırlığı yapıyor

STUTTGART. — ÖTV'lu işçi ve emekçi arkadaşların güçlerini ispatlayacakları zaman giderek yaklaşmaktadır. Çünkü 1 Mart'tan itibaren hükümet kamu işletmelerinde maaşları yüzde bir oranında kısıtlamaya gidecek. Bonn Hükümeti'nin kamu işletmelerinde çalışan emekçiler üzerine yaptığı bu planı boşa çıkartmalıyız. Bunun için şimdiden sendikal mücadele eylemlerinin örgütlenmesine girişilmelidir!

Ücretlerin ve maaşların talan edilmesi politikasına karşı tüm sendikal güç harekete geçirilmelidir. Çünkü patronlar ve Bonn'daki politikacılar avazlarının çıktığı kadar bir taraftan grevi lanetlemeye çalışırken, öte yandan maaşların düşürülmesinin haklı olduğunu söylemektedirler. Bundan ötürü ÖTV'lu işçi ve emekçi arkadaşlar patronların ve Bonn Hükümeti'nin maaşları kısıtlama adımıyla karşı hareket geçerek, haklarını savunmaları için greve gitmelidirler. Gelişmeler geniş çaplı bir greve gidilmeksizin hükümetin maaşları kısıtlamada geri adım atmayacağını açık bir şekilde göstermektedir.

Öte yandan ÖTV'nun Stutt-

gart'taki merkezinden grev hazırlığı yapıldığı açıklandı. ÖTV Başkanı Klunckner'in kendisi ise buna ilişkin yaptığı bir açıklamada, "eğer patronlar geri adım atmazlarsa, o zaman biz sert bir şekilde mücadele etmeliyiz" dedi. DAG (Alman Müstahdemler Sendikası) ve Memurlar Birliği (Beamtenbund) Sendika patronları ise kamu işletmelerinde maaşların kısıtlanmasına karşı ÖTV tarafından ileri sürülen grev talebine yönelik açıkça tavır belirlediler. Onlar bir taraftan greve karşı çıkarken, öte yandan maaşların kısıtlanmasının haklı olduğunu ispatlamaya çalışmakta ve ÖTV sendikasının memurlara tanınmasını istediği grev hakkını reddetmekte. Öte yandan ÖTV'nun Stutt-

ÖTV'lu işçi ve emekçi arkadaşları, tüm işçiler ve emekçiler için büyük bir öneme sahip olan bir mücadele beklemektedir. Bu mücadelenin gelişimi aynı zamanda toplu sözleşme anlaşmalarını da etkileyecektir. Bu nedenle ÖTV'lu işçi ve emekçilerin mücadelesi diğer sendikaların üyesi işçi arkadaşlarında yoğun bir desteğiyle başarıya ulaşacaktır.

Bunun yanı sıra sendikacılar gerçek ücretlerin güvence altına alınması talebini ileri sürdüklerinde patronlar ve politikacılar bunun "sorumsluluk" olduğunu ilan etmekte. Hayır Baylar! Sorumsuzluk bu değildir. Eğer patronların ve politikacıların işçi ve emekçilerin yaşam koşullarının daha ağırlaştırılması için başlattıkları saldırılara karşı sessiz kalırsa ancak bu bir sorumsuzluktur.

Kamu işletmelerinde çalışan emekçiler özel kurbanlar olarak seçilemez.

Ücretlerin düşürülmesine ve dondurulmasına karşı grev!

(„Streikvorbereitungen bei der ÖTV“)

değişen ağır cezalar verilmektedir.

Diğer yandan cunta gıda maddelerinin fiyatlarını yükselteceğini açıkladı. Cuntanın bu adımı hiç bir şekilde Polonya

halkının cuntaya bağlanmasına hizmet etmeyecek, aksine halkın kinini daha da bileyecektir.

(„Jaruzelsky will Normalisierung vorspiegeln“)



Polonya revizyonistleri Varşova sokaklarına panzerleri yerleştirmekle işçilerin mücadelesini bastırabileceklerini ummaktadırlar.

HAFTANIN YORUMU

Bonn'daki politikacılar, partiler ve hükümet bir çığı gibi büyüyen ve korkunç sonuçlara yol açabilecek gençliğin işsizlik sorununa gerçek bir çözüm bulmaktan ziyade bu duruma seyirci kalmaktalar. Sayıları giderek artan binlerce genç daha bir meslek hayatına atılmadan, bir meslek eğitimi görmeden ve geleceğini garantileme imkanı bulamadan geleceği karanlık olan bir ortamın içinde bulunmaktadır.

Hükümet ve eyalet yönetimleri gençliğin artan işsizlik sorununa bir çözüm bulmak ve onların geleceğini garantilemek yerine var olan haklarını kısıtlama yönünde adım atmaktalar. Örneğin 1 Ocak'ta yürürlüğe giren yeni "mesleki eğitim" kanununda; patronlar işçi gençliğin mesleki öğrenimi için eğitim alanlarının yaratılmasından muaf tutulmaktadır. Eski "mesleki eğitim" kanununda yeterli çıraklık yeri patronlar tarafından teklif edilmediği takdirde, onlar belirli bir ödentiye ödemekle yükümlü tutulmaktaydılar. Ancak yeni çıkarılan mesleki eğitim kanunu ile buda ortadan kaldırıldı. Böylece patronlar bundan sonra istediği gibi daha da keyfi bir şekilde davranabilecekler. Sorunu özetleyecek olursak, işçi gençliğin koşulları düzelmek yerine daha kötüleşmektedir.

Gençliğin işsizlik sorununa karşı mücadele

Kapitalistler kasaya çağırılmalıdır!

İşçi gençliğin içinde bulunduğu bu duruma bir son verilmeli, onların geleceğini garantileyecek çeşitli önlemler alınmalıdır! Genelinde işsizliğin, özellikle de işsiz gençlerin sayısının fazla artmasına izin verilmemeli, işsiz olanlar için mesleki eğitim alanları yaratılmalıdır.

Ancak şu nokta açık olmalıdır ki, işsizlikten etkilenen kesimler kendileri mücadeleye atılmaksızın hiç bir şey kendiliğinden değişmez, hiç bir kimse onlar için olumlu yönde önlemler almaz! Eğer işsizlikten etkilenen kesimler kendileri mücadeleye atılırlarsa ancak kendileri bu durumda bir şey değiştirebilirler. Öte yandan bu mücadele, hem işsizler hem de şu an çalışan işçi ve emekçiler tarafından birlikte ve dayanışmacı bir temelde sürdürülmelidir.

Fakat işsizliğin önlenmesi yönünde sürdürülecek mücadele sendikalar tarafından örgütlenmeli ve tüm işçi ve emekçiler bu mücadeleye seferber edilmelidir. Bu mücadelede işçi gençliğe de büyük görevler düşmektedir. İşçi gençlik karanlık geleceğini aydınlığa kavuşturmak ve yaşamını garanti altına almak için mücadeleye atılmalıdır. O, bu amaca ulaşmak için kapitalistlere ve hükümete karşı harekete geçmeli, protestosunu yükseltmeli, yaratıcı bir şekilde çeşitli eylem biçimleri ile kendisini savunmaya hazır olduğunu ve kendisine yönelik saldırıları müdaresiz kabul etmeyeceğini göstermelidir!

Bu noktada işçi gençliğin özel bir bölümünü oluşturan yabancı gençliğe de görevler düşmektedir. Onlar da bu mücadelede Alman işçi gençliğinin yanında omuz omuza yer almalı ve mücadeleye atılmalıdır.

Yerli ve yabancı işçi gençliğin birlikte sürdüreceği bu mücadelede bugün şu talepler birinci rolü oynamalıdır:

- ★ Zenginler buhranın faturasını ödemelidirler! Hükümet çıraklık yerleri için yapılan tekliflerin sayılarını yükseltmesini sağlamak yönünde kapitalistleri kasaya çağırılmalıdır. Yeterli iş ve çıraklık yerlerinin sağlanması için kanuni tedbirler alınmalıdır!
- ★ Herkes için kaliteli bir eğitim! Yabancı gençlere ve kızlara eşit imkanlar tanınmalıdır!
- ★ Tüm çıraklar öğrendikleri meslek dalında garantili ve süresiz bir şekilde işe alınmalıdırlar!
- ★ Çıraklara yaşamlarını garantileyecek yeterli bir ücret verilmelidir.
- ★ Her işsiz genç işsizlik süresi boyunca işsizlik parası almalıdır.
- ★ Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası!

(„Kampf der Jugendarbeitslosigkeit“)

İşsiz gençlerin sayısı giderek artmaktadır

F. Almanya'da 500 bine yakın işsiz genç var

Resmi olarak açıklananlara göre şu an Federal Almanya'da 140 000 gencin işsiz olduğu kaydedildi. Ancak bu sayı bir yandan işsiz gençlerin gerçek rakamını dile getirmekten, öte yandan işsiz gençlerin sayısının bu kadar olarak açıklanması bile korkunçtur. Ayrıca gerçek olarak işsiz gençlerin sayısı şu an yarım milyonu bulmaktadır ki, bu rakamın 1982 yılı içerisinde örneği görülmemiş bir şekilde daha da artacağı beklenilmektedir.

Resmi olarak açıklanan istatistikte bile—ki verilen rakam doğru olmasa dahi—esas olarak işsizlikte yoğun bir şekilde gençlerin etkilendiği örtbas edilememektedir. Federal Çalışma Dairesi'nin yaptığı bir açıklamaya göre 25 yaşına kadar olan gençlerde işsizlik oranı 1981 yılında yüzde 67 bir artış göstermiştir. Bu oranı diğer yaş grupları ile karşılaştırarak olursak en yüksek işsizlik artışı gençlerde görülmektedir.

Gençler arasında baş gösteren işsizlikte, özellikle 20 yaşından küçük yabancı gençler daha ağır bir şekilde etkilenmektedir. Örneğin yabancı gençler arasında işsizlik oranı yüzde 115 bir artış göstermiştir. Yabancı gençlere kıyasla 20 yaşından küçük olan Alman gençlerinde ise bu oran yüzde 59 civarında bir artış göstermiştir.

Gençlik üzerine yukarıda açıkladığımız sayılar bile, kapitalizmin insancıl olmayan bir sistem olduğunu ve gençliğin geleceğini köreltiğinin en açık bir göstergesidir.

Burjuva istatistikçilerinin yaptığı bir açıklamaya göre Federal Almanya ve Batı Berlin çapında toplam 140 000 genç işsiz bulunmaktadır. Ancak buna karşılık DGB'nin yaptığı bir araştırma ise resmi olarak işsiz kayıtlarına geçirilmemiş gençlerin sayısı ise üstte açıklanan rakamın üç katının da üzerindedir.

Resmi açıklanan ve kara liste de bulunan işsiz gençlerin sayısına 25 yaşına kadar olan genç işsizleri de ekleyecek olursak, böylece şu an toplam olarak 530 000 işsiz genç bulunmaktadır.

Fakat diğer yandan toplam işsiz gençlerin büyük çoğunluğunu ise yıllardan beri burada çalışan yabancı işçi ailelerinin çocukları oluşturmaktadır. Ayrıca bunlar arasında ise en yüksek işsiz sayısını genç kızlar oluşturmaktadır.

Bonn'daki politikacılar ve eyalet yönetimleri sözde çeşitli "mesleğe hazırlama" kursları

açarak ve çeşitli iş bulma metodları uygulayarak, bu tür göstermelik kurs vs. metodlarla gençliğin kitlesel işsizlik sorununu örtbas etmeye çalışmaktalar. Ancak gerçek durum kesinlikle, Bonn'daki Bayların ve eyalet yönetimlerinin işsiz gençlere bir staj yeri bulma, onları gerçekten bir mesleğe hazırlama amacını gütmediklerini gün gibi ortaya koymaktadır. Çünkü bu göstermelik kursları bitiren gençler bir taraftan bu kurslarda pek az şey öğrenirken, öte yandan ise kurs bittikten sonra bir meslek hayatına atılamamaktadırlar. Eğer politikacılar gerçekten işçi gençliğe bir iş ve staj yeri garantilemeyi amaçlasalar, iş ve staj yerlerinin sayısını yükseltirler. Ancak onlar böyle bir şeyi istemiyorlar. Çünkü gerçekten işçi gençliğe iş veya staj yeri garantilemeyi kendilerine amaç edinseler, gençliğin işsiz kalmasını önlemek için siyasi ve kanuni adımlar bu yönde atmaları gerekir. Ama onlar böyle bir adımı asla kendiliğinden atmayacaklardır. Çünkü aksi takdirde temsilcileri oldukları patronların çıkarlarına aykırı davranacaklardır, ki bunu da istemiyorlar.

Bonn'daki politikacılar bir taraftan gençliğin işsiz kalmasını önlemek için gerçek bir çözüm bulmaz ve bu yönde çeşitli göstermelik adımlar atarken, öte yandan ise bu adımlarına paralel olarak halkta çeşitli ön yargıları geliştirmek ve işsiz kalmalarının sorumlusu olarak gençliğin kendisini göstermek için, bugünkü gençliğin "tembel, işe yaramaz, işten kaçan unsurlardan" oluştuğunu söylemekle. Ve onlar bu sahte ve kendi gerçek yüzlerini gizlemeye hizmet edecek yukarıdaki adımlarına bir de küstahca bugünkü gençliğin sözde "refah toplumumuzla" uyum sağlayamadığını ve onların "durumlarının henüz iyi olduğu" sahte iddialarını eklemekteler.

Batı Alman hakim sınıflarının Bonn'daki temsilcileri bu girişimleri ve propagandaları aracılığıyla yaşlı ve gençleri birbirine düşürmek, onların işsizliğe

karşı gelişen ortaklaşa mücadelelerini önlemek ve ayrıca hakları için isyan eden gençliğe acımasızca ve en vahşi bir şekilde saldırmak için siyasi bir ortam yaratmak istiyorlar.

Mesleki eğitimin korkunç bilançosu:

Çıraklık yerlerinin sayısı giderek azalmaktadır

BONN. — Geçen yıl içerisinde çıraklık yerlerinin sayısı giderek daha da azaldı. Patronlar ve Bonn'daki politikacılar basında bilinçli bir şekilde çıraklık yerlerinin sayılarının fazla olduğunu abartarak öne sürdüler ki, gelişmeler bunun sahte bir öne sürüş olduğunu açığa çıkardı. 1980'e kıyasla 1981 yılının 21 Aralığı'na kadar yapılan çıraklık anlaşmalarında 65 000, yani yüzde 9,7 bir düşüş kaydedildi. Diğer yandan Bonn Hükümeti şimdiye kadar işçi gençliğin bu sorununu çözmek için hiç bir gerçek önlem almadı.

Federal Eğitim Bakanı Björn Engholm çıraklık için teklif edilen iş yerlerinin sayısının oldukça az olduğunu yaptığı bir açıklamaya kabul etmek zorunda kaldı. O, bu durumun "düşündürücü ve alarm sinyali veren" bir durum olarak niteledi.

Öte yandan henüz resmi olarak hesaplanmamış ve sadece yaklaşık olarak belirtilen istatistige göre beş eyalette ve Batı Berlin'de ihtiyaca karşılık çıraklık yerleri tekliflerinin oldukça az olduğu kaydedildi. Örneğin 1980 yılına kıyasla 1981 yılında çeşitli eyaletlerde istatistige göre istatistikte verilen rakamlar gerçek çıraklık yerlerinin sayısını dile getirmemektedir, ancak buna rağmen 1981 yılında istatistikçiler bile 1980 yılında artı olarak gösterdikleri eyaletlerdeki çıraklık tekliflerini eksi olarak vermekteler—ihtiyaç duyulan çıraklık yerlerine karşılık teklif edilen çıraklık yerlerinin oranı şöyledir; Bremen'de ihtiyaca karşılık yüzde -3,0 (1980 yılında ise eksi yüzde 1,1), Hamburg'ta ihtiyaca karşılık yapılan teklif eksi yüzde 2,1 (1980 yılında eksi yüzde 1,1), Schleswig-Holstein'da ihtiyaca karşılık eksi yüzde 1,2 (1980

Bonn'daki politikacılar bir taraftan bu adımları atarken, diğer yandan ise yerli ve yabancı gençliğin birliğini bölme ve böylece düzene karşı gelişebilecek muhtemel bir mücadelelerini önlemek istiyorlar. Kısaca ele alacak olursak, genel olarak kapitalizm özel olarak ise Batı Alman devleti gençliğin geleceğini karanlıklaştırmakta, ona umutlu bir gelecek tanınamaktadır. („Mehr als eine halbe Million Jugendliche ohne Arbeit“)

yılında artı yüzde 2,9), Rheinland-Pfalz'da ihtiyaca karşılık eksi yüzde 1,0 (1980 yılında artı yüzde 1,4), Hessen'de ise ihtiyaca karşılık eksi yüzde 0,3 (1980 yılında artı yüzde 2,4) çıraklık yeri teklif edilmekteydi.

Toplam 142 İş ve İşçi Bulma Kurumu'ndan 48'i çıraklık yeri teklifinde bir açıklığın olduğunu kaydetti ki, buna karşılık 1980 yılında ise sadece 20 bölgede İş ve İşçi Bulma Kurumu (Arbeitsamt) çıraklık yerleri teklifinin az olduğunu kaydetmişti. Öte yandan Bonn Hükümeti ise işsiz gençlerin gerçek rakamını örtbas eden bir çıraklık yerleri raporunu yayınladı ki, bu rapora göre 1981 yılında yapılan çıraklık sözleşmelerinde sadece 130 000 düşüş kaydedilmektedir. Fakat şimdi açıklanan bu sayıya karşılık çıraklık sözleşmelerinde gerçek düşüş rakamı üstte açıklananın dört ile beş katı üzerindedir.

İçinde bulunduğumuz bu yılda ise gençlerde baş gösteren işsizlik şimdiye kadar eşi görülmemiş bir şekilde daha fazla bir artış gösterecektir.

(„Fast zehn Prozent weniger Lehrverträge abgeschlossen“)

DOST OKURLAR !

“Kızıl Safak” Yazı Kurulu, gerek ülke içerisinde gerekse ülke dışından bize gönderilen yeni yıl tebriklerinden dolayı sizlere içten teşekkürlerini bildirir. Gönderdiğiniz yeni yıl tebriklerinizde çalışmalarımızın övülmesi bizi gururlandırmakta, yeni yılda gazetemizin içeriğini düzeltme yönünde ve görevlerimizi daha da ciddi bir şekilde yerine getirmede bizi teşvik etmektedir.

Ayrıca geçen yıl içerisinde siz okuyucularımızdan aldığımız eleştiriler, öneriler, haber, okuyucu mektubu vs. den dolayı sizlere teşekkürlerimizi bildiririz. Siz okuyuculardan aldığımız gerek eleştirici, gerekse öneri ve haber temelinde olan yazılar gazetemize daha da canlılık kazandırmaktadır.

Ancak şimdi yeni yıla girerken bunu daha da yoğunlaştırmalıyız. Çünkü böylece gazetemizin daha da canlı olması ve güncel olayları içermesini sağlamış oluruz. Bunun için sizden gelecekte gazetemize iş yerlerinizde, şehirde oturduğunuz semtlerde karşılaştığınız her olayı, sorunları, gelişmeleri bildirmenizi istiyoruz. Ayrıca şimdiye kadar olduğundan daha yoğun bir şekilde gazete de çıkan yazılar üzerine görüşlerinizi, gazetenin sokakta satımında, arkadaşlarınıza verdiğinizde ve işyerilerinizde dağıtımını yaptığınızda hangi sorunlarla karşılaştığınızı ve bu sorunları nasıl çözdüğünüzü bize bildirmezsin, gazetemizin hem içerik, hem de biçim olarak daha da düzeltilmesine hizmet edecektir.

Yeri gelmişken şunu da bir kez daha belirtelim. Gazetemiz yeni yılda bir gün sonra yani salı günü baskıya verilmektedir. Bunun için hafta sonu bulunduğunuz yörelerde gelişen olayları telefon ederek veya yazı yazarak gazetemize bildirirseniz, böylece haberin güncelliğini yitirmeden gazetede hemen yayınlanmasını sağlamış oluruz. Mücadeleci selamlarla...

“Kızıl Safak” Yazı Kurulunuz

(„Lieber Leser und Freunde des Roten Morgens!“)

KISA...KISA...KISA...KISA

IGM anketinin iş yerinde dağıtılması yasaklandı

ESSEN. — Friedrich Krupp GmbH tekel yönetimi 17 Aralık 1981'de IG Metall Essen şubesine telefon ederek, IG Metall'in "kadınlar ikinci sınıf insan değildir!" anketini yasakladığını açıkladı. Kadın işçi arkadaşların iş hayatında aşağılanmasına

karşı eşit hakların elde edilmesi için kadın işçi arkadaşların mücadele bilincini yükseltmeye hizmet eden bu eylem şimdiye kadar Essen'de 11 iş yerinde güçlü bir şekilde gerçekleştirildi. („Krupp-Konzern IGM Fragebogenaktion verboten“)

Üç sendika temsilcisine çıkış vermek istiyorlar

LEVERKUSEN. — Büyük bir mağaza tekelci olan Kaufhof'un patronları, Leverkusen'de aktif bir şekilde işçilerin çıkarlarını savunan iki kadın işçi temsilcisine ve bir gençlik temsilcisine süresiz çıkış vermeye çalışıyorlar. İşçi Temsilciliği patronun bu üç arkadaş hakkında verdiği çıkışı reddetti. Bunun üzerine

Kaufhof patronu harekete geçerek işçi temsilciliği üyesi üç bayan arkadaş hakkında Leverkusen İş Mahkemesi'ne süresiz çıkış verilmesi için dilekçe verdi. Öte yandan patronun bu saldırısına karşı HBV Sendikası Leverkusen'deki Kaufhof'un önünde bir protesto mitingi düzenledi. Mitingte taşınan

pankartlarla, işçi arkadaşlar "işçi temsilcilerine verilen çıkışların geri alınmasını" talep etmekte ve "onlarla dayanışmaya girmeye" çağrı yapmaktaydılar.

Bir işçi temsilcisine süresiz çıkış verildi

FRANKFURT. — Noel tatilinden iki gün önce Frankfurt'taki Hoechst kimya işletme idaresi, işyeri işçi temsilcilişi üyesi Hans Werner Kraus; genç sendikacı ve çırak olan Bernd Reisig'e süresiz çıkış verdi. İşyeri işçi temsilciliğinin çoğunluğunu oluşturan gerici işçi temsilcileri, patronun iki işçi arkadaş hakkında verdiği kararı onayladılar. Patron, işyeri işçi temsilciliği üyesi Krause hakkında SPD'nin bir toplantısında şu açıklamayı yaptığını ileri sürmektedir: "Ben, çevremizdeki havanın zehirli gazlarla bozulmasını gerçekleştirmek i-

Mitingte ayrıca yoğun bir şekilde Kaufhof'ta alışveriş yapan müşterilere ve yoldan geçenlere bildiri dağıtıldı.

çin senelerden beri Hessen Hükümeti'ne şantaj yapan bir firmada çalışmaktayım". Çıragın çıkışına gerekçe olarak da, patron, "onun grup çalışması için kabiliyetsiz birisi" olduğunu ve "eğitimcilerle karşı sert bir tonla konuştuğunu" göstermektedir. Çırak çıkışının arkasında yatan gerçek nedenleri ortaya koymak için iş yerinde dağıtılmaya çalıştığı bir bildiriden dolayı fabrika bekçileri tarafından dövüldü. Bu dövülme eyleminde beyin sarsıntısı geçiren çırak hastaneye götürüldü.

1982 yılına girerken...

Yabancı düşmanlığına karşı ortaklaşa mücadeleyi daha da yükseltelim!

Yeni yıla girerken önümüzdeki görevler daha da artmaktadır. Bu görevlerin ağırlık noktasını çığınca silahlanmaya ve savaşa karşı barışın korunması için sürdürülecek mücadelenin yanı sıra yabancı düşmanlığına karşı sürdürülecek mücadele oluşturmaktadır. Gazetemizin geçen yılda çıkan sayılarında da ele aldığımız gibi, Federal Almanya'daki tüm eyaletler ve Batı Berlin biz yabancı işçi ve emekçilerin, özellikle de Türkiyelilerin aile bütünlüğünü bölen, zaten kısmi olan bir takım demokratik hakları ortadan kaldıran kararlar aldılar. Bonn Hükümeti ve eyalet yönetimleri tarafından alınan kararların uygulanmasına şimdiden girişildi. Ayrıca bir taraftan yabancı işçi ve ailelerine karşı yoğun saldırılar sürdürülürken, öte yandan da Türkiye gibi faşist diktatörlükler tarafından yönetilen ülkelerden gelen siyasi ilticacılar için iltica hakkının tamamen ortadan kaldırılması için çeşitli önlemler alınmaktadır.

Kısacası; geçen yıl hükümet ve eyaletler tarafından yoğun bir şekilde başlatılan yabancı düşmanlığı, buhranın derinleşmesi, işsizliğin artması ile daha da yoğun bir şekilde sürdürülecektir. Daha bu günden yabancı düşmanlığı Batı Alman emperyalist devleti ve onun Bonn'daki temsilcileri tarafın-

dan yoğun bir şekilde körüklenmektedir. Resmi Hükümet politikası haline getirilmeye çalışılan yabancı düşmanlığına karşı Almanlarla ve diğer yabancı işçi ve emekçilerle birlikte ortaklaşa mücadeleyi yükseltmek ve alınan kararları geri püskürtmezsek, böylece biz yabancı işçi ve emekçilere karşı saldırılar

insanlık dışı kararların ardından Alman nazi-faşistleri örgüt, parti ve çeteleri tekrardan canlanarak, yabancılara, özellikle de biz Türkiyelilere karşı düşmanlıklarını fiili saldırılara verdirdiler bile. Faşizme ortam yaratmak için yabancı düşmanlığı ve ırkçılığı körükleyen faşistler Bonn Hükümeti'nin ve



"Biz ikinci sınıf insan değiliz!"

giderek da yoğunlaşacaktır. Öte yandan Bonn Hükümeti'nin ve eyalet yönetimlerinin biz yabancı işçi ve emekçilere yönelik başlattıkları saldırılar ve aldıkları insanlık dışı kararlar, neofaşist örgütlere de yabancılara saldırımları için legal bir ortam yaratmakta ve onların eline yasal bir imkan vermektedir. Örneğin Bonn Hükümeti'nin ve eyalet yönetimlerinin yabancılara karşı aldıkları bu

eyalet yönetimlerinin yaptığı açıklamalardan sonra yabancılara karşı daha yoğun bir şekilde fiili saldırılara girişeceklerdir. Onlar bugün yabancılara karşı fiili saldırılarının yanı sıra kışkırtmalarını faşist "National Zeitung" aracılığıyla sürdürmektedirler. Bunun yanı sıra 1980 yılındaki Federal Parlamento seçimleri döneminde kurulan "Bürgerinitiative Ausländerstopp" adlı faşist inisiyatif aracılığıyla da yabancılara karşı kışkırtma yapmakta, faşist ve ırkçı düşüncelerle Almanlarda yabancılara karşı düşmanlığı körüklemeye çalışmaktadırlar.

Şimdi ise Bonn Hükümeti'nin ve eyalet yönetimlerinin yabancılara karşı aldıkları kararların ardından faşist örgütler de tekrardan canlanarak çeşitli isimler altında yöresel faşist inisiyatifler kurmaktadır. Yeni kurulan bu bölgesel faşist inisi-

yatifler önümüzdeki dönemde yapılacak olan belediye seçimlerinde, yabancı düşmanlığını bir seçim malzemesi olarak kullanırken, aynı zamanda Alman halkında yabancılara karşı yoğun bir düşmanlığı geliştirecek, seçimlerden sonra da yabancılara karşı daha da sert önlemlerin alınmasını sağlamaya yelteneceklerdir.

Faşistlerin son dönemlerde daha yoğun bir şekilde çeşitli isimler altında kurdukları inisiyatiflerin biri de "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" adlı faşist inisiyatifidir. Bu faşist inisiyatifin kurulmasının ardından Kiel'de KPD'li yoldaşlar bize bu faşist inisiyatifin programını gönderdiler. Bu faşist inisiyatif çeşitli kılıflara bürünmesine rağmen, programı okunduğunda ilham kaynağının faşist Hitler olduğu çok daha kolay bir şekilde anlaşılmaktadır.

Kendisini "Kielli Alman vatandaşlarının bir koruma birliği" olarak tanıtan bu faşist seçmenler birliğinin programında şunlar yer almaktadır: "Kiel bir Alman şehridir ve Schleswig-Holstein Eyaleti'nin başkenti olarak merkezi bir öneme sahiptir. Sayıları giderek artan yabancılardan Kiel'e kesin olarak yerleşmeleri, Kiel'in Alman karakterini her dönem için değiştirecektir. Böylece Kiel yabancı nüfus için bir oturma bölgesi haline çevrilmeye olacaktır. Öte yandan ise Kielliler için yabancı bir şehir olacaktır."

Bu faşist inisiyatifin programında formüle ettiği yukarıdaki düşünceler, şimdiye kadar Bonn Hükümeti'nin ve çeşitli eyaletlerin aldıkları yabancı düşmanı kararların daha da sert bir şekilde ifade edilmiştir.

Bu görüşler böylece faşistlerin gelecekte ne gibi bir siyasi hat izleyeceklerini göstermektedir. Öte yandan inisiyatifin programında "yabancılardan her türlü haklarının ellerinden alınması ve burada çalışan yabancılardan eş ve çocuklarını yanlarına getirmelerinin yasaklanması, iltica hakkının tamamen ortadan kaldırılması" yönünde düşünceler de yer almaktadır.

Almanya'nın çeşitli eyaletle-

rinde kurulan veya kurulma safhasında olan inisiyatifler, eğer her şey rayında yürürse, böylece devletin koruyuculuğu ve onun maddi desteği ile biz yabancılara karşı daha da yoğun bir şekilde kışkırtmaya girişilecek, Alman ve yabancı işçi ve emekçiler arasında düşmanlığı körükleyeceklerdir.

Bundan dolayı bu tür faşist inisiyatiflerin faaliyetlerinin yasaklanması için her türlü imkan araştırılmalıdır. Kielli anti-faşistler bu yönde harekete geçerek bu tür bir inisiyatifi yasaklamanın hukuki bir yanının olup olmadığını araştır-maktalar. Fakat diğer yandan şu nokta açık olmalıdır. Bu faşist kışkırtmacıların her türlü girişimleri anti-faşistlerin karar-

lı direnişleri ile geri püskürtülecektir. Bu nedenle yabancı, özellikle de Türkiyeliler anit-faşistler Alman anti-faşistleri birlikte mücadeleyi yükseltmelidirler. Yeni yıla girerken, yabancılara karşı gerek Bonn Hükümeti ve eyalet yönetimleri tarafından alınan kararların geri alınmasını sağlamak, gerekse faşistlerin biz yabancılara karşı kışkırtmalarını boşa çıkartmak için Alman ilericileri, anti-faşist ve demokratlarını da ortaklaşa mücadeleye seferber ederek, 1982 yılının yabancı düşmanlığına karşı se-simizi yükselttiğimiz, yabancı düşmanlığına boşa çıkaracağımız bir yıl olmasını sağlayalım! Haydi, böyleyse iş başına! („Der Ausländerfeindlichkeit entgegentreten")

Volksfront 2. Kongresini yapacak

Ocak ayının sonunda, gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı kurulan Halk Cephesi (Volksfront) 2. Kongresini yapacak.

Bu günlerde Federal Almanya'nın bir çok bölgesinde 1979 yılının sonbaharında kurulan Halk Cephesi'nin şimdiye kadar elde ettiği tecrübeler üzerine yoğun bir şekilde tartışılmakta ve Kongre için eleştiri, öneri dilekçeleri hazırlanmaktadır. Ocak ayının sonunda yapılacak bu Kongre için Federal Almanya çapında şimdiden çeşitli eyaletlerde delegeler seçilmektedir.

Ocak ayı sonunda bir araya gelecek delegeler, Halk Cephesi'nin kuruluşundan bu yana edindiği tecrübeler üzerine duracak, gelecek çalışmanın ağırlık noktalarını belirleyecek ve yeni Merkez Yönetim Kurulu'nu seçeceklerdir.

Halk Cephesi'nin kısa bir zamanlık mücadele tarihi, üye sayısı henüz az olmasına ve devlet tarafından yoğun ve sayısızca saldırılara—örneğin 1980 seçimi döneminde olduğu gibi—uğramasına rağmen, bu iki yıllık bir dönem içerisinde Federal Almanya'da en önemli anti-faşist bir kitle örgütü olduğunu ispatladı.

Hiç bir partiye örgütsel olarak bağımlı olmayan, anti-faşist bir kitlesel örgüt olan Halk Cephesi, daha şimdiden geniş yığınları emekçilerin çatısı altında barındırmaya yönelmekte ve halkın gerçek bir cephesinden beklenebilecek önemli bir çok görevi yerine getirmektedir.

Halk Cephesi iki yıllık gibi kısa bir mücadele sürecinde sadece sınırlı inisiyatiflerde yer almadı veya mücadelesini sadece günlük mücadeleyle sınırlamadı. O aynı zamanda dünya görüşlerinden ve üyesi bulundukları partilerden bağımsız olarak tüm anti-faşistleri ve savaş karşıtlarını çatısı altında örgütlemeye koyuldu.

Halk Cephesi sürdürdüğü faaliyeti ile, toplumsal gelişme ve sınıf çatışmaları tarafından belirlenen önemli bir görevi yerine getirmektedir. Bu noktayı, yani savaş tehlikesinin arttığı, demokratik hakların kısıtlandığı, faşist ve gerici kanunların çıkarıldığı şu dönemde Halk Cephesi'nin F. J. Strauss gibi gerici liderin yoğun bir şekilde saldırısına uğraması, onun yüklendiği bu görevin önemi olarak açıklayabiliriz.

Halk Cephesi iki yıllık mücadele döneminde ayrıca dünya görüşleri ne olursa olsun, hangi partiye üye olurlarsa olsun, tüm bunlardan bağımsız olarak yabancı anti-faşistleri, özellikle de Türkiyeliler anti-faşistleri çatısı altında örgütlemeye, onlarla birlikte yabancı düşmanlığına ve gericiliğin tüm saldırılarına karşı ortaklaşa mücadele sürdürmeye yöneldi.

Partimiz KPD şimdiye kadar olduğu gibi gelecekte de Halk Cephesi'nin faaliyetlerini destekleyecektir. Bu nedenle 2. Kongresi dolayısıyla Halk Cephesi'ne büyük başarılar dileriz.

Önümüzdeki sayılarda detaylı bir şekilde Halk Cephesi'nin kongre hazırlığı ve konferansın gelişimi ve sonuçları üzerine de yazılar yayınlayacağız.

(„Volksfront-Bundeskongress")

Batı'nın sanayii ülkelerinde işsizlik alabildiğince artmaktadır

1981 yılında AET'de 10 milyona yakın işsiz kaydedildi

İşsizlik sayısı kapitalizmin derinleşen buhranı ile birlikte tüm kapitalist ve revizyonist ülkelerde giderek artmaktadır. Yaklaşık 10 milyona yakın işsiz sadece Ortak Pazar ülkelerinde bulunmaktadır. 9 milyon emekçi ABD'de işsizdir. 7 milyonu aşkın işsiz Batı'nın diğer kapitalist ülkelerinde bulunmaktadır. Bunun yanı sıra 5 milyon yoksul insan İngiltere'de açlık ve sefalet içerisinde yaşamaktadır. Ve ayrıca ABD'de ise evsizlik sorunu kitlesel bir sorun olarak gündemde bulunmaktadır. İşte 1981 yılı sonunda kapitalist ülkelerin gerçek yüzü budur.

İngiltere'de olduğu gibi, ABD'de Friedman'ın "yeni ekonomik politikası" ekonomideki korkunç sonuçlarını daha şimdiden gösterdi. Derinleşen buhranla birlikte yüzlerce işçiye çıkış verildi.

Bugün ABD'de derinleşen buhrandan, artan işsizlikten, özellikle de siyah derili halk yoğun bir şekilde etkilenmektedir. Siyah gençlerden her yüz kişiden 17'si işsizdir. İşsizlik oranı 20 yaşından küçük gençlerde daha da yüksektir. Örneğin her yüz gençten 22'si işsizdir. Siyah derili gençler konusunda ise hiç bir resmi rakam bulunmamaktadır.

Öte yanda beyazlardan olan kalifiyeli işsiz işçilerin sayısı yüzde 7,2 oranındadır. Halen İngiltere'de artan işsizlikten ve yoksulluktan dolayı halk kaloriger parası bile ödeyemediğinden evinde soğuktan donmaktadır. Örneğin geçtiğimiz aralık ayında bir çok insan soğuktan evinde dondu.

Ayrıca İngiliz emperyalistlerinin temsilcileri buhranın fatürasını halka ödetmek için şimdiye kadar ödenen sosyal yardımları yüzde üç oranında kısıtladı. Böylece onlar yüzlerce sosyal yardım alan insanı daha da büyük bir yoksulluğun içerisinde itmektedir. Güney İtalya ve İrlanda'dan sonra Ortak Pazar

ülkesi olan İngiltere'de de bugün kitlesel yoksulluk baş gösterdini bir İngiliz Sosyal Kuruluşunun sözcüsü belirtti.

İngiltere'nin yanı sıra diğer Ortak Pazar ülkelerinde de işsizlik giderek artmaktadır. Örneğin Danimarka ve Belçika'da da işsizlerin sayısı son dönemlerde yoğun bir şekilde artmakta yoksullar ise hazırlanan tasarruf programları ile daha büyük bir sefaletin içerisinde itilmektedir.

Kapitalizmin gerek Doğu Bloku, gerekse de Batı'nın gelişmiş sanayii ülkelerinde derinleşen buhranı, onun işsizliği ve yoksulluğu ortadan kaldırmayacağına açık bir göstergesidir. Derinleşen krizin etkisi özellikle emperyalizme bağımlı yarı-sömürge, yarı-feodal ülkelerde daha açık bir şekilde ortaya çıkmaktadır. Gelişmiş sanayii ülkelere nazaran emperyalist sistemin içine girdiği buhranın boyutları daha derin bir şekilde bu ülkelerde hissedilmektedir.

Artan işsizliğe, kitlelerin daha da yoksullaşmasına karşı çok yönlü bir direniş sürdürülmezse, giderek daha da derinleşen buhranın emekçi halk üzerindeki korkunç etkisi azaltılamaz.

(„Fast zehn Millionen Menschen ohne Arbeit—EG 1981")

Nürnberg'deki 141 gencin davaları sürüyor

NÜRNBERG.—Geçen yılın mart ayında Nürnberg'te tutuklanan 141 gencin davalarına bu yıl da devam edilecek. 1981 yılının mart ayında Baviera polisi savcılığın emriyle yürüyüş yapan Nürnberg Gençlik Merkezi Komm'dan olan gençlere vahşice saldırmış 141 genci tutuklamıştı. O günden beri 141 genç hala tutuklu bulunmaktadır.

24 Kasım 1981'de yapılan duruşmadan sonra mahkeme bir sonraki tarihe ertelenmişti. Çünkü tutukluların lehine olan bir takım belgeler savunma avukatlarına verilmemişti.

Savunma avukatları savcılığın elinde olan belgelerin kendilerine verilmemesinin nedeni olarak, "bu kitlesel tutuklamanın haklı çıkartılması" için yapıldığını açıkladılar. Savunma avukatlarının ileri sürdüğü bu görüş, hem tutuklama olayının başında hemde davaların başladığı dönemde savcının ve hakimlerin hukuki normları çiğnediğini bir kez daha doğrulamaktadır. Çünkü 141 gencin hiç bir delil gösterilmeden tutuklanması bile geçerli olan hukuksal normların çiğnendiğini ifade etmekteydi.

Mahkeme duruşmasının ardından yargılananların ebeveynlerinin bir sözcüsü "hukuksal düzene olan güvenlerinin sarsıldığını" vurguladı. Son mahkeme duruşmasında ortaya çıkan adli skandalın sonra tutuklananların davalarının derhal durdurulması talebi daha da yükseltildi. Fakat Baviera-

da bu tutuklama olayının sorumluları olan politikacılar, Nürnberg davasının sürdürülmesi ile ulaşmak istedikleri hedeflerinden vazgeçmek istemiyorlar. Çünkü onlar, yani CDU-CSU, tutukluların mahkum edilmesi ile etrafa korku salacak bir örnek gerçekleştirme ve böylece yürüyüş hakkının tamamen ortadan kaldırılmasını sağlamak hedefini izliyorlar.

CDU/CSU tarafından izlenen bu saldırının somut ifadesi şudur: Şu an Nürnberg'te yargılanan 141 genci 10 yıla kadar varan hapis cezalarına çarptırmak. Şimdiye kadar sürdürülen davada sadece savcılar değiştirildi ki, buda savunma avukatlarının verdikleri bir dilekçenin sonucu atılan bir adımdır.

Nürnberg'teki tutuklu gençlerle dayanışmamız sürmelidir! Onların cezalandırılmalarına karşı protestolar yükseltmeli ve geçerli olan hukuksal normların bile çiğnendiği bu davaların derhal durdurulması talep edilmelidir!

(„Komm-Prozess geht weiter")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı
.....sayısından
itibaren
ismarlamak
istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih:İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.